Mittwoch, 10. September 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 210 - 37.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

Heute in der WELT



WELT-Serie Schulbücher

In welcher Klassenstufe soll damit begonnen werden, Algebra zu unterrichten – und wie lange? Nicht nur in den „Idelogie-Fächern" wie Deutsch und Politik entwickeln sich die Lehrpläne immer weiter auseinander: ein Problem nicht allein für die Schüler und Eltern, sondern auch für die Schulbuch-Redaktionen. Seite 6

Analyse des Generalinspekteurs

Geld- und Personalmangel kennzeichnen die Situation der Bundeswehr. In einem Gastbeitrag analysiert Generalinspekteur Wolfgang Altenburg, wie sich die Armee trotz dieser Probleme für die Zukunft rüstet. Der General, der am 1. Oktober in Brüssel das Amt des Vorsitzenden des Militärausschusses der NATO übernimmt, verlangt unter anderem weiter reichende Waffensysteme. Seite 6

POLITIK

Gipfel: Moskau hat die Reaktionen auf die Verhaftung Daniloffs als „Gipfel der Hysterie" bezeichnet. Die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen dürften nicht als „Faustpfand" benutzt werden. Das Weiße Haus unterstrich, daß die Gipfel-Vorbereitungen weitergingen (S. 3 und 8).

Fahndung: Das Bundeskriminalamt fahndet nach dem Anschlag auf das Bundesamt für Verfassungsschutz nach einem roten VW Golf CL. Gefragt wird danach, wer das kürzlich in Hanau gestohlene Auto mit dem Kennzeichen „HU-XP 518" kennt oder schon gesehen hat.

Geiseln: Ein amerikanischer Schuldirektor ist gestern in West-Beirut entführt worden. Er wurde an einen unbekannten Ort verschleppt. Die schiitische Terroristenorganisation „Islamischer Schihad" hält seit dem vergangenen Jahr drei Amerikaner fest.

IG Metall: Der 60 Jahre alte Sozialpolitiker Karl-Heinz Janzen soll zweiter Vorsitzender der IG Metall werden. Einen entsprechenden Vorschlag für die Wahl auf dem Gewerkschaftstag in Hamburg hat jetzt der Vorstand der IG Metall in Frankfurt beschlossen. (S. 2).

Zurücknahme: Südkorea hat die Verschiebung des Außenministertreffens mit Japan wieder rückgängig gemacht. Seoul reagierte damit darauf, daß Ministerpräsident Nakasone seinen Erziehungsminister nach umstrittenen Äußerungen zur Annexion Koreas entlassen hat.

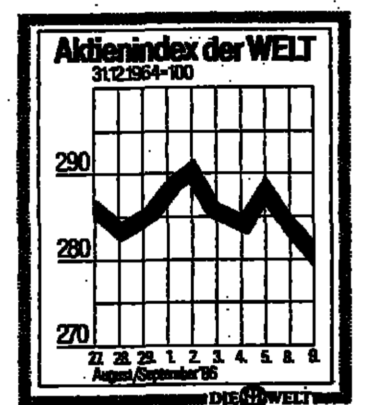
Störfall: Radioaktives Wasser ist aus dem Kernkraftwerk Ringhals in Westschweden ausgetreten. Der Atomreaktor wurde nach dem Störfall vorübergehend abgeschaltet. Überprüfung und Reparatur werden voraussichtlich zwei Wochen dauern.

WIRTSCHAFT

Anstieg: Benzin ist wieder teurer. Nachdem Texaco und BP am Montag die Preise für Normal- und Superbenzin um drei Pfenning pro Liter erhöht hatten, schlossen sich gestern Esso und Aral der neuen Preisrunde an. Der Diesel-Preis blieb unverändert.

Morgenpost: Das Verlagshaus Gruner + Jahr darf die „Hamburger Morgenpost" übernehmen. Dies hat gestern das Bundeskartellamt entschieden.

Börse: Auch am Dienstag schlossen die Aktienmärkte schwächer. Der Rentenmarkt tendierte uneinheitlich. WELT-Aktienindex 282,00 (285,86). BHF-Rentenindex 107,441 (107,456). BHF-Performance-Index 107,172 (107,157). Dollar-Mittelkurs 2,0647 (2,0640) Mark. Goldpreis je Feinunze 409,25 (418,60) Dollar.



KULTUR

Ausstellung: Kunst, die seit dem 1. Januar dieses Jahres entstand, zeigt die Ausstellung „Prospect 86" in Frankfurt. In der Schirn und im Kunstverein sind Gemälden und Skulpturen „des Augenblicks" zu sehen. Ein optisches Vergnügen, auch wenn die Arbeiten keine eindeutige Botschaft vermitteln (S. 19).

Helsinki-Festival: Musik aus Finnland stand im Mittelpunkt von verschiedenen Konzerten im Rahmen des Helsinki-Festivals. Mit diesem Programm haben die Veranstalter versucht, finnische Musik zu popularisieren und auch im Ausland bekanntzumachen. Doch dies war kein leichtes Unterfangen (S. 19).

SPORT

Schach: Titelverteidiger Kasparow hat in Leningrad die am Montag nach dem 40. Zug abgebrochene 14. Partie um die Weltmeisterschaft gewonnen. Herausforderer Karpow gab gestern auf. Kasparow führt jetzt mit 8:6 und benötigt nur noch vier Punkte, um seinen Titel erfolgreich verteidigen zu können. (S.17)

Handball: Heute startet die Bundesliga in die Saison 1986/87. In einer vorgezogenen Begegnung treffen in München der MTSV Schwabing und der VfL Gummersbach aufeinander. Die beiden Mannschaften werden von Experten zu den Favoriten für die Deutsche Meisterschaft gerechnet. (S. 17)

AUS ALLER WELT



Rennfahrer: Für ihn war sein Sport nichts anderes als eine Fortsetzung mittelalterlicher Ritterspiele. Heute vor 25 Jahren kam Wolfgang Alexander Reichsgraf Berghe von Trips (Foto), einer der erfolgreichsten deutschen Formel-1-Fahrer nach dem Krieg, bei einem Rennen in Monza ums Leben. (S. 20)

Hessen: Pferde vor Pflüge gespannt und Schwarzstörche – das soll es nach dem Willen von Landwirtschaftsminister Görlach in Hessen bald wieder geben. (S. 20)

Stoltenberg will „weniger Staat und weniger Steuern"

Apel rügt Arbeitsmarktpolitik der Koalition / Bundestag beginnt Etatdebatte

ARNULF GOSCH, Bonn

In der Steuer- und Finanzpolitik gibt es zwischen Regierung und Opposition keine Gemeinsamkeiten. Dies wurde in der gestrigen Bundestagsdebatte deutlich. Während Finanzminister Stoltenberg betonte, daß die wirtschaftliche Trendwende, das erreichte Höchstmaß an Preisstabilität und das wiedergewonnene Vertrauen von Wirtschaft und Bürgern keinen Wechsel nach der Wende notwendig mache, bezeichnete Apel die Bilanz von Stoltenbergs Amtszeit als „negativ". Seine Finanzpolitik sei mitverantwortlich für die anhaltende Massenarbeitslosigkeit.

Nach Stoltenbergs Worten setzt der Entwurf des Bundeshaushalts 1987, der bei einer geplanten Zuwachsrate von 2,9 Prozent einen Ausgabenrahmen von 271 Milliarden Mark vorsieht, und der Finanzplan bis 1990 den 1982 begonnenen neuen Kurs dieser Bundesregierung fort. Er sei bestimmt durch ein zurückhaltendes Wachstum der Ausgaben und eine vergleichsweise niedrige Neuverschuldung von 24,3 Milliarden Mark, die nur um 600 Millionen Mark über dem diesjährigen Volumen liege. Hinzu kämen wichtige Schwerpunkte, die der Zukunftssicherung, der Förderung von Preisstabilität und Wettbewerbsfähigkeit, sowie der Verbesserung der beruflichen Chancen dienten.

In den kommenden Jahren gehe es darum, weiteren Spielraum für Steuersenkungen, für eine „anspruchsvolle" Steuerreform, zu gewinnen. Nur

SEITE 2:
Klare Fronten

in Verbindung mit einer wachstums- und beschäftigungsfördernden Steuerpolitik sei eine vorübergehend begrenzte Erhöhung der Nettokreditaufnahme der öffentlichen Hände vertretbar.

Hart ging Stoltenberg mit den steuerpolitischen Plänen der SPD ins Gericht. Während die SPD es ablehne, Steuerlast und Staatsanteil zu senken, „wollen wir weniger Staat und weniger Steuern, weil wir davon ausgehen, daß die Bürger am besten wissen, wofür ... sie ihr Geld ausgeben wollen", meinte der Minister. Besser seien auch niedrige Steuersätze mit wenigen Ausnahmen als hohe Steuersätze mit vielen Ausnahmen. Berechnungen hätten ergeben, daß die Forderungen der SPD für die Neugestaltung des Steuertarifs 1988 zu erheblichen Mehrbelastungen führen müßten. Der Oppositionsanspruch, der sozialen Gerechtigkeit zu dienen, erweise sich als unglaubwürdig.

Apel kreidete der Bundesregierung an, daß es ihr nicht gelungen sei, die Massenarbeitslosigkeit abzubauen. Und von den zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätzen seien allein 70 000 durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit entstanden. Die SPD wolle mit ihrer Finanzpolitik mehr Gerechtigkeit durchsetzen und mit einem Programm für „Arbeit und Umwelt" 400 000 neue Arbeitsplätze schaffen. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen sei kein Selbstzweck, der Ausweg in eine erhöhte Nettokreditaufnahme aber auch keine Antwort auf die gesellschaftspolitischen Zukunftsaufgaben. Die SPD werde die Steuerbelastungsquote konstant halten.

DER KOMMENTAR

Ein Schachzug

HERBERT KREMP

Lenken die Sowjets im Fall Daniloff ein? Die Anklage gegen den Journalisten erregt die amerikanische Öffentlichkeit in einem für europäische Verhältnisse schwer vorstellbaren Maße. Sie ist zum Gegenstand der großen Politik geworden. Wenn die Sowjets nicht nachgeben, wird der Präsident Gegenmaßnahmen ergreifen, die es Gorbatschow schwer machen werden, die Gipfel-Reise nach Washington anzutreten.

Hat Moskau die Aktion gegen den Journalisten unterschätzt? Man kann sich das kaum vorstellen. Gorbatschow und sein Außenminister Schewardnaze werden bei der Gipfel-Vorbereitung von einem der besten Kenner der USA, dem langjährigen Botschafter Dobrynin beraten. Wenn irgendjemand die empfindliche Reaktion der Amerikaner absehen konnte, dann er. Nichts ist geeigneter, den Weg zu ernsthaften Verhandlungen zu erschweren, als die Verhaftung eines Mitglieds der amerikanischen Medien-Gesellschaft. Sie schadet überdies dem Ruf des Generalsekretärs. In den vergangenen Monaten konnte man den Eindruck gewinnen, die Werbeagenturen an der Madison Avenue seien von New York nach Moskau abgewandert und „managten" Gorbatschow. Mit der Affäre Daniloff bröckelt der sorgfältig aufgesetzte Reformer-Look ab.

Das ist aber nicht alles. Gerade weil die Aktion so kontraproduktiv ist, liegt die Vermutung nahe, daß irgendwelche Institutionen in Moskau an Gorbatschow vorbei oder sogar gegen ihn tätig geworden sind. Das wäre nichts Neues. So hat sich zum Beispiel das Senfgas-Attentat auf ein Mitglied der deutschen Botschaft in Moskau, den Abhörtechniker Schwirkmann (er ging allen eingebauten Wanzen zu Leibe), 1964 als eine Aktion gegen den damaligen Generalsekretär Chruschtschow herausgestellt. Michail Gorbatschow hat Feinde in der Nomenklatura des Landes, die sich in ihren Privilegien bedroht fühlt.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Fall Daniloff einen Schachzug in dem permanenten Machtkampf darstellt, der zur Lebenswirklichkeit aller Ein-Parteienstaaten gehört. Er wirft die Frage auf: Wie stark ist Gorbatschow?

Pretoria ist auf Sanktionen vorbereitet

Südafrika plant, den Handel verstärkt über die Frontstaaten und Ostasien abzuwickeln

KLAUS JONAS, Bonn

Die derzeitige Ostasien-Reise des südafrikanischen Außenministers Roelof Botha wenige Tage vor dem erwarteten Sanktionsbeschluß der Europäischen Gemeinschaft deutet die künftige Marschrichtung an: Südafrika wird sich verstärkt diesem Raum – vor allem den befreundeten Staaten Südkorea, Taiwan und Japan – zuwenden, wenn die EG am 15. September selektive Handelssanktionen verhängt.

Pretoria ist für diesen lange erwarteten Fall gerüstet und hält ein Arsenal an Plänen und Szenarien für die nächsten Jahre bereit. Nach Auffassung des Direktors des renommierten Afrika Instituts in Pretoria, Erich Leistner, wird die Wirtschaft zumindest mehrere Jahre ohne größeren Schaden durchhalten können.

Schon am 17. Juli hatte Präsident Pieter Botha selbstbewußt erklärt: „Wenn man uns notwendige Güter vorenthalten will, die wir nicht selbst herstellen können, dann werden wir sie uns beschaffen, indem wir das Eigeninteresse der anderen ausbeuten." Südafrika hat nach Angaben von Arbeitsminister du Plessis seit mehr als zehn Jahren Vorräte an strategisch wichtigen Gütern angelegt und auch die weitere Versorgung mit Technologie und Know-how sichergestellt. Früher erlassene Waffen- und Ölembargos haben dazu geführt, daß das Land auf diesen Gebieten weitgehend autark wurde.

In aller Stille hat Präsident Botha ein Team hochkarätiger „Sanktionsbrecher" zusammengestellt, angeführt von Fred Bell, dem früheren Chef des staatlichen Rüstungskonzerns Armscor. Privaten Unternehmen soll künftig per Gesetz verboten werden, „sensitive" Informationen über den Handel zu veröffentlichen.

Pretorias Strategie gegen Sanktionen bleibt geheim. Sicher ist jedoch, daß sie vier Stoßrichtungen haben wird: Diplomatischer Druck, Täuschungsmanöver, verstärkte Eigenproduktion und wirtschaftliche Anreize. Nach Presseberichten sind zum Beispiel Privatunternehmen bereits dabei, Zweigstellen in Swaziland zu errichten, von wo fast fertige Waren ohne die „Made in South Africa" Marke verpackt und verschifft werden können. Pläne sind angeblich weit fortgeschritten, Flughäfen in Botswana und Swaziland als Heimatbasen der South African Airways auszubauen – für den Fall, daß die SAA ihre Landerechte in Amerika und Europa verliert.

Von den schwarzen „Frontstaaten" erwartet Südafrika keine Bedrohung. Sie seien zu arm, zu abhängig und zu korrupt, um Sanktionen durchzusetzen. Sie könnten im Gegenteil als Instrumente zur Abwehr von Sanktionen herangezogen werden. Die Frontstaaten seien ein integraler Teil des von Südafrika dominierten regionalen Wirtschaftssystems. Wirkungsvolle Boykotte gegen Südafrika würden sie im gleichen Maße treffen. Das könnte sie zu einer noch stärkeren wirtschaftlichen Integration mit Südafrika zwingen.

Lafontaine erwägt Beschwerde gegen Urteil zu Cattenom

„Abenteuerliche" Entscheidung / Für Abberufung Birkhofers

ULRICH REITZ, Bonn

Die saarländische Landesregierung will sich mit der vom Straßburger Verwaltungsgericht zugelassenen Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Cattenom (WELT v. 8.9.) nicht abfinden. Das SPD-Kabinett beschloß, das weitere gerichtliche Vorgehen mit allen am Antrags- und Klageverfahren gegen Cattenom beteiligten Gebietskörperschaften aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland abzustimmen. Bereits am kommenden Freitag soll erörtert werden, ob man gegen den abgelehnten Antrag auf Aussetzung der Betriebsgehmigung Beschwerde beim französischen Staatsgerichtshof einlegt oder auf eine schnellere Entscheidung im Hauptsache-Verfahren drängt.

Der saarländische Umweltminister Jo Leinen nannte den Straßburger Spruch „abenteuerlich". Die dritte Strafkammer hatte in ihrer Urteilsbegründung die Einwände der Kläger gegen das Genehmigungsverfahren – Verstoß gegen den Euratom-Vertrag und Nichtigkeit der Gehmigungsbescheide – bestätigt, jedoch erklärt: Unter „Abwägung der Umstände" sei es „nicht angezeigt", die Gehmigung auszusetzen.

Leinen verwies darauf, daß ein Bericht der EG-Kommission über Cattenom noch aussteht. Ottokar Hahn, Minister für Bundesangelegenheiten und besondere Aufgaben, schloß nicht aus, daß die EG-Kommission vor den Europäischen Gerichtshof geht, sollte sie zum Ergebnis kommen, daß die Sicherheitsstandards von Cattenom und deutschen Kernkraftwerken unterschiedlich seien.

Dies bestreitet indes die deutsch-französische Reaktorsicherheitskommission. Jetzt erklärte das Expertengremium, die Sicherheitsstandards seien vergleichbar. Auch aufgrund dieser Stellungnahme fordert die Landesregierung in Saarbrücken von Bundesumweltminister Wallmann die Neubesetzung der Reaktorsicherheitskommission unter Leitung von Adolf Birkhofer. Die bisherige Arbeit des Gremiums sei geprägt gewesen von „atomfreundlichen Arrangements am grünen Tisch". Der Bericht der beiden Reaktorsicherheitskommissionen sei nicht einmal auf den jüngsten Zwischenfall vom 23. August eingegangen.

Weizsäcker: Recht nicht mißbrauchen

Bundespräsident beklagt Defizite in der Erziehung / Juristentag in Berlin eröffnet

PETER PHILIPPS, Berlin

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat zur Eröffnung des 56. Deutschen Juristentages in Berlin vor einem Mißbrauch der Gerichte gewarnt: Allzuoft würden Klagen nur dazu genutzt, die Öffentlichkeit zu mobilisieren, die Verwaltung für ein Anliegen gefügiger zu machen oder die Realisierung mißliebiger Pläne zu verzögern. Aber, so mahnte Weizsäkker, wenn die Klage dem Nachdenken über Verständigungsmöglichkeiten vorausgehe, werde die friedensstiftende Aufgabe der Rechtsprechung geschwächt.

In seiner Grundsatzrede über Stellung und Aufgabe der Rechtspflege appellierte er an Juristen, Politiker, Lehrer und Eltern, sich ihrer Verantwortung für das „Rechtsbewußtsein aller Bürger" bewußt zu sein. Schule und Elternhaus falle „eine große Verantwortung zu", der Jugend das Gefühl dafür zu vermitteln, „daß das Recht nicht überfordert werden soll, daß es nicht alles leisten kann und um der Freiheit willen auch nicht leisten darf". Denn „daß bei den Erziehungszielen unserer Bildungseinrichtungen die Vermittlung vom Sinn des Rechtes einen zu schmalen Raum einnimmt, ist, wie ich fürchte, noch immer eher die Regel".

Er stellte klar: „Rechtsbewußtsein zu fördern, verlangt zunächst voll und uneingeschränkt das durchzusetzen, was um der Rechtsstaatlichkeit willen nötig ist. Die Bedingungen des friedlichen Zusammenlebens dürfen nicht opportunistischen Erwägungen geopfert werden. Die Grenze friedlicher Demonstration und Gewalttätigkeit bleibt nur dadurch klar erkennbar, daß die Polizei gegen Gewalt einschreitet. Sie tut damit ihre und unsere Pflicht. Rechtsbewußtsein kann nur entstehen, wo tatsächlich etwas vom Recht gewußt wird".

Aber von Weizsäcker machte sich vor der Juristen-Versammlung auch zum Fürsprecher der Bürger, die mehr oder weniger hilflos der juristischen Fachsprache gegenüberstehen: „Alle Bürger werden mit Texten konfrontiert, die von Juristen verfaßt sind. Wenn man sie lesen muß, dann sollte man wenigstens die Chance haben, sie zu verstehen", und auch ihren Sinn zu begreifen.

Schon bei der Ausbildung junger Juristen müsse die Idee vermittelt werden, „sich nicht mit der Interpretation und Verfeinerung des vorhandenen Rechts zu begnügen, sondern immer von neuem nach der Aufgabe und Bedeutung des Rechtes, nach seinen Grundlagen und Grenzen zu fragen". Recht sei „immer mehr als Ordnung, Sicherheit und Regelungsmechanismus". Es gebe „keine Rechtsethik ohne religiöse Wurzeln". Die Rechtsordnung bleibe auch darauf angewiesen, „daß eine Gnade erfahrbar bleibt, die dem Recht nicht unterworfen ist". Und auch der Gedanke der Resozialisation sei unverzichtbar: „Jeder, auch die, deren Taten die Gesellschaft besonders zu fürchten gelernt hat, hat die Chance auf neue Einsicht und den Anspruch auf unsere Hilfe. Das gilt im übrigen auch für terroristische Straftäter."

WELT-Gespräch mit Weltbank-Chef

DW. Washington

Die internationale Schuldenkrise muß nach Ansicht des neuen Präsidenten der Weltbank, Barber B. Conable, durch weitreichende Reformprogramme bekämpft werden und *nicht* durch Schuldenerlaß oder Zinsverbilligungen. Der Nachfolger von A. W. Clausen machte in einem Interview mit der WELT, der „Financial Times" und dem „Press Trust of India" auch deutlich, daß er der Bank durch ein neues Führungskonzept zu mehr Effektivität verhelfen will.

Seite 11: Conables Ziel

ZDF auf der Jagd nach Zuschauern

schw. Bonn

Die Informationssendungen der öffentlich-rechtlichen Anstalten haben in den in der Bundesrepublik verkabelten Gebieten erhebliche Einbußen erlitten. Dies gelte jedoch nicht für die Nachrichtensendungen, erklärte Reinhard Appel, Chefredakteur des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF), in Bonn. Diesem Trend des Zuschauers zur Unterhaltung will das Zweite Deutsche Fernsehen eine erweiterte und noch aktuellere Berichterstattung entgegenstellen.

Seite 18: Sehnsucht

In Amerika geht die Radon-Furcht um

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Die Furcht vor der Radioaktivität hat in den USA neue Nahrung erhalten. Radon heißt das Stichwort, das nicht nur Öffentlichkeit und Presse, sondern auch die Nationale Umweltschutzbehörde (EPA) in Aufregung versetzt. Offizielle Stellen sprechen davon, daß dieses Edelgas möglicherweise für 5000 bis 20 000 Lungenkrebsfälle pro Jahr verantwortlich sei. Wahrscheinlich seien mehrere hunderttausend Haushalte von der „neuen" Umweltgefahr betroffen.

Radon – wie alle Edelgase ein chemisch sehr reaktionsträges Element – entsteht als Zerfallsprodukt von Uran, das im Erdboden und Grundwasser, aber auch in Baumaterialien vorkommt. Es dringt durch Löcher oder Durchlässe in Hausfundamenten ein oder wird aus dem Gestein der Häuser freigesetzt. Vor allem bei schlechter Durchlüftung kann es sich in den Räumen anreichern. Radon und seine Zerfallsprodukte (Polonium, Blei, Wismut) geben verschiedene Arten von radioaktiver Strahlung ab. Als Gas steht es im Verdacht, Lungenkrebs auszulösen.

Aufgeschreckt wurde die amerikanische Öffentlichkeit durch den Fall eines Mitarbeiters in einem Atomkraftwerk, der mehrfach beim Betreten der Anlage den automatischen Strahlungsalarm auslöste. Schließlich stellte man fest, daß in seinem Wohnhaus die Radon-Konzentration fast 700mal höher war als die erlaubten Grenzwerte. Inzwischen kennt man bestimmte Regionen der USA, die besonders betroffen sind, offenbar weil hier die Urankonzentration des Bodens relativ hoch ist.

Hierzulande ist das Radon ein altbekanntes, aber völlig in Vergessenheit versunkenes Problem. Schon 1984 hatte das Kernforschungszentrum Karlsruhe zusammen mit dem Bundesgesundheitsamt in 6000 repräsentativ ausgesuchten Wohnhäusern die Radon-Konzentration gemessen. Man stellte fest, daß das Gas für fast die Hälfte der natürlichen (also nicht vom Menschen direkt verursachten) Strahlenbelastung verantwortlich ist. Einen großen Einfluß auf die Höhe der Belastung hatte, so stellte man ebenfalls fest, das Maß an regelmäßiger Durchlüftung in den Häusern. Vor allem in Altbauwohnungen und Fachwerkhäusern lagen die Werte zum Teil deutlich über den tolerierbaren Werten für die Radonbelastung. Aus der Untersuchung rechnete man hoch, daß dies bei mindestens 60 000 Haushalten in der Bundesrepublik der Fall sei.

Die gesundheitlichen Auswirkungen sind der Wissenschaft heute wie damals unklar. Alle bisherigen Aussagen stützen sich auf Untersuchungen an Minenarbeitern, bei denen eine erhöhte Lungenkrebsrate festgestellt wurde. Besonders pikant ist übrigens, daß in vielen Heilbädern, auch hierzulande, jahrelang hochgradig radonhaltiges Wasser für Trink- und Badekuren benutzt wurde, obwohl der medizinische Nutzen heftig umstritten war.

Tokio gibt grünes Licht für Beteiligung an SDI-Projekt

Japan erhofft sich technische und strategische Vorteile

FRED DE LA TROBE, Tokio

Japan hat sich gestern als vierter Staat bereiterklärt, Privatunternehmen durch Abschluß eines Rahmenvertrages mit den USA eine Beteiligung an dem amerikanischen Forschungsprogramm für eine Raketenabwehr im Weltraum (SDI) zu ermöglichen. Die Einzelheiten für dieses Programm müssen noch in Absprache mit den Amerikanern festgelegt werden. Die Regierung wird in Kürze Verhandlungen mit Washington über die Details der japanischen Beteiligung an SDI aufnehmen.

Die Regierung in Tokio rechnet durch die Teilnahme an der SDI mit technischen und strategischen Vorteilen, die im nationalen Interesse Japans lägen. Tokio hat während der vergangenen zwölf Monate Delegationen in die USA entsandt, die Informationen über den Stand der Entwicklung in der SDI-Forschung sammelten. Einer Gruppe gehörten auch Vertreter der Privatindustrie an.

Nach Ansicht der Regierung wird durch die Teilnahme an der SDI die Resolution des Japanischen Parlaments von 1969 nicht verletzt, welche die Raumforschung nur für friedliche Zwecke zuläßt. Tokio begründet das damit, daß das Zentrum der SDI-Forschung in den USA und nicht in Japan liegen werde. Aus demselben Grund verstoße die japanische Teilnahme auch nicht gegen die drei Anti-Nuklearprinzipien des Landes – keine Kernwaffen herzustellen, einzuführen oder zu lagern.

Nach Meinung japanischer Industriesprecher wird Japans Rolle vor allem darin bestehen, kleine technisch hochwertige Teile zu liefern. Dabei wird es sich meist um Mehrzweck-Produkte handeln, die sowohl für militärischen wie zivilen Einsatz geeignet sind. Damit werde auch die Frage von Waffenexporten wieder aktuell, die Tokio bisher verboten hat. Kritiker befürchten, daß die Amerikaner in Bereichen, die in scharfem Wettbewerb mit der japanischen Industrie stehen, den japanischen Partnern den Zugang zu neuesten Forschungsergebnissen verweigern werden. (SAD)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Klare Fronten

Von Arnulf Gosch

Ohne Überraschungen blieb, was Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) und sein sozialdemokratischer Gegenspieler Hans Apel gestern in der Haushaltsdebatte des Bundestages sagten – relativ verbindlich im Ton, aber knallhart in der Sache. Die Gegensätze im Grundsätzlichen wurden deutlich wie selten herausgearbeitet.

Während sich die Regierung als Verfechterin von Steuersenkung und Privatisierung darstellte, bot Apel für die SPD – global gesehen – keine sinkenden, sondern eher höhere Steuern an und mochte auch nicht auf den investitionslenkenden Staatseinfluß via Beschäftigungsprogramm „Arbeit und Umwelt" verzichten. Ob ein solches Programm mehr Arbeitsplätze schaffen könnte, steht auf einem anderen Blatt.

Nicht zu verkennen ist, daß Stoltenbergs Finanzpolitik trotz beachtlicher Konsolidierungs-Fortschritte unübersehbare Schwachstellen bietet. Das gilt sowohl für den von manchem als besorgniserregend empfundenen leichten Wiederanstieg der Neuverschuldung als auch für die Erfolglosigkeit im Kampf gegen das Subventions-Unwesen. Auf der anderen Seite sollte die SPD-Opposition einräumen, daß die Geldwertstabilität einen beachtlichen sozialpolitischen Faktor darstellt. Sie wäre auch gut beraten, auf bereits gescheiterte Rezepte zu verzichten.

Unüberhörbar ist mit der gestrigen Debatte der Wahlkampf eingeläutet worden. Die Ausgangsposition der Regierung erscheint günstiger als die der Opposition, denn es geht der Mehrheit der Bürger 1986 besser als 1983. Das sollte und darf jedoch nicht von den Problemen der mehr als zwei Millionen ablenken, die trotz anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs als arbeitslos registriert sind. Rezepte – ohne den Zusatz „Patent" – für deren Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß bleiben gefragt.

Das gilt auch für den Subventionsabbau. Je besser dieser in der kommenden Legislaturperiode gelingt, desto mehr Spielraum gibt es für Steuersenkungen.

Castro & Co. in Angola

Von Jürgen Liminski

Das paßt ins neue Herbst-Bild: Kubas Diktator Castro hat auf der Konferenz der Blockfreien in Harare verkündet, seine Truppen würden „solange in Angola bleiben, wie die Apartheid in Südafrika". Von Harare aus macht er einen als Staatsvisite deklarierten Besuch bei seiner Truppe.

Mit seiner Ankündigung geht er einen Siebenmeilenschritt weiter als mit dem bisherigen Junktim zwischen Kubaner-Abzug aus Angola und der Unabhängigkeit Namibias. Mit anderen Worten: Die Kubaner – schätzungsweise 25 000 Mann – bleiben in Angola, bis zum letzten Genossen. Entscheidungen von solcher Tragweite werden in Havanna nicht getroffen, sondern nur entgegengenommen, und am dafür günstigsten Ort verkündet. Das war Harare.

Die Entscheidung selbst besagt zweierlei: Zum einem, daß die sowjetisch geführte Offensive gegen den pro-westlichen Widerstandskämpfer Savimbi, der weite Gebiete des Landes kontrolliert, gescheitert ist und die Hauptstadt Luanda nur dank der Präsenz kubanischer Truppen gehalten werden kann. Die Guerrilla-Organisation Swapo und Namibia sind nur noch Nebensache. Es geht um die globale Funktion des Vasallen im südwestlichen Afrika. Zweitens: Dem seit einigen Jahren zehrenden Prestigeverlust Moskaus auf dem schwarzen Kontinent können die Sowjetunion und ihre Verbündeten offenbar nur noch militärisch begegnen.

Die Annahme des neuen Tagesbefehls ist Moskaus Hauptabteilungsleiter für Truppenexporte und revolutionäres Know-how gewiß nicht leicht gefallen. Kubas Bevölkerung leidet unter den militärischen Expeditionen und Abenteuern ihres maximo lider. Fast jede Familie hat einen Krüppel zu pflegen oder einen Gefallenen zu beklagen. Aber Castro blieb keine Wahl, so wie auch Hanoi, Managua oder Kabul kaum eine andere Wahl bleibt als zu gehorchen.

Also Castros Truppen bleiben in Angola, eine solche Entscheidung muß in den letzten Wochen an höchster Stelle getroffen worden sein. Vielleicht werden in anderen Krisenherden bald noch Scheite nachgeschoben. Dabei könnte sich auch Gorbatschow die Finger verbrennen.

Wann fliegt D 2?

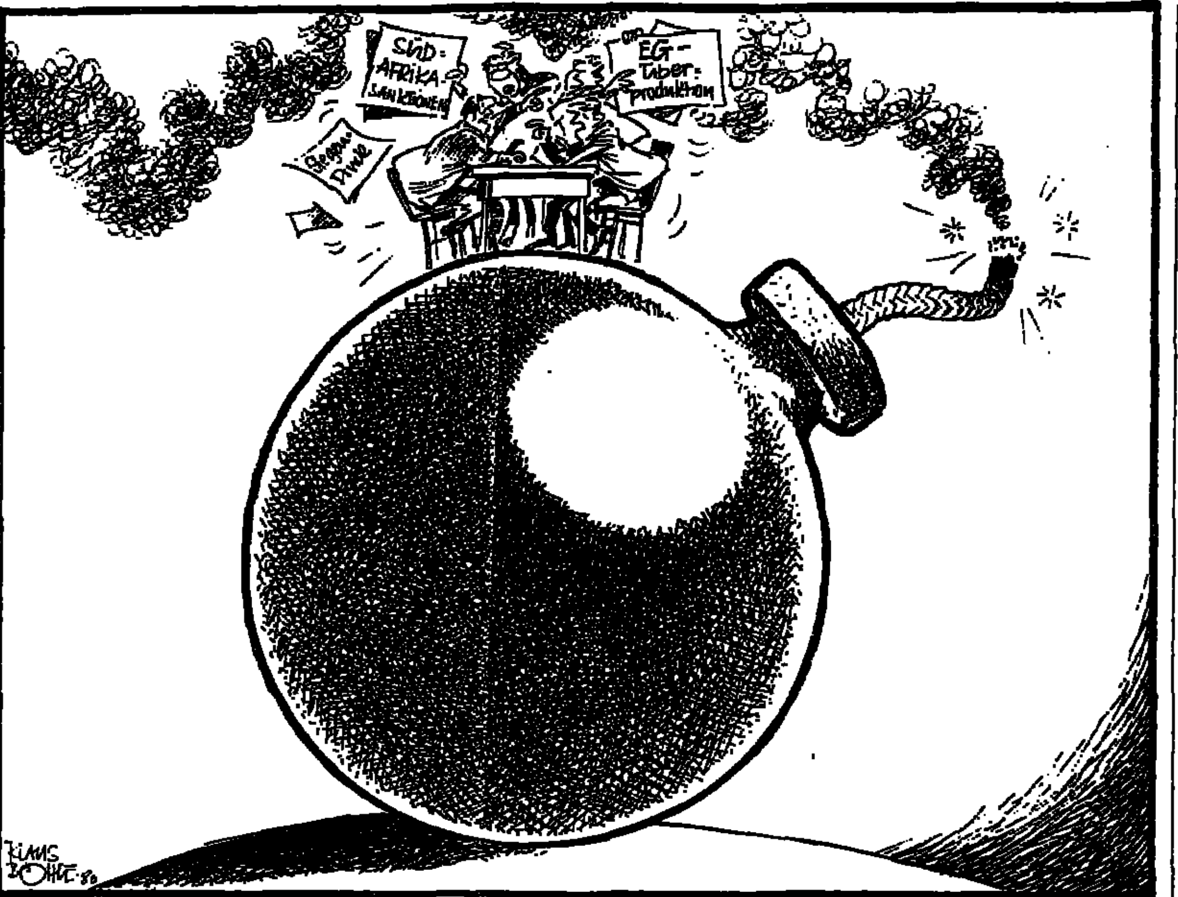
Von Ludwig Kürten

Eine neue Hiobsbotschaft aus den USA schreckt die Raumfahrtexperten beiderseits des Atlantiks aus ihren Gedankenflügen. Die Ankündigung der Nasa, die 15 bis Ende des Jahrzehnts geplanten Starts des (in Europa gebauten) Weltraumlabors „Space-Lab" zu streichen, läßt Zweifel aufkommen, welchen Stellenwert wissenschaftliche Projekte bei den Amerikanern haben. Es zeichnet sich ab, daß die Nasa ihr Schwergewicht in den kommenden Jahren auf militärische Unternehmungen legen wird. Bei zwei der nächsten Missionen stehen Laserversuche auf dem Programm: SDI läßt grüßen. Der neue Rückschlag für die Weltraum-Wissenschaft paßt zu der vor wenigen Wochen verkündeten Entscheidung des US-Präsidenten Reagan, daß die Nasa sich aus allen kommerziellen Projekten zurückziehen wird.

Die Europäer und besonders die deutsche Raumfahrt sind jetzt in die peinliche Lage, daß niemand mehr sagen kann, wann die vielen geplanten Missionen durchgeführt werden. Noch letzte Woche hatte Forschungsminister Heinz Riesenhuber versichert, die zweite deutsche Mission im Space-Lab (D 2) werde spätestens Anfang 1991 starten. Raumfahrtexperten lächeln darüber nur noch. 1992 frühestens, wahrscheinlich später, heißt es.

Die Raumfahrtunternehmungen der Amerikaner und Europäer wirken auf den Betrachter zur Zeit erschreckend planlos. Die Unglücksserie und die Rückschläge der USA haben dort offenbar eine Art Trauma hinterlassen, das sie zu Alleingängen und übereilten Entscheidungen verführt. Transatlantische Verstimmung ist erkennbar. Schon länger schwelen unter der Oberfläche Differenzen über die Ausgestaltung der Weltraumstation für die neunziger Jahre. Die jüngsten Entscheidungen sind weitere Tropfen, die das Faß leicht zum Überlaufen bringen könnten. Wird sich der Traum von der transatlantischen Kooperation bei der Eroberung des Weltraums zu einem Albtraum verwandeln?

Jedenfalls tun die Europäer gut daran, ihre eigenen Projekte voranzutreiben. Die Raumfähre „Hermes" wird zwar erst in der Mitte des nächsten Jahrzehnts einsatzbereit sein. Doch setzt man mit diesem und anderen Vorhaben, das zeigen die jüngsten Entwicklungen, auf das bessere Pferd.



Prioritäten KLAUS BÖHLE

Hier fallen Entscheidungen

Von Paul F. Reitze

Warum ist das sozialistische Modell in der Bundesrepublik noch nicht Wirklichkeit geworden? Bildungspolitiker in der SPD, die mit dazu beigetragen haben, daß der Geschichtsunterricht in etlichen Bundesländern zum sozialrevolutionären Demonstrationsobjekt verkümmerte, führen sich neuerdings auf, als hätten sie selber schon diesen Geschichtsunterricht genossen. In einem nun gedruckt vorliegenden, maßgeblich von dem bildungspolitischen Sprecher der NRW-SPD, Manfred Dammeyer, beeinflußten „Beschluß der Kommission für Bildungspolitik beim Parteivorstand" erklären sie zur „Situation nach 1945", es habe nicht lange gedauert, bis „an alte gesellschaftliche Verhältnisse angeknüpft wurde, als wäre der Nationalsozialismus nur ein bedauerlicher Betriebsunfall gewesen".

Wie das? „Die Schulreformen in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands/Deutschen Demokratischen Republik wurden", so die eilfertige Antwort, „während des Kalten Krieges von der politischen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) dafür in Anspruch genommen, auch kleine demokratische Reformschritte hier als kommunistisch zu diffamieren."

Das ist nicht nur Geschichtsklitterung übelster Art, sondern in hohem Maß verräterisch. Schulpolitik als Weg in die andere Republik? Natürlich, sagen heute wieder viele in der SPD. Im Irseer Entwurf für ein Parteiprogramm wird der Schule „eine Schlüsselrolle für den Aufbau einer solidarischen Gesellschaft" zugewiesen. Hier „fallen Entscheidungen über die Zukunft der Gesellschaft", heißt es weiter. Das meint, in etwas verschlüsselter Form, dasselbe.

Wie sieht diese Zukunft aus, nach welchem Raster ist sie zu planen? Der Irseer Entwurf vernebelt zwar an besonders kritischen Stellen, läßt aber doch die Markierungspunkte erkennen.

Erziehung erscheint als Sozialisationsprozeß. Die Familie spielt dabei kaum noch eine Rolle; im Beschlußpapier für den Parteivorstand wird sie im einleitenden Passus sogar ganz übergangen. Der einzelne junge Mensch als das eigentliche Objekt und Subjekt von Bildung wird nur ein einziges Mal erwähnt, mit der grob verkürzenden Bemerkung, es gelte die Einübung in „solidarisches Verhalten" zu bewerkstelligen.

Wohin man blickt, stößt man auf Defizite. Sollte die vorrangige Aufgabe von Lehrern nicht darin bestehen, Begabungen zu wecken und zu fördern? Eine einzige Stelle ließe sich mit viel gutem Willen so interpretieren, aber sie bezieht sich ausschließlich auf die Gesamtschule, die „auch am besten geeignet (ist), der Chancengleichheit näherzukommen".

Einübung in staatsbürgerliche Pflichten – eine Fehlanzeige. Die Bindung an die Verfassungen von Bund und Ländern, die für die Schule als öffentliche Einrichtung in herausgehobener Weise zu gelten hat, wird keiner Erwähnung gewürdigt. Erwähnt werden hingegen „neue Herausforderungen" des Bildungssystems. Will man darüber Näheres erfahren, muß man sich indes mit der Behauptung zufrieden geben, daß oft „der Zugang zum Beruf versperrt" sei.

Keine Frage nun, daß wenigstens die berufliche Bildung um so gründlicher analysiert wird? Man wird jedoch auch hier karg abgespeist, bis auf die ideologische Komponente des Menüs: Der schulische Teil solle erweitert werden, „ergänzt um die Ausbildung im dualen System". Dahinter steckt nicht nur der alte Verdacht, daß der Meister den Lehrling ausbeute, sondern wohl auch ein besonders verqueres Geschichtsbild.

Im Beschluß für den Parteivorstand findet man es ausformuliert, wenn etwa dargelegt wird, „im Verlauf der Industrialisierung" sei „immer mehr Erfahrungswissen aus den Köpfen der Arbeiter in die der Ingenieure verlagert" worden. Daß zumal der Facharbeiter heute in einem Umfang Dispositionsaufgaben erfüllen muß, wie es noch vor wenigen Jahren kaum dem Meister oblag, wäre auch von Gewerkschaftern den Parteifreunden gesagt worden, nicht nur von Unternehmern, sofern sie es denn hätten wissen wollen.



Ist Bildung nur Einübung in solidarisches Verhalten? SPD-Politiker Dammeyer FOTO: DPA

Wenn Schule und Berufsbildung umgekrempelt werden sollen, dann dürfen natürlich die Hochschulen nicht fehlen. Der Irseer Programmentwurf geht hier besonders hart zur Sache, mit Argumenten von vorgestern. Angeprangert wird, „daß sich in einzelnen wichtigen Wissenschaftsbereichen Monopole herausgebildet haben, die Forschung und Anwendung militärischen oder engen industriellen Zwecken unterwerfen". Die Gesellschaft, was immer das sein mag, wird in eine Doppelrolle gedrängt: Einerseits soll sie „die Freiheit der Wissenschaft und des einzelnen Wissenschaftlers gegenüber staatlicher und wirtschaftlicher Macht sichern", andererseits wird ihr auferlegt, „aus übergeordneten Wertgesichtspunkten heraus auch in den Wissenschaftsprozeß selbst kontrollierend" einzugreifen. „In seltenen Grenzfällen" wird angeregt, „daß auch die Bearbeitung gewisser Forschungsthemen verboten wird".

Kaum ein alter Hut, der hier nicht wiederkehrte: von der Anstiftung zur Kollegenschnüffelei unter Professoren bis zur angeblichen Unterdrückung von Forschungsergebnissen durch industrielle Auftraggeber. Ideologie vernebelt nun einmal die Wirklichkeit, auch wenn diese relativ einfach ist. Der Löwenanteil der Hochschulfinanzen kommt schließlich in der Bundesrepublik aus staatlichen Töpfen, und die Freiheit der Wissenschaft endet dort, wo die Menschenwürde tangiert wird.

Die SPD schwankt derzeit zwischen Aufwallungen eines Wir-Gefühls und Stimmungen, den zum Sozialismus drängenden Weltgeist, Unterabteilung Deutschland, verraten zu haben. Das braut sich vor allem bei (traditionell ideologieanfälligen) Bildungspolitikern zu einer giftigen Mixtur zusammen.

IM GESPRÄCH Karl-Heinz Janzen

Sozialmodell-Schreiner

Von Günther Bading

Seit 1971 gehört Karl-Heinz Janzen dem Geschäftsführenden Vorstand der IG Metall an. Nun soll er auf dem Gewerkschaftstag im Oktober, wenn Hans Mayr als Vorsitzender ausscheidet und Franz Steinkühler an die Spitze der größten deutschen Gewerkschaft tritt, zweiter Vorsitzender seiner Organisation werden. Dafür hat ihn der Gewerkschaftsvorstand jetzt nominiert.



Soll zweiter Vorsitzender der IG Metall werden: Janzen FOTO: DIE WELT

Janzen ist 60 Jahre alt. Er ist der Sozialpolitiker der IG Metall, er hat sich in den letzten Jahren engagiert um die Themen Humanisierung der Arbeitswelt und Bewältigung der Folgen technologischer Innovation gekümmert. Daß dies zwei Themen sind, die eine sich in ihrer inneren Struktur von der Metallarbeiter- zur Techniker-Gewerkschaft wandelnde Organisation besonders berühren, zeigt sich immer wieder auf Gewerkschaftstagen. Wenn Janzen über diesen Bereich berichtet, dann wird zugehört. Das Thema fesselt. Und der Mann wohl auch.

Janzen gilt als Kämpfernatur, er liebt ohne Zweifel starke Worte. Aber im Gegensatz zu seinem fast namensgleichen Vorstandskollegen Janßen von der Tarifabteilung neigt er nicht dazu, bei verbissener Diskussion nachgerade Schaum vor den Mund zu bekommen. Karl-Heinz Janzen ist es gelungen, den Stellenwert der Sozialpolitik in der innergewerkschaftlichen Diskussion anzuheben. Nicht zuletzt der Regierungswechsel 1982 hat dazu beigetragen. Denn seither gehört Janzen zu den entschiedensten Kritikern der Sozialpolitik der Bundesregierung. Er war es, der auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 1983 den Angriff auf Bundesarbeitsminister Norbert Blüm eröffnet hat. (Für den kommenden Gewerkschaftstag liegen eine Reihe von Ausschluß-Anträgen gegen IG-Metall-Mitglied Blüm vor.)

Janzen war es, der der Regierung damals „sozialpolitischen Vandalismus" vorwarf. Daß der in Dortmund geborene gelernte Modellschreiner bei aller Schärfe seiner Kritik auch differenzierte Töne anklingen lassen kann, vielleicht im Grunde nicht der Scharfmacher ist, als der er sich gibt, kommt bei der Gewerkschaftsbasis allerdings nicht über. Janzen wird – wie Janßen – meist für seine scharfen Töne beklatscht.

Als Kandidat für das Amt des zweiten Vorsitzenden bot sich Janzen für diese letzte Amtsperiode seiner Funktionärstätigkeit geradezu an. Er steht für Kontinuität, während der neue 49jährige Vorsitzende Steinkühler, an dessen Wahl im Oktober niemand zweifelt, für den Generationswechsel steht. Janzen ist für die gesamte IG Metall akzeptable, nach dem Schema rechts-links ist er kaum einzuordnen. Und er wird, so hoffen es vor allem die Älteren in der IG Metall, im Gespann mit Steinkühler trotz aller eigenen Wortradikalität allzu kühne Galoppsprünge des neuen ersten Mannes der IG Metall wohl zu dämpfen wissen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Die Münchner Zeitung schreibt zur Haushaltsdebatte:

Nicht zuletzt der Verlauf der Haushaltsdebatte wird zeigen, ob in der Bonner Wirtschaftspolitik auch in den kommenden Monaten der vielstimmige Chor der Füllhornbläser den Ton angeben wird oder ob sich die Koalition wieder auf das besinnt, was Gerhard Stoltenberg, Otto Graf Lambsdorff und andere als Markenartikel der nächsten Regierung den Wählern in Aussicht stellen, nämlich eine Steuerreform. Und zwar eine Reform, die dem Bürger tatsächlich das zurückgeben wird, was ihm der Fiskus in jahrelanger Kleinarbeit als „Belohnung" für mehr Leistung abgeknöpft hat.

STUTTGARTER ZEITUNG

Sie bemerkt zum Cattenom-Urteil:

Da bestätigt das Straßburger Verwaltungsgericht den deutschen Klägern gegen das Kernkraftwerk von Cattenom, daß es ihre Einwände im Wesentlichen für berechtigt hält – und weist im Eilverfahren den Antrag auf Aussetzung der Betriebsgenehmigung doch ab ... Die Entscheidung wird nur verständlich vor dem Hintergrund einer aus Tradition zurückhaltenden französischen Verwaltungs-Gerichtsbarkeit, welcher der Biß ihrer deutschen Kollegen abgeht und die gerade in politisch brisanten Fragen vor unbequemen Entscheidungen zurückschreckt.

Frankfurter Neue Presse

Sie schreibt zur Sympathisanten-Szene:

Es scheint eine Eigenart deutscher Intellektueller zu sein, bei terroristischen Gewalttätern immer wieder nach Motiven zu fragen, Verständnis zu zeigen. Neuestes Beispiel der Fernsehfilm über die erste Generation der RAF-Terroristen. Da wurde zwar am Lack der Baader, Meinhof oder Ensslin gekratzt, da schimmerte aber auch Verständnis für die schlimmen Vorbilder durch.

HEILBRONNER STIMME

Sie urteilt über die Konferenz der Blockfreien:

Die Bewegung der Blockfreien ... wird nur dann den echten „dritten Weg" darstellen können, wenn sie zur moralischen Integrität findet. Das aber ist in dieser Welt mit ihrem politischen und religiösen Fanatismus, ihrem Machtstreben und der Selbstgefälligkeit vieler Politiker kaum möglich.

Le Monde

Die Pariser Zeitung kommentiert das sowjetisch-chinesische Verhältnis:

Eher eine höfliche Antwort als ein entscheidender Durchbruch. Diese Interpretation verleihen verschiedene Beobachter den Worten Deng Xiaopings, der sich dazu bereit erklärt hat, in die Sowjetunion zu reisen, wenn „Moskau Vietnam drängt, seiner Aggression in Kambodscha ein Ende zu bereiten und seine Truppen abzuziehen". Am 28. Juli, in seiner Rede in Wladiwostock, hatte der sowjetische Parteichef implizit eine derartige Begegnung gewünscht. Deng Xiaoping ist grundsätzlich damit einverstanden, stellt jedoch eine Bedingung – zweifellos die, welche der Kreml am schwersten erfüllen kann.

Zentralbankrat wird kaum ein Zinssenkungs-Signal geben

Deutschen Ökonomen sträuben sich die Haare / Von Claus Dertinger

Die Hoffnungen auf sinkende Zinsen, die noch vor ein paar Tagen das Handeln vieler Profis an den Kapitalmärkten bestimmt hatten, sind verflogen. Inzwischen haben, wie sich an den gesunkenen Kursen von Anleihen und Pfandbriefen ablesen läßt, die Pessimisten, die mit einem Wiederanstieg der Zinsen rechnen, das Regiment übernommen. Kaum noch jemand erwartet, daß der Zentralbankrat morgen ein Zinssenkungssignal gibt, woran vor zwei Wochen niemand gezweifelt hatte.

Diesen Stimmungsumschwung haben uns die Amerikaner beschert, die bis vor kurzem noch Bannerträger der Zinssenkungshoffnungen waren. Was in den USA während der letzten Tage geschah, kennzeichnet die Nervosität der Märkte, an denen Zukunftserwartungen die Tendenz diktieren, was man auch schlicht Spekulation nennen kann.

Auguren, die noch vor kurzem davon überzeugt waren, die US-Notenbank werde mit einer Diskontsenkung vor den Novemberwahlen demonstrieren, daß Washington die abflauende Konjunktur nicht abstürzen läßt, sind unsicher geworden. Sie glauben Anzeichen für eine konjunkturelle Besserung zu erkennen und malen das Gespenst einer wiederauflebenden Inflation an die Wand, ein Szenario also, das die US-Notenbank von einer Zinssenkung abhalten müßte.

Anlaß für die wieder zuversichtlichere Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung an den Finanzmärkten ist der leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit im August. Deutschen Ökonomen sträuben sich freilich die Haare, wenn einem konjunkturellen Spätindikator wie der Veränderung der Arbeitslosigkeit eine derart richtungweisende Bedeutung beigemessen wird. Ebenso unsicher ist die in den USA verbreitete Methode, monatliche Veränderungen auf Jahresraten hochzurechnen und daraus Prognosen abzuleiten, an denen sich die Finanzmärkte orientieren. Was dabei herauskommt, ist ein häufiges Schwanken der „gängigen" Meinung und ein entsprechendes Auf und Ab bei den Zinsen. So wäre es keine Überraschung, wenn die Finanzprofis die Notenbank-Aktivitäten und die Zinsentwicklung bald anders beurteilten.

Da ist freilich in Amerika noch die Gefahr eines Wiederauflebens der Inflation, die von der starken Geldmengen-Ausweitung genährt wird. Aber die gibt es nicht erst seit gestern. Neu ist nur, daß sie jetzt erst von den Märkten entdeckt wurde, womit ein kräftiger Sprung der Edelmetallpreise einherging. Ob sich die amerikanische Notenbank dadurch von politisch motivierten Aktivitäten abhalten läßt, bleibt abzuwarten.

Vor diesem Hintergrund haben während der letzten Tage viele Profis, die bis vor kurzem noch auf einen Zinsrückgang spekuliert hatten, vorsichtshalber Kasse gemacht. Nicht nur in den USA, sondern auch bei uns; dadurch ist die deutsche Kapitalmarktrendite um einen Achtelprozentpunkt gestiegen.

Am US-Markt, der von einer Art Hysterie befallen wurde, kletterte die Rendite um mehr als drei Achtel Prozentpunkte. Von der Vergrößerung der Zinsdifferenz zwischen den USA und Deutschland und der Erwartung, daß sie sich noch ausweiten könnte, profitierte der Dollar; er stieg von 2,02 auf über 2,06 Mark.

Ob er sich da halten kann, weiß niemand. Aber für die Bundesbank ist die Dollar-Erholung ein wichtiges Datum. Solange die Gefahr einer Dollarschwäche und damit einer den deutschen Export dämpfenden Mark-Aufwertung gebannt scheint, rechnet niemand damit, daß die Frankfurter Währungshüter das noch vor kurzem erwartete Zinssenkungs-Signal geben. Denn unsere Konjunktur ist, sofern nicht von der Außenfront größere Störungen kommen, so robust, daß sie einer Stützung durch niedrigere Zinsen nicht bedarf.

Gerade die jüngsten Daten von der Konjunkturfront, besonders das 3,3prozentige Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal, könnte auch jenen den Wind aus den Segeln nehmen, die von der Bundesrepublik fordern, mit einer Zinssenkung die Konjunktur mehr in Schwung zu bringen. Das ist jedenfalls eine jetzt an den Finanzmärkten verbreitete Meinung, die dazu beiträgt, daß sich Zinssenkungs-Erwartungen verflüchtigt haben. So mißt man denn dem neuerdings aus Paris zu hörenden Drängen auf eine Senkung der Bundesbankzinsen keine Bedeutung bei.

Entscheidend wird sein, ob es einen solchen Druck noch aus Washington gibt, und zwar nicht nur auf die Deutschen, sondern vor allem auf die Japaner. In letzter Zeit gab es Anzeichen dafür, daß er nachläßt. Die Währungskonferenz am Monatsende in Washington könnte Gelegenheit bieten, das Thema in dem Sinne zu diskutieren, daß sich die Bundesbank nicht mehr zu Aktionen gedrängt fühlen muß, die aus deutscher Sicht ökonomisch überflüssig sind. Auch wenn es damit keine Zinssenkungshoffnung mehr gäbe: Ein starker Zinsanstieg ist nicht zu befürchten.

Der Adler hat seine Schwingen neu entfaltet

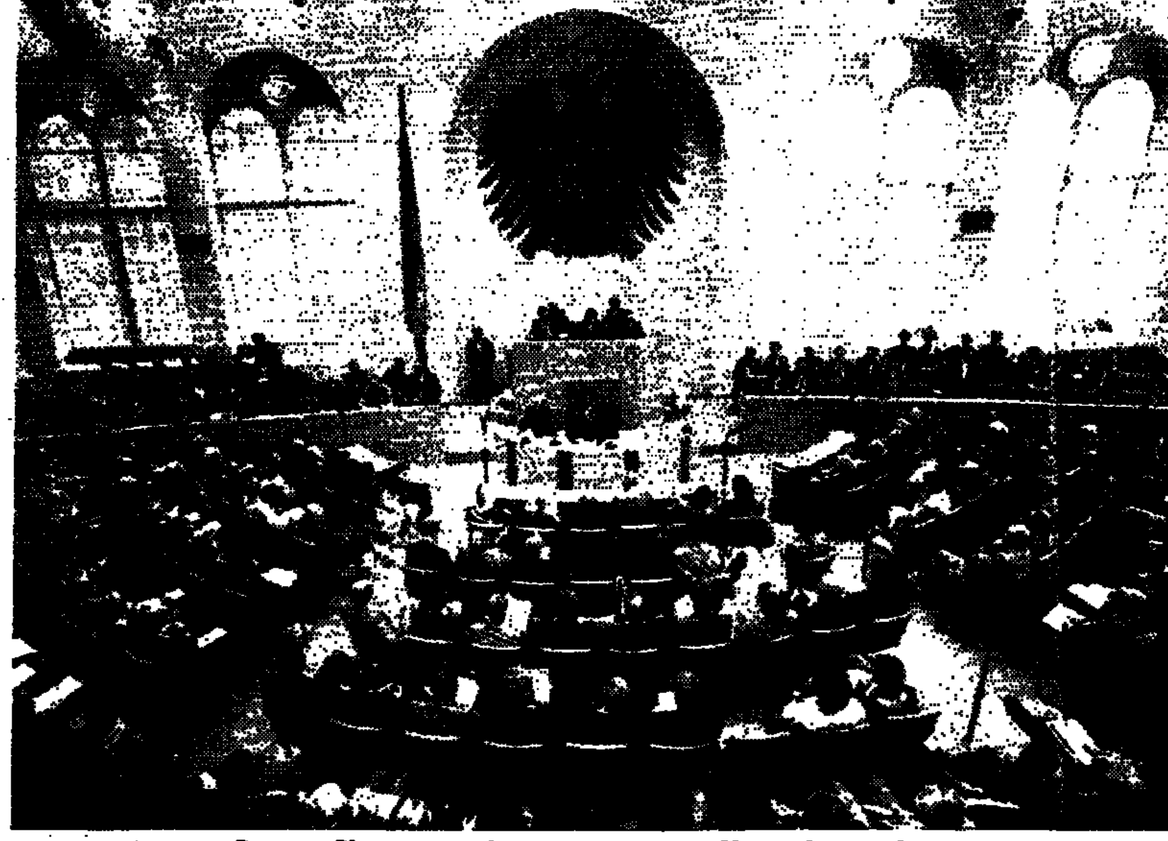
Offiziell ist es ein Exil – das alte Bonner Wasserwerk, in dem gestern die Parlamentarier erstmals debattierten. Doch trotz der Enge: Ein Provisorium ist es nicht.

Von GÜNTHER BADING

Das ist ja richtig schnuckelig." Der FDP-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann hielt erstaunt inne, als er nach kurzem Weg, behütet durch den den Grand-Hotel-würdigen Baldachin, in den neuen „Ersatz-Plenarsaal" des Bundestages im früheren Bonner Wasserwerk am Rheinufer kam. So wie ihm ging es auch den meisten Abgeordneten, die gestern zur ersten Sitzung des Bundestags nach der Sommerpause in den gerade rechtzeitig fertiggestellten Bau einrückten, um hier – für voraussichtlich drei bis vier Jahre – Politik zu machen.

Was Architekt Eberhard Schultz von der Bundesbaudirektion mit seinen Helfern in zwei Jahren für 18,5 Millionen Mark hingestellt hat, das kann sich wirklich sehen lassen. Von Wasserwerks- oder Industrie-Atmosphäre ist nichts zu spüren. Nur was ganz bewußt als Erinnerungsstück an den früheren Industriebau beibehalten wurde, wie etwa der große Laufkran an der Decke des Saales, rechtfertigt noch die von allen Abgeordneten bevorzugte Bezeichnung „Wasserwerk". Den offiziellen Namen „Ersatz-Plenarsaal" gebraucht allerdings niemand.

Bei der Schlüsselübergabe hatte Bundesbauminister Oscar Schneider am Montag dieser Woche in wohlgesetzten Worten das neue Hohe Haus beschrieben: „Man sieht dem Gebäude freilich seine ursprüngliche Funktion nicht an. Kein formalistischer Zweckbau, keine monotone Industriearchitektur, nein, ein Bauwerk, das den Geist seiner Zeit, den Aufbruch in das zweite deutsche Kaiserreich stimulieren will, selbst im Nebensächlichen auf Ornamente bedacht. Es ist voll von historischen Arabesken, reich an Stilelementen, die aus der Romanik und Gotik kommen. Alles klingt nur an, läßt ahnen, vermuten, imitiert große Stile aus der Architekturgeschichte." Und der Bundesbauminister schwelgt weiter in der Vergangenheit: „Der Historismus steht exemplarisch vor unseren Augen."



Der neue Plenarsaal: Bei vollem Haus müssen Abgeordnete stehen FOTO: POLY-PRESS

Bei der Eröffnung der viertägigen Marathon-Debatte des Bundestags über den Haushalt 1987 und die Finanzplanung bis 1990 stellte Bundestagspräsident Philipp Jenninger schlicht fest: „Sie sehen, wir haben die Sommerpause genutzt ... Ich finde das Resultat gelungen." Manche Abgeordneten seien nach der Besichtigung des neuen Parlamentsgebäudes zu ihm gekommen, und hätten angesichts des gelungenen Ausbaus davon gesprochen, daß wohl nach drei oder vier Jahren niemand mehr aus dem kleinen baulichen Juwel im Schatten des „Langen Eugen", des Abgeordnetenhochhauses mit seinen 29 Stockwerken, ausziehen wolle.

Jenninger: „Angesichts der in Bonn gegebenen Bestandskraft sogenannter Provisorien mag manches dafür sprechen." Er allerdings gehe davon aus, daß das Parlament „nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet" sei, eine angemessene bauliche Dauerlösung für die Arbeit künftiger Bundestage zu finden.

Wann das sein wird, weiß noch niemand genau zu sagen. Die letzte Entscheidung, in welcher Form der traditionelle Plenarsaal aus den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland umgestaltet werden soll, ist noch nicht gefallen. Bisher liegt erst ein Zwischenbericht der mit der Prüfung der Bausubstanz beauftragten Statiker vor. Danach kann der Plenarsaal so wie er ist erhalten bleiben. Sollten jedoch die geplanten Verbesserungen – von der Tageslichtdecke bis zur Klimaanlage – eingebaut werden, so müßte man ihn praktisch abreißen und neu erstellen.

Aber darüber machte sich am Dienstag bei der ersten Sitzung im neuen Parlamentssaal niemand Gedanken. Fast ausnahmslos war Lob zu hören. Und die Abgeordneten – fast alle 520 kamen zur Eröffnungssitzung – nahmen auch ohne Murren, eher amüsiert, die durch enge Bestuhlung erzwungene „Tuchfühlung" in Kauf.

Nur 500 Quadratmeter Fläche weist dieser Plenarsaal auf gegenüber 1200 im früheren Hause. Und da die Lobby im Wasserwerk so winzig ist, daß allenfalls zwei Ecken für vertrauliche Gespräche genutzt werden können, war die Cafeteria im Keller unter dem früheren Pumpenhaus schon bald voll besetzt.

Auch hier erlebt der Besucher, der zum erstenmal die im selben Beige-Ton wie der übrige Bau gehaltene Treppe hinuntergeht, eine angenehme Überraschung.

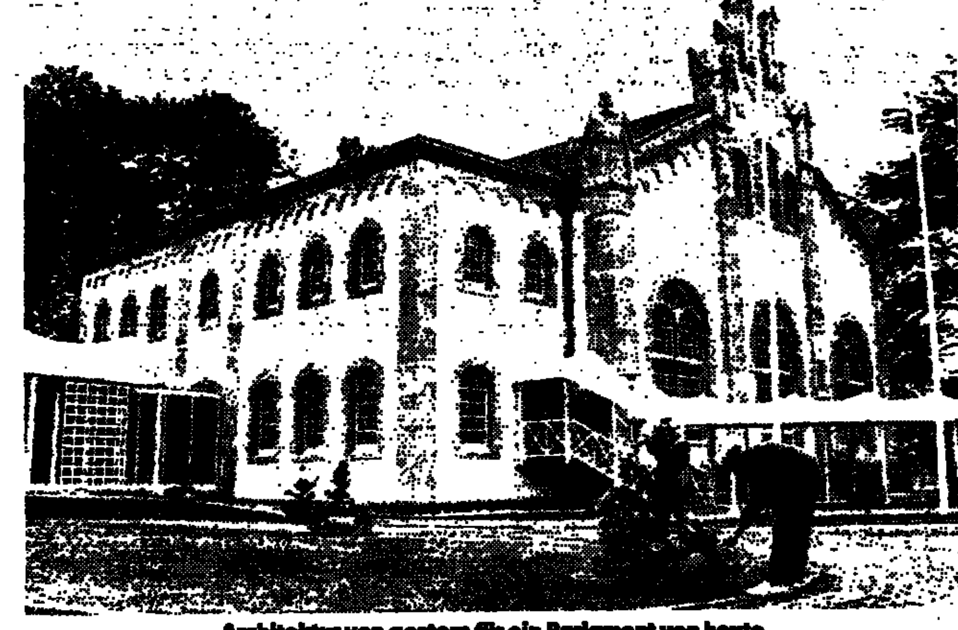
In Übereinstimmung mit dem fast verspielt wirkenden Baustil in den oberen Räumen wurde die Cafeteria eingerichtet, die nach sachkundigem Urteil „wohl bald zur gemütlichsten Kneipe der Bundeshauptstadt" werden könnte. Der SPD-Abgeordnete Hermann Rappe fand im Gespräch mit Journalisten bei einem ersten Test der Kaffee- und Bierversorgung im Untergeschoß (Rappe trank Mineralwasser) schon einen griffigeren neuen Namen für die Cafeteria: „Wenn der Plenarsaal oben das Wasserwerk ist, dann ist hier unten die Pumpstation."

Bundestagspräsident Jenninger rief als ersten Tagesordnungspunkt den Bundeshaushalt auf. Er erinnerte die Abgeordneten an seinen Brief, in dem er auf die veränderten Arbeitsbedingungen im Wasserwerk aufmerksam gemacht hatte. Da nur 465 der hellbeigen Lederstühle wegen des beengten Platzes aufgestellt werden konnten und auch die Wände nur für 38 Klappsessel Platz boten, müssen bei vollem Haus einige Abgeordnete mit Stehplätzen vorlieb nehmen.

Nun ist allerdings erfahrungsgemäß der Plenarsaal des Bundestages selten so voll besetzt, daß sich hier Probleme ergeben würden. Unbequemer allerdings wird das Arbeiten für die Abgeordneten schon. Denn auf die gewohnten Pulte vor ihren Sitzen müssen sie verzichten. Nur die Fraktionsspitzen in der ersten Reihe haben ein Pult vor sich. Und nur sie haben feste Plätze. Ansonsten gibt es für die nächsten Jahre keine feste Sitzordnung mehr.

„Wer zuerst kommt, sitzt vorn", heißt es jetzt. Den „Hinterbänkler" alter Art wird es im Wasserwerk also nicht geben. Etwas unbequem dürfte für die Abgeordneten auch sein, daß wegen der engen Bestuhlung keine Drucksachen während laufender Debatten mehr verteilt werden können. Sie liegen auf in Weiß und Gold gehaltenen Aktenwagen am Eingang aus und können bei Bedarf dort mitgenommen werden.

Ungemütlich wird es für die Parlamentarier, wenn es einmal zum „Hammelsprung" kommt, bei dem die mit Ja oder Nein stimmenden Abgeordneten jeweils durch gesonderte Türen von draußen in den Plenarsaal zurückkehren und dabei gezählt werden. Da die Lobby viel zu klein ist, müßte man bei einem Hammelsprung ins Freie ausweichen, bevor man in den Plenarsaal zurückkehrt. Hammelsprung im November – ein schauriger Gedanke.



Architektur von gestern für ein Parlament von heute FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Der Fall Daniloff öffnet den Amerikanern die Augen

Der Fall Daniloff belastet nicht nur die Beziehungen zwischen Moskau und Washington. Er hat für die Sowjetunion auch die unangenehme Folge, daß die amerikanischen Medien ausführlich über Zensur, Unfreiheit und Probleme in der Sowjetunion berichten.

Von GÜNTER FRIEDLÄNDER

Der nordamerikanischen Version eines Kreuzritters kommt am ehesten das Heer der Journalisten nahe, das die Worte von Arthur Hays Sulzberger von der „New York Times", auf seine Fahnen schrieb: „Es geht nicht so sehr um das Recht der Freiheit des Druckens (der Informationen), wie um das Recht des Bürgers, alles zu erfahren."

Das ist die Ausweitung der von der amerikanischen Verfassung garantierten Ausdrucksfreiheit, die Präsident Franklin D. Roosevelt 1941 vor dem Parlament der USA an die Spitze der „vier Freiheiten" stellte, die nach dem Krieg auf der ganzen Erde herrschen sollten.

Nicht in leuchtenden Rüstungen, sondern in verknitterten Anzügen jagt dieses Heer der Journalisten nach den Informationen, auf die jeder Bürger ein Recht hat. Es hat dabei mit ungezählten Romanen, Fernsehserien und Filmen die Ruhmeshallen der amerikanischen Volkshelden bevölkert. Nun sprang Anfang des Monats einer dieser Volkshelden überlebensgroß aus dem Bildschirm in das Leben der Amerikaner: Nicholas („Nick") S. Daniloff, Moskauer Korrespondent der angesehenen Wochenschrift „U. S. News + World Report".

Er war dem Ruf eines russischen Bekannten gefolgt, der ihm ein kleines Paket übergab. Kaum hielt er es in seinen Händen, tauchten rund um ihn herum acht Beamte des KGB auf und verhafteten ihn als der Spionage verdächtig. Ein Untersuchungsrichter hat inzwischen Anklage erhoben. Das bedeutet, daß Daniloff nun bis zu neun Monate ohne einen Anwalt und ohne Kontakt mit der Umwelt im Gefängnis gehalten werden kann.

Der empörte Aufschrei in den Massenmedien der USA, in denen Maßnahmen der Sowjets oft großes Verständnis finden, ist laut und dauert an. Hier geht es um mehr als kollegiales Verhalten der Journalisten. Die Medien verraten auch ganz andere Gefühlsregungen, nicht zuletzt die Kränkung all derer, die so oft für Verständnis irrationaler Entscheidungen der Sowjetregierung geworben haben.

Eine Regierung, an deren guten Willen sie glauben wollten und die sich nun vom Zynismus dieser Regierung enttäuscht sehen. Denn die Verhaftung Daniloffs erfolgte unmittelbar, nachdem ein russischer Spion in den Straßen New Yorks auf frischer Tat ertappt und verhaftet worden war. Selbst viele sowjetfreundliche Amerikaner glauben, daß die Russen Daniloff in eine Falle lockten.

Es stellt sich nun heraus, daß die Russen einen Staudamm geöffnet haben, der oft ihre zweifelhaften Praktiken schützte. Amerikas Presse schildert ausführlichst, wie das russische Gesetz mit Kautschukparagraphen jeden zum Spion stempeln kann, der berichtet, was den Machthabern nicht gefällt. Ein Bericht von „Tätigkeiten am Arbeitsplatz" eines Sowjetbürgers gilt bereits als Spionage.

Die Medien durchsuchen ihre Archive und warten mit vielen Namen amerikanischer Journalisten auf, die drangsaliert oder nach Hause geschickt wurden. Sie berichten von den Unbilden amerikanischer Journalisten in Moskau, in ihren Wohnungen und in ihrem Privatleben. So, daß Journalisten nach gelegentlichem Besuch bei russischen Freunden ihre Autoreifen durchschnitten vorfanden.

Dabei taucht auch der Parallelfall eines Journalisten auf, der erst das Gefängnis in Moskau verlassen konnte, nachdem John F. Kennedy für seine Unschuld gebürgt hatte. Die Sowjetregierung hatte offenbar nicht damit gerechnet, daß Durchbrüche, die ihr trotz der Atmosphäre eines Kalten Kriegs in der öffentlichen Meinung der USA gelungen waren, nun in Frage gestellt werden.

Hierzu gehört ein soeben unterschriebenes Arbeitsabkommen der amerikanischen Juristen mit dem sowjetischen Juristenverband. Rufe werden lauter, daß dies ein Unding sei, weil es in der Sowjetunion kein Rechtssystem gebe, das irgend etwas mit einem westlichen gemeinsam habe.



U.S. Won't Rule Out Swap for Reporter

U.S.-Soviet Ties Take 'Ugly Turn' on Daniloff

Aide Says Soviets Plan To Put Daniloff on Trial

U.S. WEIGHS MOVES AGAINST MOSCOW IN REPORTER CASE

Link Is Suggested To Arrest by U.S.

Envelope Reportedly Had Old Photos

Reporter's Arrest Shows KGB's Muscle

Russian Is Required To Appear for Trial

U.S. Would Give Soviets Custody of Zakharov For Daniloff's Freedom

Schlagzeilen aus der amerikanischen Presse FOTO: DIE WELT

Wie oft in einer Krise stellen sich auch konsequente Feinde Reagans plötzlich an die Seite des Präsidenten. In knapp acht Wochen wird in den USA gewählt werden. Moskau gab mit der Daniloff-Affäre Reagan Gelegenheit, einen in einem Wahljahr ungewöhnlich harten Ton anzuschlagen. Anfänglich schien ein Austausch Daniloffs gegen den Sowjetspion denkbar. Das hat sich angesichts der Kritik der öffentlichen Meinung geändert.

Und die Kritik hält an:

So schreibt die „New York Times" gestern:

„Im Gegensatz zur Behauptung der ‚Prawda' ist der Zorn der Amerikaner nicht von den Gegnern der Verhandlungen über Waffenkontrollen und anderen Themen hochgepeitscht worden: Er ist das weitverbreitete Unbehagen darüber, daß die Sowjetregierung einen legitimen Journalisten als Geisel genommen hat, um die Befreiung eines ihrer eigenen Spione in den USA zu erzwingen ...

Daß Herr Gorbatschow die Loyalität zu seiner Geheimpolizei den Verlauf unserer Beziehungen gefährden läßt, ladet zu breiteren Spekulationen darüber ein, ob er wirklich die Absicht hat, die USA in diesem Jahr zu besuchen. Wenn er jedoch glaubt, die Regierung Reagan suche nach einem Grund, ihn wieder auszuladen, so ist er gröblich falsch informiert. Die Amerikaner sind bereits über gesetzlose Entführer und Geiselnehmer aufgebracht. Sie werden es nicht dulden, daß verantwortliche Regierungen zu den gleichen Methoden greifen.



Der US-Journalist Daniloff: Wurde er in die Falle gelockt? FOTO: DPA

Es ist kein leichtes Problem, wie man zurückschlagen und Herrn Daniloff befreien soll. Aber der Druck für Vergeltungsmaßnahmen wird nun nur noch wachsen können. Auch wenn sie unserer Diplomatie schaden sollten. Herr Gorbatschow sollte verstehen, daß angesichts der großen Risiken er diesen Gefangenen möglichst schnell loswerden möchte."

In der neuesten Ausgabe von „U. S. News & World Report" heißt es:

„Nur der Kreml kennt die wirklichen Gründe für die erste Verhaftung eines amerikanischen Reporters seit dem Kalten Krieg ... Was immer der Grund gewesen sein mag, diese Affäre hat dem Bild Gorbatschows als Friedensmacher und fortschrittlicher Mann wirklich geschadet. Die Leitartikel in den USA sind hart in der Verurteilung der Taktik der Sowjets.

Die Verhaftung des amerikanischen Journalisten Nicholas Daniloff ist das letzte Anzeichen für den wachsenden Einfluß des KGB in der Führungsschicht der Sowjets. Die Zeichen der Rückkehr des KGB sind überall bemerkbar."

Durch die Spree in die Freiheit geschwommen

DW. Berlin

Unbemerkt von östlichen Grenzposten gelang, wie erst jetzt bekannt wurde, bereits Mitte August einem jungen Paar aus der „DDR", das sich wenige Stunden zuvor zufällig kennengelernt hatte, die Flucht durch die Spree nach West-Berlin. Die beiden jungen Leute schwammen nachts durch den Fluß und erreichten das Reichstagsgelände. Die Spree gehört hier zu den am schärfsten bewachten Abschnitten an der Mauer. Dort war am 24. August 1961 das erste Mauer-Opfer erschossen worden.

Nach einem Bericht der „Bild"-Zeitung war die 17jährige Ulrike Honko – sie lebt heute bei Verwandten in Hessen – an jenem Tag mit der Absicht von Cottbus nach Ost-Berlin gefahren, in den Westen zu flüchten. „Mir reichte es drüben einfach, bekam dann noch Ärger mit meinen Eltern", sagte die Glaserin. Auf dem Bahnhof Friedrichstraße, der nur wenige hundert Meter von der Sektorengrenze entfernt liegt, traf sie zufällig drei junge Männer, von denen der 19jährige Maurerlehrling Mike Kussin ebenfalls Fluchtpläne äußerte. „Ich mache jetzt durch die Grenze, gehe in den Westen zu meinem Vater", sagte der junge Mann. Vater Hans-Joachim Kussin lebt seit 1978 im Westen.

Die nächtliche Flucht gelang mit Hilfe eines Stück Lattenzauns, das die Flüchtlinge auf einer Baustelle fanden und an die Mauer lehnten. Sie stiegen hinüber, ließen sich an einer stacheldrahtüberzogenen Treppe ins Wasser gleiten und schwammen dicht am östlichen Ufer entlang. Als sie die Silhouette des Reichstages auftauchen sahen, schwammen sie über die dort sehr breite Spree und fanden auf dem Parkplatz eine Bierdose: „Am Aufdruck sahen wir, daß wir im Westen waren, es geschafft hatten."

Vor wenigen Tagen erst war es einem 26jährigen Schlosser aus der „DDR" gelungen, durch den Sacrower See bei Potsdam zu schwimmen und dann den Todesstreifen zu überwinden. Zuvor hatte eine vierköpfige Familie die Wakenitz südlich von Lübeck überwunden. In beiden Fällen erfolgten offenbar weder ein Alarm noch Schußwaffengebrauch.

Aus dem Schulstreit wird ein Schul-Streik

Elternprotest in Dormagen gegen Gerichtsverfügung

HELMUT BREUER, Düsseldorf

Der durch die jüngste Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster weiter zugespitzte Streit um die Errichtung einer Gesamtschule in Dormagen bei Köln hat gestern in der kleinen rheinischen Stadt regelrecht zum „Schul-Streik" geführt.

Viele Eltern der 116 Schüler, die gestern morgen ratlos vor den Räumen der noch am Eröffnungstag wieder geschlossenen neuen Gesamtschule Dormagen standen, erklärten gegenüber der WELT, sie würden trotz des gerichtlich verbotenen Unterrichtsbeginns ihre Kinder jeden Morgen demonstrativ zu dieser Schule schicken.

Auch den Hinweis eines Vertreters des Düsseldorfer Regierungspräsidenten, die Schulpflicht erfordere dennoch die Anmeldung der Kinder an Schulen des gegliederten Systems, wollen die Eltern nicht befolgen.

Der als Leiter der neuen Gesamtschule – sie ist in den Räumen einer Grundschule provisorisch untergebracht – bereits bestellte Studiendirektor Hans-Jürgen Belke geht davon aus, daß alle 116 angemeldeten Schüler „jeden Morgen" erscheinen würden. Von ihnen wohnen lediglich 86 in Dormagen. Die Eltern wollen diese ungewöhnliche Streik-Form beibehalten, bis das am 16. September erneut in dieser Sache verhandelnde Oberverwaltungsgericht endgültig entschieden hat. Belke berichtete der WELT, zahlreiche Eltern hätten ihm erklärt, sie ließen es nicht zu, daß ihre Kinder jetzt in anderen Schulen „Spießruten laufen" müßten. Schließlich seien einige Zehnjährige in Dormagen von Mitschülern bereits als „Sozis" beschimpft worden. Im übrigen könne ja wohl niemand nachprüfen, ob jeder Schüler seiner Schulpflicht nachkomme. In einer Reportage des Westdeutschen Rundfunks waren gestern auch Schüler zitiert worden, die erklärten, „der Kampf" gehe weiter.

Das Oberverwaltungsgericht Münster hatte wenige Stunden vor Unterrichtsbeginn in der neuen Gesamtschule einen Stopp verfügt, damit vor der endgültigen Entscheidung in dem Streit „kein Präzedenzfall geschaffen" werde, der eine gütliche Einigung erschweren könne.

Diese gestern in der SPD-Landtagsfraktion in Düsseldorf hart kritisierte und von Kultusminister Schwier „mit Bedauern" kommentierte Verfügung nannte CDU-Oppositionsführer Worms gestern die schwerste schulpolitische Niederlage der nordrhein-westfälischen SPD-Landesregierung seit dem erfoglreichen Volksbegehren im Jahre 1978. Für das jetzt in Dormagen für Schüler, Eltern und Lehrer entstandene „Chaos" trage die Regierung Rau die volle Verantwortung. Die CDU werde in Kürze eine Änderung des Schulverwaltungsgesetzes beantragen, um den in Dormagen „mit der Brechstange" ausgeführten staatlichen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung für die Zukunft auszuschließen.

„Innerdeutsches Ministerium wollte Prüfer abblocken"

Ehemaliger Rechnungsführer als Zeuge im Franke-Prozeß

WERNER KAHL, Bonn

Die geheimen deutschen Nachrichtendienste, Verfassungsschutz und BND, haben ihre Ausgaben im Gegensatz zum innerdeutschen Ministerium während der Amtszeit Egon Frankes (SPD) vorschriftsmäßig den Prüfern belegt. Das erklärte gestern als Zeuge der frühere Leiter der Berliner Dienststelle des Bundesrechnungshofes, Dr. Hellmut Meier, vor dem Bonner Landgericht. Im Prozeß gegen den früheren Bundesminister Franke und dessen damaligen engsten Mitarbeiter, Ministerialdirektor Edgar Hirt, hörte das Gericht den inzwischen pensionierten Berliner Rechnungsprüfer.

„Wie hat man 1979 geprüft und welche Maßstäbe wurden bei der Ausgabenkontrolle von Geheimfonds angelegt?" fragte der Vorsitzende der Strafkammer.

Meier: „Das damalige Innerdeutsche Ministerium versuchte Prüfungen abzublocken!" Auch gegen die Beiordnung eines Prüfers des Rechnungshofes zum sogenannten „Dreier-Ausschuß", der die Verwendung von Haushaltsgeldern für Häftlingsfreikauf und Agentenaustausch kontrollieren sollte, sträubte sich das Ministerium.

Beim Bundesnachrichtendiest sei es üblich gewesen, so Ministerialrat a.D. Hellmut Meier gestern, daß Geldzahlungen an Empfänger, die nicht in Erscheinung treten, namentlich beziehungsweise mit ihrer Unterschrift quittieren, von zwei Beamten des BND bestätigt werden. Im Fall der vom Innerdeutschen Ministerium in der Amtszeit Egon Frankes nicht belegten Ausgaben von 5,6 Millionen Mark existieren weder Belege noch Zeugen.

Als das Gericht finanzielle Leistungen des Ministeriums „für" und „über" die Kirchen zum Zwecke humanitärer Aktionen im Osten erörterte, wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Ex-Minister Franke zur WELT: „Es gibt Dinge, die in den normalen Geschäftsablauf einer Regierung nicht passen."

Aufsichtsrat hat Neuer Heimat voll vertraut

DIETHART GOOS, Bonn

Die Aufsichtsräte der Neuen Heimat haben dem Vorstand des gewerkschaftseigenen Baukonzerns über Jahrzehnte volles Vertrauen geschenkt. Rechtsverstöße gegen das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, unerlaubte finanzielle Transaktionen von dem gemeinnützigen in den gewerblichen Unternehmensbereich, Spenden an Stiftungen und Parteien in Millionenhöhe, üppiger Bewirtungsaufwand und großzügige Geschenke haben in den Aufsichtsratsitzungen keine Rolle gespielt oder wurden nur am Rande behandelt.

Diesen Eindruck vermittelte gestern der langjährige Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden, Rudolf Sperner, vor dem Untersuchungsausschuß Neue Heimat des Bundestages. Seit er von Georg Leber 1966 die Führung der Baugewerkschaft übernahm, gehörte Sperner bis zur Aufdeckung des Neue-Heimat-Skandals im Februar 1982 den Aufsichtsräten der Neuen Heimat und der Neuen Heimat Städtebau an.

Im Gegensatz zu anderen Aufsichtsräten, Politikern und Geschäftsfreunden der Neuen Heimat hat Sperner aus seiner Tätigkeit für den Konzern keine Vorteile gezogen. „Ich habe mein Privathaus ohne die Neue Heimat gebaut." Auf den Einwand des Ausschußvorsitzenden Hans Günther Hüsch (CDU), dann sei er eine löbliche Ausnahme, antwortete der Gewerkschafter: „Ich habe nur das gebaut, was ich mir von meinem Gehalt her leisten konnte."

Sperner bestätigte dem Untersuchungsausschuß, daß die Neue Heimat zur Verbesserung ihrer finanziellen Situation bereits 1976 Sozialwohnungen im größeren Umfang verkaufen wollte. Doch sei statt der geplanten 60 000 bis 70 000 nur der Verkauf von etwa 15 000 Wohnungen gebilligt worden. Auf die Frage, warum diese Verkaufsaktion öffentlich nur sehr zurückhaltend behandelt wurde, erklärte Sperner, man habe die damals noch etwa 400 000 Mieter der Neuen Heimat nicht beunruhigen wollen.

Die Neue Heimat und die gemeinnützige Wohnungswirtschaft insgesamt haben nach Sperners Angaben immer wieder Einfluß auf die Gesetzgebung genommen. So wurde während der sozialliberalen Koalition eine Verschärfung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes verhindert. Dagegen erreichten die Lobbyisten eine Erweiterung des Einkommensteuergesetzes wonach der Erwerb älterer Mietwohnungen steuerlich begünstigt wurde.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.





Der neue Fraktionssprecher der Grünen, Willi Hoss, hat in das Wespennest von „Fundamentalisten" und „Realpolitikern" gegriffen. Er signalisierte in der Atomfrage eine Annäherung an den SPD-Standpunkt. Jutta Ditfurth, Wortführerin der Gegner einer Koalition mit den Sozialdemokraten will auf dem bevorstehenden Bundeskongreß in Nürnberg für ihre „reine Lehre" kämpfen.
FOTOS: WEREK/LOTHAR KUCHARZ

Die Frage nach der Koalition treibt bei den Grünen neue Blüten

DIETHART GOOS, Bonn

Innerhalb der Grünen ist der Richtungsstreit über eine mögliche Bündnispolitik mit den Sozialdemokraten nach der Bundestagswahl im Januar nächsten Jahres mit aller Heftigkeit neu entbrannt. Zwei Wochen vor ihrem Bundeskongreß in Nürnberg, wo die Bündnisfrage abschließend beraten werden soll, liefern sich die Befürworter des Koalitionskurses, die sogenannten Realos, und die Fundamentalisten (Fundis) als entschiedene Gegner jeder Annäherung an die Sozialdemokraten mit Erklärungen und postwendenden Gegenäußerungen regelrechte Gefechte.

Unter den Delegierten des Nürnberger Kongresses rechnen die Fundamentalisten mit einer Mehrheit für ihren Kurs, sich der SPD auf Bundesebene konsequent zu versagen. Fundi-Wortführer wie die Bundesvorstandsmitglieder Jutta Ditfurth und Rainer Trampert wollen in Nürnberg ihre kompromißlose Linie mit aller Macht durchsetzen.

Doch der sogenannte Realo-Flügel, der unter den 28 Mitgliedern der Grünen Bundestagsfraktion eine knappe Mehrheit hält, gibt sich längst nicht geschlagen. So sehen der neue Fraktionssprecher Willi Hoss, der Grüne Starpolitiker Otto Schily und auch der hessische Umweltminister Johannes „Joschka" Fischer als Wortführer der koalitionsbereiten Gruppierung durchaus die Chance, bei der Bundestagswahl mit der SPD eine rechnerische Mehrheit zu erreichen, mit den Sozialdemokraten ein Bündnis zu schließen und damit erstmalig entscheidenden Einfluß auf die Bundespolitik zu gewinnen.

Dreh- und Angelpunkt der Kontroversen zwischen beiden Lagern ist der grüne Anti-Kernkraft-Kurs. Bereits auf dem letzten Bundeskongreß im Mai in Hannover wurde von den Fundamentalisten der sofortige Verzicht auf jede Form der Kernenergienutzung durchgesetzt. Mit dem in der vorigen Woche vom Bundeswirtschaftsministerium vorgelegten Gutachten des Freiburger Öko-Instituts sieht sich die Trampert-Ditfurth-Gruppe bestätigt. Dieser Ausstiegskurs ohne Wenn und Aber dürfte aber nach Auffassung der Grünen Realisten ein entscheidendes Hindernis für eine Koalition mit der SPD sein. Sie propagieren daher wie Joschka Fischer in Wiesbaden einen konditionierten und gestaffelten Ausstieg.

Wie unerbittlich die Debatte geführt wird, zeigt die jüngste scharfe Kontroverse zwischen Willi Hoss und Jutta Ditfurth. Schon kurz nach seiner Wahl zum Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion präsentierte Hoss sein Szenario eines innerhalb von zwei Jahren vollziehbaren „schnellen Ausstiegs". Jutta Ditfurth konterte postwendend. Es bleibe bei der zentralen Forderung der Grünen nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen. Zugleich sprach die Frankfurterin von einem „tragischen Wahlkampfauftakt" und stellte die bohrende Frage: „Wer soll die Grünen wählen, wenn das, wofür sie authentisch stehen, aus taktischen Gründen opportunistisch den Programmen der Kapitalpartei SPD angepaßt wird?"

Fundamentalistin Ditfurth hielt Fraktionssprecher Hoss zugleich vor, die Grünen im Bundestag hätten in detaillierten Untersuchungen nachgewiesen, daß die Stillegung aller Atomanlagen sofort möglich sei.

In Kreisen der gemäßigten Grünen wird der neu ausgebrochene heftige Richtungsstreit mit Sorge und Bedauern verfolgt. Ein Bundestagsabgeordneter dieses Lagers sagte der WELT: „Nun ist zu befürchten, daß in Nürnberg wieder eine tagelange fruchtlose Bündnisdebatte geführt wird, die niemandem nutzt und die den Grünen nur schadet." SPD-Politiker um Kanzlerkandidat Johannes Rau, die einer Annäherung an die Grünen bisher eher skeptisch gegenüberstanden, sehen sich bestätigt. „Die Grünen sind und bleiben keine verläßlichen Partner", hieß es.

Frister: Verkauf ist das NH-Ziel

mj, Braunschweig

Die „Übergabe" des Wohnungsbestandes der Neuen Heimat (NH) „an die öffentliche Hand" sei das Ziel der Sanierungsvorstellungen des Wohnungsbaukonzerns; andernfalls bleibe nur der „Verkauf an andere Interessenten", wobei die Mietpreisbindung gefährdet würde. Diese ungewöhnlich offene Spekulation auf Staatsfinanzen machte der NH-Arbeitsdirektor und frühere Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Erich Frister, vor GEW-Mitgliedern.

Döding bleibt Vorsitzender

dpa, Hamburg

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG), Günter Döding, ist gestern auf dem Gewerkschaftstag seiner Organisation in Hamburg mit großer Mehrheit wiedergewählt worden. Döding erhielt 194 von 205 abgegebenen Stimmen. Zehn Delegierte votierten gegen ihn. Döding war 1978 auf dem Gewerkschaftstag in Mannheim an die Spitze der NGG gewählt worden. Vier Jahre später auf dem Nürnberger Kongreß der NGG wurde er erstmals in seinem Amt bestätigt.

Union einig über „Trümmerfrauen"

dpa, Bonn

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dem Koalitions-Kompromiß für die „Trümmerfrauen" einstimmig zugestimmt. Die Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 werden von Oktober 1987 an bei der Rente einbezogen. Einen Renten-Zuschlag pro Kind von rund 25 Mark monatlich sollen die Mütter der Jahrgänge 1906 und früher bekommen. Mütter der Jahrgänge 1907 bis 1911 sollen vom Oktober 1988, Frauen, die zwischen 1912 und 1916 geboren sind, vom Oktober 1989 an berücksichtigt werden.



Australien will seine Gewerkschaften zähmen

Wirtschaftlich bedrängte Unternehmer pochen auf Reform

JÜRGEN CORLEIS, Sydney

In Australien verfügen die mehr als 300 Einzelgewerkschaften über Vorrechte, die in der Bundesrepublik Deutschland undenkbar wären: Die Hafenbehörde beispielsweise darf nur Mitglieder ihrer Organisation einstellen, und sie kann praktisch keinen der von ihr beschäftigten Arbeiter entlassen, selbst wenn er beim Stehlen erwischt wird.

Jede Rationalisierungsmaßnahme löst unweigerlich Arbeitskämpfe aus, und selbst wenn sie durchsetzbar ist, heben die neuen Zugeständnisse an die Gewerkschaft den wirtschaftlichen Nutzen der Rationalisierung wieder auf.

Dagegen hat eine Sekretärin in Sydney, die bestenfalls halb so viel verdient wie ein Werftarbeiter, keinen Kündigungsschutz. Sie kann von heute auf morgen, ohne Angabe von Gründen, gefeuert werden. Sie hat keine „industriellen Muskeln", also keine mächtige gewerkschaftliche Vertretung wie die Briefträger, die jedes Jahr vor Weihnachten streiken.

Jede Gewerkschaft verfolgt ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen. Von „Solidarität" keine Spur – auf der Strecke bleibt, wer nicht organisiert ist oder seine Interessen nicht machtvoll vertreten kann.

Dieses Chaos kennzeichnet die Situation in Australien. Starke Gewerkschaften können immer bessere Löhne, Sonderrechte und Vergünstigungen erzwingen, andere Arbeitnehmer sind praktisch wehrlos.

Das schlechte Arbeitsklima, oft als „englische Krankheit" bezeichnet, hat seinen Ursprung in den britischen Klassenkämpfen des 19. Jahrhunderts, die in Australien fortwirken. Bedingungen, wie es sie in der Bundesrepublik gibt, wären für viele Australier, auch in der Labor-Partei, ein Traumziel.

Hawke kann Versprechen nur mühsam einlösen

Es muß aber daran erinnert werden, daß unser Gewerkschaftssystem von deutschen Emigranten in London entwickelt wurde, die aus den britischen Fehlern lernen konnten. Ihre Lösung, die Einheitsgewerkschaft, war nur in der Phase eines staatlichen Neubeginns durchsetzbar. Australiens Arbeitgeber fürchten starke Gewerkschaften zu Recht, da eine partnerschaftliche Zusammenarbeit ausgeschlossen erscheint.

Die Gerichte müssen gelegentlich Gewerkschaften auflösen und verbieten, weil sie ihre Interessen mit kriminellen Mitteln vertraten. Das jüngste Beispiel dafür war die Auflösung der Bauarbeitergewerkschaft BLF, die von Bauherren Schutzgelder gegen Arbeitsausfälle kassiert hatte.

Ministerpräsident Bob Hawke war vor seiner Wahl im März 1983 Chef der australischen Gewerkschaftsbewegung. Er kennt seine „mates", seine „Kumpels". Er war der erste Labor-Politiker Australiens, der mit der Macht der Gewerkschaften fertig zu werden versprach, darin lag einer der Gründe für seine Wahl.

Er erreichte denn auch ein Übereinkommen mit den Gewerkschaften, das praktisch einen Lohnstopp bewirkte, weil nur noch der Inflationsverlust der Löhne ausgeglichen wird. Den wirtschaftlich hart bedrängten Unternehmern genügt dies nicht. Sie würden Lohnerhöhungen lieber an die Zunahme des Bruttosozialprodukts gebunden sehen.

Privilegien verringern und verteuern die Produktion

Die Oppositionsparteien, eine Koalition der Liberalen und der Nationalen, haben eine Reform der industriellen Beziehungen an die Spitze ihres Wahlkampfprogramms gesetzt. Eine kleine, aber einflußreiche Gruppe von Wirtschaftsführern tritt offen dafür ein, die Macht und den Machtmißbrauch der Gewerkschaften zu brechen.

Zu den dringendsten Reformen gehört die Beseitigung der „closed shops", der Auflage also, nur Gewerkschaftsmitglieder in bestimmten Betrieben zu beschäftigen, und der Abbau gewerkschaftlicher Privilegien, die die Produktion verringern und verteuern.

Hawke ist es zwar gelungen, die „mates" zu gemäßigteren Lohnforderungen zu überreden, aber sie versuchen nach wie vor, ihr Einkommen und ihre Arbeitsbedingungen mit Streiks um teure Nebenleistungen zu verbessern.

Vor kurzem streikten Bergarbeiter für eine Auswahl von drei statt zwei Nachspeisen im kostenlosen Kantinenessen. In einem Betrieb, der seinen Arbeitern freies Benzin zuteilt, forderte die Gewerkschaft die gleiche Vergünstigung auch für die Pensionäre und die Witwen ehemaliger Mitarbeiter.

Australische Unternehmer beginnen sich jetzt zusammenzuschließen, um gemeinsam die Macht der Gewerkschaften zurückzudrängen. Ein Bergbauunternehmer in Westaustralien entließ 1150 Beschäftigte, die sich nicht nach den von der Geschäftsleitung vorgeschriebenen Arbeitsbedingungen richten wollten.

Nach vier Wochen Produktionsausfall mußte das Unternehmen die Arbeiter wieder einstellen. Aber der Versuch zur Beschneidung gewerkschaftlicher Privilegien wurde in der australischen Öffentlichkeit als Signal verstanden. Die Mehrheit der Bevölkerung ist die ständigen Arbeitskämpfe um oft lächerliche Privilegien oder Nebenvorteile leid.

(SAD)

Sanierung der VOEST-Betriebe belastet die SPÖ

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Das rigorose Sanierungskonzept für die verstaatlichte österreichische Stahlindustrie, das unter dem Arbeitstitel „VOEST-neu" der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, und die Entlassung von fast 10 000 Arbeitskräften sowie Betriebsstillegungen vorsieht, hat innerhalb der regierenden Sozialistischen Partei Kontroversen und Widerspruch ausgelöst. Das vom neuen VOEST-Management vorgelegte und von Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) gebilligte Konzept wird nicht nur vom SPÖ-Landesvorsitzenden der Steiermark, Hans Gross, entschieden abgelehnt. Auch der eben erst von einer China-Reise zurückgekehrte Sozialminister im Kabinett Vranitzky, Alfred Dallinger, verlangt, man müsse erst einmal über das Konzept „reden". Die Vorschläge des VOEST-Managements seien keineswegs sakrosankt.

Gerade ein weiteres Zerreden der Vorschläge lehnt aber der sozialistischen Kanzler ab, da dadurch nur Zeit verloren gehe und man die Probleme – so wie in der Vergangenheit – vor sich herschiebe, anstatt sie zu lösen. Besonders schwer getroffen von den Sanierungsmaßnahmen ist die Eisen- und Stahlindustrie in der oberen Steiermark, die auf eine Jahrhunderte alte Tradition zurückblicken kann. Die VOEST-Betriebe in diesem Bereich werden derart reduziert oder ganz stillgelegt, daß örtliche Politiker von einem „Indstriefriedhof" mit unabsehbaren sozialen Folgen für die gesamte Region sprechen. Es geht dabei nicht nur um Tausende von VOEST-Arbeitern und Angestellten, die nun ihren Arbeitsplatz verlieren, obwohl es bisher immer regierungsamtlich hieß, VOEST sei „staatlich" und daher besonders gut abgesichert. Man erwartet auch Folgekonkurse von Lieferbetrieben, Geschäften und Gaststätten in der Region.

Bei einem Krisengespräch zwischen dem Minister für die verstaatlichte Industrie, Rudolf Streicher (SPÖ) und dem Chef der Landesregierung der Steiermark, Landeshauptmann Josef Krainer (ÖVP) konnte keine Einigung erzielt werden. Keiner lehnte das Sanierungskonzept rundweg ab und verlangte eine Beschäftigungsgarantie der Wiener Regierung für die betroffenen Arbeiter. Der Landeschef der Steiermark sprach von „Widerstand" gegen das VOEST-Konzept und wurde dabei von seinem sozialistischen Stellvertreter Gross unterstützt, der somit Front gegen seine eigene Partei machte.

In der Steiermark stehen Landtagswahlen bevor. Sollten sie gerade in den Industriebezirken eine schwere Niederlage für die SPÖ bringen, würde dies zu einer verschärften Diskussion zwischen Linken und Pragmatikern in der Partei führen.

Sri Lankas Armee bemüht sich um mehr Disziplin und Kampfkraft

P. DIENEMANN, Colombo

Brigadegeneral „Gerry" de Silva erinnert an einen Offizier alter britischer Schule. Hochschulabschluß, Ausbildung im Ausland, Soldat aus Passion. Er ist Chef jener Armee-Einheiten im Norden Sri Lankas um die Stadt Jaffna herum, die die Stellung der Regierung gegen tamilische Extremisten halten. Dieses Gebiet, zu 90 Prozent von Tamilen bewohnt, soll Teil eines unabhängigen Staates „Tamil Eelam" werden, für den die Extremisten seit 1983 mit Waffengewalt kämpfen.

Um Zusammenstöße mit ihnen im Gebiet um Jaffna zu vermeiden – „unsere Politiker wollen die Friedensgespräche nicht gestört wissen" (de Silva) –, sind die Soldaten gezwungen, unter dem Granat-Feuer der Tamilen in ihren Lagern zu verharren und nur dann zurückzuschießen, wenn ihr eigener Sicherheitsbereich durchbrochen wird.



Soldaten auf Sri Lanka – es mangelt an Ausbildung und moderner Ausrüstung FOTO: SVEN SIMON

„Dabei könnten wir", so ein Offizier, „innerhalb von zwei Tagen die gesamte Halbinsel (um Jaffna) vom Terrorismus befreien." Sri Lankas Armee, Marine und Luftwaffe, die in den letzten Jahren unrühmlich von sich reden gemacht haben, scheinen dazu jetzt in der Lage zu sein. Vor 18 Monaten zählte die Armee 9000 Soldaten, jetzt dienen dort rund 24 000 Mann. Doch es ist nicht nur die Kampfstärke, die gewachsen ist, wesentlich besser geworden ist es auch mit der Disziplin.

Die Massen-Rekrutierung der jüngsten Zeit geht allerdings zu Lasten der Ausbildung. Von seiten der Streitkräfte heißt es dazu, daß es keine Alternative gegeben hätte, da „die Terroristen personell und ausrüstungsmäßig überlegen gewesen seien".

Der Gefreite Karunarathna, jetzt in Jaffna stationiert, stammt aus einem Fischerdorf an der Westküste Sri Lankas. Als 18jähriger hat er sich auf eine Zeitungsanzeige nach dem Hauptschulabschluß freiwillig zur Armee gemeldet. Vier Monate dauerte seine militärische Grundausbildung. Jetzt sichert er den Flugplatz Jaffna, über den die militärische Versorgung des Nordens abgewickelt wird. Zeit für weitere Ausbildung bleibt nicht, denn „jeder Mann im Einsatz wird gebraucht". Karunarathna ist einer der seit 1985 rekrutierten 15 000 Soldaten, die, wie sie versichern, in die Armee eingetreten sind, „weil unser Land uns jetzt braucht".

Finanziell attraktiv ist der Job keineswegs. Ein Gefreiter verdient umgerechnet etwa 140 Mark im Kampfgebiet, in der Etappe nur 95 Mark im Monat. Und dafür wird Disziplin verlangt. „Etwas, was für unsere Jungs völlig neu war", meint Oberst Wijesekara. „Wir haben uns international einen schlechten Ruf eingehandelt, weil es immer wieder zu Übergriffen von Soldaten gegen unschuldige Zivilisten kam. Doch seit Monaten ist so etwas nicht mehr vorgekommen."

Die Marine Sri Lankas ist mittlerweile am besten ausgerüstet. Zur Überwachung des 200 Seemeilen langen Küstenstreifens im Norden der Insel hat sie kürzlich neben den vorhandenen Kanonen- und Schnellbooten auch moderne israelische „Dora"-Boote erhalten.

Zu horrenden Peisen muß Sri Lanka seit zwei Jahren Waffen von privaten Händlern kaufen, die sich in einem der Nobel-Hotels Colombos ein Stelldichein geben. Von belgischen Maschinenpistolen bis zu amerikanischen Infanteriegewehren tragen Sri Lankas Soldaten Waffen höchst unterschiedlicher Herkunft in den Kampf; sie schützen sich mit Helmen „Made in Taiwan", und ihr Kampfanzug ist aus englischem Material.

Der Armee fehlt es vor allem an gepanzerten Fahrzeugen. Südafrika half zwar mit „Buffalo"-Mannschaftstransportwagen aus, doch immer noch muß sich die Armee mit dürftig gesicherten Landrovern oder japanischen Lastwagen behelfen. Immerhin verfügt sie inzwischen aber über ausreichend Handfeuerwaffen und Granatwerfer.

Die Luftwaffe benötigt dringend mehr Hubschrauber und Flugzeuge zur Küstenüberwachung. „Dinge, die Geld kosten, das wir zur Entwicklung unseres Landes so dringend brauchen", sagt Kapitän Wikamarathne. Dem Terrorismus müsse bald ein Ende gesetzt werden, möglichst politisch. Sonst „geht unsere Insel vor die Hunde".

Nicht allein Politik beim „Frauengipfel"

REINER GATERMANN, London

Morgen werden sich in der norwegischen Eismeerstadt Tromsø erstmals die politisch mächtigsten Frauen Europas treffen: Großbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher und Norwegens Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland. Die eine konservativ, die andere Sozialdemokratin, beide Akademiker und beide bekannt für ihre Hartnäckigkeit. So verwundert es nicht, daß sich das Interesse der Diplomaten auf beiden Seiten nicht allein auf den Verlauf der politischen Gespräche konzentriert. Mindestens ebenso gespannt ist man darauf, ob die beiden Frauen eine gemeinsame Wellenlänge finden.

Von norwegischer als auch von britischer Seite kann man sich nur wünschen, daß sich die Erfahrung bestätigt, wonach sich Gegensätze anziehen, denn die überwiegen bei einem Typen- und Charaktervergleich.

Die „eiserne Lady" aus London, blondiert, immer wohlfrisiert und elegant gekleidet, bewegt sich selbstsicher und ohne Scheu auf dem internationalen Parkett. Wer könnte sich sie, vom fast vierzehnjährigen Altersunterschied einmal abgesehen, als Skilangläuferin, Bergsteigerin, Seglerin und Windsurferin vorstellen? Aber gerade bei diesen Freizeitaktivitäten fühlt sich die 47jährige „Gro", wie sie die Norweger freundschaftlich nennen, besonders wohl. Daß sie auch hart zugreifen kann, bewies sie, als sie vor ein paar Jahren ihrem beim Segeln über Bord gefallenen Mann das Leben rettete. „Ein Typ, mit dem man gern Pferde stehlen geht", meinte 1981, als sie erstmals für acht Monate das Regierungsruder führte, einer ihrer Minister.



Margaret Thatcher (links) und Gro Harlem Brundtland

Frau Thatcher wird von ihrer Gastgeberin Klagen über den aus ihrem Land herantreibenden sauren Regen zu hören bekommen. „Maggie" ihrerseits wird die Norwegerin vor einer allzu engen Zusammenarbeit mit der Opec warnen und wissen wollen, ob sie beabsichtigt, den Kurs in der Verteidigungspolitik umzulegen.

Ob es – auf dieser hohen Ebene – ein weiteres Treffen der beiden Politikerinnen geben wird, ist ungewiß. Nach nur fünf Monaten wackelt bereits Gro Harlem Brundtlands Regierungssessel, sie konnte bisher keine Mehrheit für eine Steuerreform finden.

Treffen Bothas mit Frau King geplatzt

DW. Johannesburg

Coretta Scott-King, die Witwe des ermordeten amerikanischen Bürgerrechtlers Martin Luther King, hat kurzfristig ein Treffen mit Südafrikas Staatspräsident Botha abgesagt. Sie benötige mehr Zeit, um sich mit den Verhältnissen in Südafrika vertraut zu machen, sagte sie.

Die farbige Amerikanerin, die zur Amtseinführung von Desmond Tutu als anglikanischer Erzbischof von Kapstadt nach Südafrika gereist war, hatte zunächst um ein Treffen mit Botha gebeten.

Daraufhin hatten die Frau des inhaftierten ANC-Führers, Winnie Mandela, und Pastor Allan Boesak, der Präsident des Weltbundes reformierter Kirchen, ein Treffen mit Coretta Scott-King abgelehnt.

Totaler Asylstopp in Dänemark?

dpa, Kopenhagen

Der dänische Justizminister Erik Ninn-Nansen will „schnellstmöglichst" ein Jahr die Grenzen für alle Asylbewerber sperren. Die Aufnahmelager für Flüchtlinge seien derzeit überfüllt, und die Behörden könnten den vor allem den über die Bundesrepublik Deutschland kommenden Asylbewerbern keine angemessenen Aufenthaltsplätze geben, sagte er. Das angestrebte Einreiseverbot solle den zuständigen Stellen „Luft verschaffen", um die derzeit etwa 5000 nicht entschiedenen Asylanträge zu bearbeiten. Ninn-Hansen verwies weiter darauf, daß die seit einer Woche praktizierte „Schnellabfertigung" von Asylbewerbern an der dänisch-deutschen Grenze keine Verringerung der Einreisezahlen erbracht hat.

Dramatische Umweltsituation

DW. Bonn

Die Umweltsituation in den Ostblockländern hat sich nach einer Untersuchung des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung „dramatisch" verschlechtert. Die vielfach vorbildlichen Umweltschutzgesetze existierten „nur auf dem Papier", während Wasser, Boden und Luft in diesen Ländern „hochgradig verunreinigt" seien, erklärte die Stiftung gestern unter Hinweis auf wesentliche Ergebnisse dieser Studie. Der Raubbau auf Kosten der Natur gehe unvermindert weiter und Umweltschutzmaßnahmen würden nur unzulänglich und halbherzig durchgeführt, heißt es in der Studie. In Polen und der CSSR sind zum Beispiel bereits 400 000 Hektar Wald durch Luftschadstoffe zerstört.

Wann soll ein Kind mit Algebra beginnen, wieviel Wochenstunden hat es Deutsch zu büffeln? Die Lehrpläne in den einzelnen Bundesländern weichen immer mehr voneinander ab: ein Problem nicht nur für Schüler und Aufgaben beaufsichtigende Eltern, sondern auch für Schulbuchautoren und -verleger. Die Kosten für die Herstellung der Unterrichtswerke vervielfachen sich durch die unterschiedlichen Ausgaben.

Selbst bei der Grammatik gibt es Zwist

Von PAUL F. REITZE

Die rund achtzig deutschen Schulbuchverlage teilen sich einen Markt, der nicht nur wegen des Schülerrückgangs immer kleiner wird. Seit Ende der siebziger Jahre entwickeln sich die Lehrpläne in den einzelnen Bundesländern weit auseinander. Dies betrifft längst nicht mehr allein die „Ideologie-Fächer" wie Deutsch oder Politik. Eine Synopse des Instituts für Bildungsmedien in Frankfurt benötigt nicht weniger als 45 eng beschriebene DIN-A4-Seiten, um die unterschiedlichen Anforderungen für Mathematik in der Sekundarstufe I zu dokumentieren.

Der Verband der Schulbuchverlage sah angesichts solchen Wildwuchses schon vor Jahren „die föderale Idee" gefährdet. Er machte eine Kostenrechnung auf. Wäre bei halbwegs vergleichbaren Lehrplänen für ein Unterrichtswerk eine Auflage von 90 000 Exemplaren erreichbar, beliefen sich die Herstellungskosten danach auf 246 000 Mark. Bei drei gravierenden Abweichungen wären bereits 353 000 Mark erforderlich, bei vier Abweichungen 472 000 Mark.

Die Praxis hat den schlimmsten Fall dieses Rechenbeispieles längst in den Schatten gestellt. Der Schulbuchverleger Ernst Klett hat für 1980 in allen Schulfächern bundesweit mehr als dreihundert neue Lehrpläne, Entwürfe und Richtlinien gezählt. In vermeintlich unproblematischen Disziplinen wie Biologie wurden sie in einer Reihe von Bundesländern innerhalb weniger Jahre wiederholt geändert. Ähnliches fiel Klett auch in der Physik auf.

In der Grundschule gibt es in Mathematik Lernstoffe, die bald in Klasse 1, bald in Klasse 4 vorausgesetzt werden. Auch Beginn und Dauer des Unterrichts in einzelnen Fächern, etwa in Physik, sind bundesweit nicht harmonisiert. Wie lange soll ein Abc-Schütze in der Muttersprache unterrichtet werden? Je nach Bundesland können es vier oder gar sieben Wochenstunden sein. Mit Algebra wird bald in Klasse 7, bald in Klasse 8 begonnen. Die Bestimmung von Flächeninhalten kann in Jahrgangsstufe 7 anstehen, durchaus aber auch in Jahrgangsstufe 8 oder 9.

Strittig sind selbst zentrale Begriffe in einzelnen Fächern. Für das „Verbum" tauchen abwechselnd die Bezeichnungen Tuwort, Tätigkeitswort, Tunwort, Zeitwort auf. Ein Land billigt alle diese Termini. Es kann aber durchaus vorkommen, daß sich die Begriffe in aufeinanderfolgenden Klassen ändern, bis dann am Ende der Grundschule eine Festlegung auf das gute alte Verbum vorgenommen wird – wegen des Fremdsprachenunterrichts in der Sexta des Gymnasiums.

Die Grammatik, die über Jahrhunderte festgefügt wie aus Erz schien, wird mittlerweile nach unterschiedlichen „Modellen" gelehrt. Die Geographie des Schullandes gibt dann den Ausschlag, nach welchem systematischen Verfahren ein Satz in der Muttersprache analysiert wird. Ein finsteres Zeugnis für die Wissenschaftsgläubigkeit von Lehrplankommissionen und Ministern: Was an der Hochschule im Sinne des Methodenpluralismus berechtigt sein kann, wird unkritisch in den Basisunterricht übernommen, auch wenn Kinder und Schulaufgaben beaufsichtigende Eltern dadurch maßlos überfordert und verunsichert werden.

Lehrer berichten von Anrufen ratloser Väter und Mütter, die am Ende des Gesprächs beschämt gestanden hätten, daß sie selber vor zehn oder fünfzehn Jahren in Germanistik promoviert haben. Eine Schulbuchlektorin eines der großen Verlage teilte bei den WELT-Recherchen mit, sie habe bei Antritt ihrer Stelle „neu lernen müssen", was in den Hauptabnehmerländern ihrer Firma „die aktuelle reine Lehre" sei.

Als Baden-Württembergs Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder vor einigen Jahren eine völlige Neufassung sämtlicher Lehrpläne in Auftrag gab, um darin die „klassischen Kulturtechniken wieder stärker zu verankern", erntete er zunächst viel Kritik. Der Politiker, im Nebenamt Präsident des VfB Stuttgart, fühlte sich „fast wie ein Schiedsrichter, der wegen wiederholten Foulspiels gleich serienweise die rote Karte zückte". Er hatte in den zuständigen Kommissionen die Fachdidaktiker der Hochschulen aufs Korn genommen, „um schulpraktische, kindgerechte Lösungen zu finden".

In der Tat wird die Schule überfordert, wenn sie atemlos immer neuen Moden in der Wissenschaft hinterherhastet – und diese dann mit zeitlicher Verzögerung weitergibt, obwohl die Forschung mittlerweile längst zu neuen Ufern strebt, die Akzente wieder anders setzt.

Den Schulbuchverlagen hat es Mayer-Vorfelder freilich mit seinem pädagogischen Handstreich auch nicht recht machen können. Wollten sie auf einem der wichtigsten Märkte der Bundesrepublik mitmischen, so mußten sie große Teile ihres Angebots einer Revision unterziehen. Sie klagten über eine „neue Kostenlawine".

Fragt man Schulbuchverleger danach, was sie für ihre berufliche Haupteigenschaft hielten, antworten etliche von ihnen sinngemäß, sie müßten vor allem das Gras wachsen hören. In der Tat genügt es für sie längst nicht mehr, die gültigen Lehrpläne in ihren Unterrichtswerken zu berücksichtigen. Was an Änderungen im Busche ist, kann sich als fast noch wichtiger erweisen, wenn sie nicht übers Jahr auf der Strecke bleiben wollen.

Eines der besten Deutsch-Lesebücher steht so in einem besonders harten Kampf um Marktanteile. Es stellte die große Literatur wieder ins Zentrum, statt der lange Zeit gehätschelten „Gebrauchstexte". Dabei wurde aber nicht rechtzeitig erkannt, daß Bayern und Baden-Württemberg nicht nur niveauvolle Literatur verlangen, sondern bestimmte Werke verbindlich vorschreiben. Die Folge: Es wurde gar nicht erst versucht, die Zulassung im Süden zu beantragen – obwohl die Minister Mayer-Vorfelder und Maier das fragliche Lesebuch zweifellos ansprechend fänden. Lehrpläne wollen aber buchstäblich ernst genommen werden.

– Ende –

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie gerne zu.

Studien zum Thema

Der Niedersächsische Elternverein hat rund 160 Schulbuch-Besprechungen zusammengestellt, die von Eltern und Lehrern gegen eine Schutzgebühr von einer Mark angefordert werden können bei Frau Sighild Salzmann, Paracelsusstr. 32, 3340 Wolffenbüttel. Eine Untersuchung für die Fächer Deutsch, Politik und Religion von Prof. Henning Günther und Rudolf Willeke, „Bilanz einer Schulbuchaktion", ist gegen eine Schutzgebühr von zwei Mark erhältlich beim Hessischen Elternverein, Fellnerstr. 14, 6000 Frankfurt 1.

Eine große Studie ist, herausgegeben von Hans-Joachim Veen und Peter R. Weilemann, im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung zustandegekommen: „Die politische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland in Politik- und Geschichtsbüchern" (Verlag Ernst Knoth, Melle. 526 S., 29,80 Mark). Mitarbeiter sind unter anderem Manfred Hättich, Heinrich Oberreuter und Bernhard Sutor.

Behandelt werden in umfangreichen Einzelstudien Themen wie „Grundfragen des Politischen und politischen Verhaltens", „Demokratieverständnis und Vorstellungen vom Bürger", „Funktion und Bedeutung politischer Institutionen". Die Autoren haben die im Schuljahr 1982/83 zugelassenen Bücher berücksichtigt.

Im Vordergrund steht die fachliche Wertung. Ein Mangel ist, daß ältere Auflagen der betreffenden Werke nicht mit einbezogen worden sind, obwohl sie ja vielfach noch benutzt werden, zumindest noch in Lehrerbibliotheken vorhanden sind (und dann für den Unterricht in Fotokopien zugänglich gemacht werden). P. F. R.

Planung für die Bundeswehr wird durch Mängel behindert

Der Generalinspekteur analysiert die künftige Entwicklung der deutschen Streitkräfte

Von WOLFGANG ALTENBURG

Die Bundeswehrplanung unterliegt dem Primat der Politik. Sie ist als eine Forderung des Generalinspekteurs an die politische Führung zu verstehen. Diese ist stets verbunden mit einer Bewertung der sicherheitspolitischen Umwelt und der Risiken, die infolge der politischen Vorgaben eintreten können. Auf dieser Grundlage entscheidet die politische Leitung im Rahmen vertretbarer finanzwirtschaftlicher Möglichkeiten über die Zuweisung der Ressourcen zur Deckung des militärischen Bedarfs, der für die Erfüllung des Verteidigungsauftrages als ausreichend erachtet wird. Mit diesem Entschluß rückt die Bundeswehrplanung in die Verantwortung der politischen Entscheidungsträger.

Mit der Formulierung langfristiger Zielvorstellungen und einer rüstungsplanerischen Bestandsaufnahme haben wir mit Blick auf die neunzigerJahre zunächst einmal die Voraussetzungen für eine ausgewogene langfristige Planung und die optimale Nutzung begrenzter Ressourcen geschaffen. Damit sind durch die Bundeswehrplanung die Weichen für die neunziger Jahre gestellt. Dies erlaubt die zielgerechte Anpassung der Vorhaben an die sich ändernden Faktoren der planerischen Umwelt. Für die Zeit danach deuten sich jedoch bereits jetzt Entwicklungen an, auf die wir uns heute einstellen müssen, denn wir wollen verantwortungsvolle Planung auch über das Jahr 2000 hinaus sicherstellen.

Zwei grundlegende Zukunftsprobleme zeichnen sich ab: die steigende Bedeutung der konventionellen Waffenpotentiale und der bereits heute erkennbare Personalmangel. Hierbei gebieten es vier Motive, die konventionelle Verteidigungsfähigkeit der Allianz zu verbessern:

Erstens: Der Warschauer Pakt rüstet konventionell überproportional stark aufund eröffnet sich regional begrenzte konventionelle Optionen, wenn die NATO keine Gegenmaßnahmen ergreift.

Zweitens: Das westliche Bündnis ist bestrebt, die Abhängigkeit von nuklearen Gefechtsfeldwaffen zu vermeiden, um die primär politische Bedeutung des nuklearen Elements der Abschreckung zu erhalten. Der Mangel an Personal, konventionellen Waffensystemen und dazugehöriger Munition darf nicht dazu führen, daß die NATO sich militärisch gezwungen sähe, frühzeitig Nuklearwaffen einzusetzen. Dies würde die sicherheitspolitische Bedeutung der nuklearen Komponente der Triade (der Verbindung von strategischen, taktischen Nuklearwaffen und konventionell gerüsteten Streitkräften, die Red.) verfälschen.

> „Niemals zuvor in der NATO-Geschichte war die Zahl der Nuklearsprengkörper auf deutschem Boden geringer als heute. Der Trend geht weiter nach unten."

Drittens: Die Planung der Streitkräfte ist auf mögliche Erfolge auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle einzustellen. Der Anspruch „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen" ist ein erklärtes Ziel deutscher Sicherheitspolitik. Es entspricht den Prinzipien der Allianz. Mit den Beschlüssen von Luxemburg (1985) und Montebello (1983) hat die NATO hier nicht nur ein Signal gesetzt, sondern die Absicht, die nuklearen Potentiale zu reduzieren, durch den einseitigen Abzug von 2400 Spengköpfen aus Europa auch eingeleitet. Niemals zuvor in der Geschichte des Bündnisses war die Zahl der Gefechtsköpfe auf deutschem Boden geringer als heute – Der Trend geht weiter nach unten. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß gerade die Existenz des atomaren Abschreckungspotentials in der Vergangenheit wesentlich dazu beigetragen hat, jegliche militärische Gewaltanwendung – auch die konventionelle – gegen das westliche Bündnis zu verhindern.

Daraus folgt, daß die Reduzierung der nuklearen Elemente der Triade von der Überlegung begleitet sein muß, wie die kriegsverhindernde Wirkung der Abschreckung auch mit reduziertem nuklearen Potential erhalten werden kann. Solange ausgewogene und überprüfbare konventionelle Abrüstungsvereinbarungen nicht vorliegen, wird dies Maßnahmen zur Verbesserung der nichtatomaren Verteidigungsfähigkeit der NATO erfordern.

Viertens: In einem denkbaren neuen System strategischer Stabilität, das sich überwiegend auf strategische Defensivsysteme abstützt, wäre die konventionelle Verteidigungsfähigkeit von ausschlaggebender Bedeutung für die Verhinderung eines dann noch möglichen konventionellen Krieges. Mit anderen Worten: An der Stärkung der konventionellen Komponente führt kein Weg vorbei. Strategische Defensivsysteme würden die Notwendigkeit zur Verbesserung konventioneller Verteidigung eher erhöhen.

Das zweite Grundproblem, der Mangel an Personal, beeinträchtigt künftig nicht nur die Einsatzbereitschaft unserer Streitkräfte. Es wirkt auch auf die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft ein. Deren Leistungskraft ist jedoch eine Grundvoraussetzung für unsere Verteidigungsfähigkeit.


Wechselt im Oktober nach Brüssel: Generalinspekteur Wolfgang Altenburg FOTO: J. DARCHINGER

Die Steigerung der konventionellen Kampfkraft entspricht dem politischen Willen der NATO. Dieses Ziel trotz sinkenden Personalaufkommens auch in Zukunft zu erreichen, ist die Herausforderung, vor denen die Bundeswehrplanung steht. Diesen gilt es energischer als bisher zu begegnen, wenn der Friede in Europa auch künftzig erhalten werden soll.

Rationalisierung und vermehrter Einsatz von Technik allein können das Problem nicht lösen. Dadurch unterscheidet sich die Planung der Streitkräfte von der zivilen Wirtschaft. Doch liegt in der konsequenten Nutzung neuer Technologien ein gewichtiges Potential zur Stärkung der konventionellen Kampfkraft.

Die konventionelle Luftverteidigung gegen Marschflugkörper, Kurz- und Mittelstreckenraketen könnte eine sinnvolle Ergänzung zu denkbaren strategischen Defensivsystemen werden. Bislang war unsere Luftverteidigung auf die Abwehr von Flugzeugen zugeschnitten. Nukleare Marschflugkörper und Raketen wurden durch die Androhung eines nuklearen Gegenschlages abgedeckt.

Seit einiger Zeit sind hier Änderungen nachweisbar. Marschflugkörper, Mittel- und Kurzstreckenraketen der Sowjetunion werden teilweise auch mit konventionellen oder chemischen Köpfen bestückt. Deshalb sind sie künftig in unsere Luftverteidigungsüberlegungen einzubeziehen.

Die Forschungsansätze zur konventionellen Stärkung sind hier mit denen der amerikanischen Verteidigungsinitiative SDI nahezu identisch. Als technologisches Nebenprodukt der SDI-Forschung sind Entwicklungen zu erwarten, die wir für unsere konventionellen Zielsetzungen nutzen können. Durch den Rückgriff auf SDI-Forschungsergebnisse vermeiden wir, daß wir unser Geld zur Erreichung eines Zieles zweimal ausgeben.

Unsere Streitkräfte müssen in der Lage sein, zusammen mit den Bündnispartnern auch im Falle eines großangelegten Angriffs nach nur kurzer Entscheidungswarnzeit eine grenznahe, koordinierte, zusammenhängende Vorneverteidigung Mitteleuropas sicherzustellen. Dies setzt eine günstige Luftlage voraus und schließt den Beitrag zum Schutz der Seeflanken und Seewege durch die Marine ein.

Vorneverteidigung bedeutet aber nicht nur reaktionsschnelle Aufnahme der Abwehr mit hoher Kampfkraft. Sie verlangt auch die Fähigkeit, den Abwehrkampf über einen längeren Zeitraum mit Aussicht auf Erfolg zu führen.

Dies kann jedoch nur gelingen, wenn der Gegner nach Aggressionsbeginn auch in der Tiefe seines Raumes frühzeitig aufgeklärt und wirkungsvoll bekämpft werden kann. Er muß gehindert werden, kampfkräftige Folgekräfte nachzuführen, noch bevor die nötigen eigenen Reserven und Verstärkungen in die Vorneverteidigung eingegliedert werden können.

Die Fähigkeit nach erfolgtem Angriff auch auf dem Territorium des Gegners Waffen zur Wirkung zu bringen, trägt dazu bei, daß die Folgen einer Aggression nicht vom Opfer der militärischen Gewaltanwendung allein getragen werden müssen, sondern direkt auf den Verursacher zurückschlagen. Dies beeinflußt dessen Risikokalkül. Es macht Abschreckung glaubwürdiger.

Ein für die Vorneverteidigung Europas unverzichtbarer Teil des konventionellen Gesamtpotentials des Bündnisses ist im Frieden auf dem amerikanischen Kontinent disloziert. Ein angemessener maritimer Beitrag zur Sicherung der Seeverbindungswege stärkt die Durchhaltefähigkeit der multinationalen Vorneverteidigung zu Lande.

Unsere nach Zahl, Art und von der Dislozierung unterlegenen Streitkräfte sind strukturell nicht angriffsfähig.

> „Unsere nach Zahl, Art und durch die Dislozierung unterlegenen Streitkräfte sind strukturell nicht angriffsfähig. Sie eignen sich auch nicht zu präventiven Operationen."

Sie eignen sich weder zu preemptiven noch präventiven Operationen. Diese widersprechen zudem der Strategie des Bündnisses. Die politischen und strategischen Prinzipien der NATO fordern, daß die Vorneverteidigung reaktiv geführt werden muß. Dies verlangt, daß unsere Streitkräfte Überlebensfähigkeit und Standkraft besitzen. Sie brauchen moderne Aufklärungs-systeme und wirksame Führungsmittel. Sie müssen durch weitreichende Waffensysteme und hohe Beweglichkeit zur raschen Schwerpunktbildung fähig sein. Hier gilt es, konsequent die modernen Technologien zu nutzen. Dies ist eine Herausforderung sowohl für die Rüstungswirtschaft als auch für die Streitkräfte.

Morgen in der WELT:
Warum Reservisten wichtig werden – Die Bundeswehr in der politischen Diskussion

Konventionelle Stärkung vordringlich

Mit dem hier abgedruckten Beitrag für die WELT, dessen zweiter Teil morgen folgt, zieht General Wolfgang Altenburg das Resümee seiner Arbeit als Generalinspekteur der Bundeswehr. Im Oktober wechselt er nach Brüssel und wird im Hauptquartier der NATO Vorsitzender des Militärausschusses. Ein einflußreiches Amt. Von dort kann der General wesentlich dazu beitragen, daß sich das bei der Planung seiner operativen Konzepte und der Ausrüstung der Streitkräfte harmonisch weiter entwickeln kann.

Altenburgs Fazit seiner Tätigkeit als Verantwortlicher der Planung für die Bundeswehr ist gleichzeitig ein Ausblick auf die angesichts des Mangels an Geld und Personal schwieriger werdenden Zukunftsaufgaben. Nachdrücklich verdeutlicht er, wie entscheidend für die Glaubwürdigkeit der Verteidigungsfähigkeit der NATO in Mitteleuropa und damit für die Vermeidung eines Krieges auch über das Jahr 2000 hinaus die Stärkung der konventionell gerüsteten Streitkräfte sei. Diese Notwendigkeit wird aufgrund seiner Aussagen im folgenden Dreieck von Bedingungen umgrenzt: Zum einen will und muß die Allianz sich die Möglichkeiten schaffen, einer etwaigen Aggression des Warschauer Paktes für einige Zeit allein mit konventionellen Waffen zu widerstehen. So soll dem Angreifer bedeutet werden, daß die NATO, wenn sie dann doch als erste Atomwaffen einsetzen würde, sie dies, weiterhin zum äußersten Widerstand entschlossen, täte und so den Angreifer zur Kriegsbeendigung zwänge.

Zum zweiten ist das Bündnis willens, die nukleare Abschreckungsfähigkeit in Europa auf das unbedingte Mindestmaß herunterzuschrauben. Drittens schließlich müssen sich, wie es Altenburg sieht, Bundeswehr und NATO insgesamt darauf einrichten, daß die USA eine strategische Verteidigung gegen atomare Angriffswaffen entwickeln, und damit die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes zusätzliches politisch einsetzbares Gewicht bekäme, falls der Westen darauf nicht mit einer Verbesserung seiner konventionellen Abwehrfähigkeit reagieren würde.

Ein nach Altenburgs Analyse ganz bedeutsames Element der Stärkung der konventionellen NATO-Verteidigung ist die Entwicklung von Waffen, mit denen die NATO tief ins Hinterland des möglichen Aggressors wirken kann. Nur so kann sie die Zuführung unverbrauchter Angriffskräfte schon vor dem Zeitpunkt, in dem sie auf die Vorneverteidigung des Bündnisses stoßen und sie vielleicht durchstoßen, entscheidend dezimieren. RÜDIGER MONIAC

Kohl erörtert mit Chirac Zinssenkung

DW. Paris

Bundeskanzler Helmut Kohl ist gestern zu einem Kurzbesuch nach Paris geflogen und dort mit Staatspräsident François Mitterrand und anschließend bei einem Abendessen mit Premierminister Jacques Chirac zusammengetroffen. Es war die erste Begegnung Kohls mit dem französischen Regierungschef seit dessen Amtsübernahme im März dieses Jahres. Mit Mitterrand war der Kanzler erst im August in Heidelberg während eines Privatbesuchs zusammengekommen.

Das Treffen mit Mitterrand war zunächst nicht geplant gewesen. In der vergangenen Woche gab der Elysee-Palast jedoch überraschend bekannt, daß neben Chirac auch Staatspräsident Mitterrand mit Kohl sprechen werde.

Die franzsöische Seite ist vor allem an den Gesprächen über die Entwicklung des deutschen Zinsniveaus interessiert. Chirac möchte den Bundeskanzler drängen, den Diskontsatz etwas zu senken, um einen „kleinen Beitrag" zur Entlastung des Devisenmarktes zu leisten, erklärte Chiracs Sprecher, Denis Baudouin, vor dem Treffen.

Der Französische Franc war in jüngster Zeit gegenüber der Deutschen Mark sehr schwach. Die französische Nationalbank intervenierte mehrmals durch den Verkauf von mehreren hundert Millionen Mark am Devisenmarkt, um den Franc zu stützen.

Militärische Zusammenarbeit

Ein weiteres Thema ist die militärische Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris. Mit dem Plan des gemeinsamen Baus eines Panzerabwehr-Hubschraubers geht es seit Jahren nicht voran, weil der Kampf-Hubschrauber angeblich die unterschiedlichen Einsatzanforderungen beider Seiten nicht gleichzeitig erfüllen kann.

Außerdem stehen Fragen des Haushalts der Europäischen Gemeinschaft (EG), der europäischen Agrarpolitik und des Welthandels auf dem deutsch-französischen Gesprächsprogramm. Weitere Themen sind die Inbetriebnahme des umstrittenen französischen Kernkraftwerks Cattenom.

Reagan bezeichnet Fall Daniloff als „Skandal"

Vorbereitungen für Gipfel gehen unverändert weiter

AFP, Washington/Moskau

US-Präsident Ronald Reagan hat in seiner ersten öffentlichen Stellungnahme zur Verhaftung des amerikanischen Moskau-Korrespondenten Daniloff das Verhalten der Sowjets als „Skandal" bezeichnet. Wenn der Journalist nicht freigelassen werde, könne die Administration nicht verhindern, „daß dieser Zwischenfall zu einem großen Hindernis" für die gegenseitigen Beziehungen werde. Moskau verstoße gegen „die Normen in der zivilisierten Welt".

Gleichzeitig bekräftigte der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, daß die Vorbereitungen für einen amerikanisch-sowjetischen Gipfel „ohne Änderung im Zeitplan" vorangetrieben würden.

Der sowjetische Parteichef Gorbatschow hat unterdessen vor zu großen Erwartungen an den Gipfel gewarnt. Ein Treffen, das beide Mächte einem Abrüstungsabkommen nicht näherbringe, habe keinen Sinn, sagte er in einem Interview der Prager Parteizeitung „Rude Pravo", das von TASS und vom sowjetischen Fernsehen verbreitet wurde. Den Brief Reagans vom Juli habe er „mit der Lupe" gelesen. Der Optimismus, den die USA verbreiteten, erschiene ihm deshalb wie eine Werbekampagne. Er warnte Washington davor, die Dinge so darzustellen, daß ein Scheitern des Gipfels schließlich der Sowjetunion angelastet werden könne. Auf die Affäre Daniloff ging Gorbatschow mit keinem Wort ein.

Der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gerassimov, erklärte, der Fall Daniloff könne „auf der Basis der Gegenseitigkeit" geregelt werden. Allerdings müßten Washington und Moskau „zusätzliche Anstrengungen unternehmen". Er vermied es jedoch, eine Verbindung zum sowjetischen UNO-Beamten Sacharow herzustellen, der in den USA wegen Spionageverdachts in Haft sitzt. „Die sowjetische-amerikanischen Beziehungen dürfen nicht zur Geisel des relativ unbedeutenden Falles Daniloff gemacht werden", sagte Gerassimow.

TASS warf den Amerikanern außerdem vor, die Affäre Daniloff als Vorwand zu benutzen, um „von dem zentralen Thema, dem Stopp des Rüstungswettlaufs, abzulenken." Aus demselben Grunde steigere das State Department eine antisowjetische Kampagne „bis zur Hysterie".

Terror den Krieg erklärt

Nach Bombenanschlag in Paris kündigt Chirac Konsequenzen an

PETER RUGE, Paris

„Gegen den Terrorismus, diese Pest unserer Zeit, muß Krieg geführt werden – wir werden nun jedes uns zur Verfügung stehende Mittel einsetzen". Mit dieser Erklärung über alle französischen Rundfunk- und Fernsehstationen reagierte Premierminister Chirac auf den jüngsten Bombenanschlag in Paris, der ein Menschenleben forderte und 18 Personen zum Teil schwer verletzte.

Die Attentäter hatten sich den Schalterschluß im Postamt des Pariser Rathauses ausgesucht. Die Amtsräume von Chirac im Rathaus – der Premier ist auch Pariser Oberbürgermeister – liegen nur etwa 100 Meter von dem Postamt entfernt. Zeugen berichteten später, daß vor der Explosion in dem allgemeinen Durcheinander auffällig schnell zwei Araber die Abfertigung verlassen hätten. Eine konkrete Spur auf die Täter können nach Ansicht der Polizei Photos liefern, die ein deutscher Tourist kurz nach dem Anschlag gemacht hat. Der Deutsche stellte der Polizei den Film sofort zur Verfügung. Nach den Arabern sucht jetzt die Polizei, die in den vergangenen Tagen in der französischen Hauptstadt merklich verstärkt wurde. Aus Beirut übernahm gestern eine bislang unbekannte Organisation „Kämpfer für Recht und Freiheit" die Verantwortung für das Attentat.

Paris spricht zum ersten Mal von „Krieg" gegen den Terror. Frankreich scheint damit seine bislang geübte Zurückhaltung aufzugeben, sich in die internationale Abwehr hineinziehen zu lassen, weil man sich nicht weiteren Erpressungen aussetzen wollte.

Pinochet greift nach dem Anschlag hart gegen Oppositionelle durch

Sohn eines Botschafters unter Allende ist Hauptverdächtiger / Wieder Sprengstoffanschlag

WERNER THOMAS, Santiago

Nach dem Attentatsversuch auf Präsident Pinochet konzentriert sich in Chile die Fahndung auf den Sohn des ehemaligen Botschafters unter Allende in London. Cesar Bunster Aristea habe ein Fahrzeug, das bei dem Anschlag benutzt worden war, und ein Gebäude in der Nähe des Tatorts gemietet, meldete der staatliche Rundfunk. Der Verdächtige sei im März von Mexiko aus eingereist und habe seinen Vermietern Papiere gezeigt, die ihn als Angestellten der kanadischen Botschaft auswiesen.

Priester inhaftiert

Nach der Verhängung des Belagerungszustandes wurden bei Hausdurchsuchungen in einem Arbeitervorort von Santiago drei französische, zwei amerikanische und ein chilenischer Priester festgenommen. Außerdem wurden fünfzehn Oppositionspolitiker und ein Journalist inhaftiert. Dem Büro der Nachrichtenagentur Reuters wurde die Tätigkeit „bis auf weiteres" untersagt. Die Ausgaben von drei Wochenblättern wurden beschlagnahmt. Gleichzeitig wurden Vorbereitungen für eine Massenkundgebung der Anhänger Pinochets getroffen, obwohl Demonstrationen unter dem Belagerungszustand eigentlich verboten sind.

Unterdessen wurde vergangene Nacht in der südchilenischen Stadt Concepcion ein Sprengstoffanschlag vor einem Krankenhaus verübt. Dabei wurde eine Passantin verletzt.

Viele Chilenen meinen, die Position des Generals sei durch den Attentatsversuch gestärkt worden. Pinochet regiert seit fast 13 Jahren, weil die Militärs sich einig sind und seinen Machtanspruch verteidigen. Sie offenbaren noch heute den Einfluß der preußischen Ausbilder vom vergangenen Jahrhundert. „Ich bin der einzige Offizier, der kein Deutsch versteht", scherzte Pinochet einmal. Von den vier Junta-Mitgliedern sprechen zwei perfekt Deutsch: Luftwaffen-Chef General Matthei und Polizei-Kommandeur General Stange. General Siebert führt das Ministerium für Öffentliche Arbeiten.

Obgleich chilenische Offiziere als zuverlässige Befehlsempfänger gelten, blieb Pinochet stets mißtrauisch. Er wollte deshalb nie den Posten des Armee-Chefs räumen, auf den ihn der marxistische Volksfront-Präsident Allende wenige Wochen vor dem Militärputsch befördert hatte. Störrische Generale schickte er oft in den vorzeitigen Ruhestand oder an eine ferne Botschaft.

Da kaum Informationen aus den Kasernen an die Öffentlichkeit dringen, kursieren fast nur Gerüchte über die Stimmung in den Streitkräfte. Westliche Militärattaches berichten, die Streitkräfte stünden voll hinter der Verfassung, die Pinochet noch eine Amtszeit bis 1989 garantiert.

Wie ein Poker-Spieler

Die Verfassung schreibt vor, daß die Junta, der Pinochet nicht angehört, 1989 einen Präsidentschaftskandidaten vorschlägt, den das Volk billigen oder ablehnen kann. Wird er abgelehnt, gibt es eine Wahl zwischen verschiedenen Bewerbern.

Die meisten Beobachter glauben, daß die Militärs jetzt ihre Reihen noch fester um Pinochet schließen werden. Pinochet wollte bisher nie seine Zukunftspläne klar erläutern. Der chilenische Journalist Santibanez hat ihn einmal mit einem Poker-Spieler verglichen, der sich von niemandem in die Karten schauen läßt.

Gipfeltreffen Mubarak–Peres geplatzt

dpa/rtr/AFP, Jerusalem

Das für diese Woche vorgesehene Gipfeltreffen zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Schimon Peres und Ägyptens Ministerpräsident Husni Mubarak findet nach Angaben aus Regierungskreisen in Jerusalem nun doch nicht statt.

Wie ein hoher Beamter dpa sagte, sei bei den jüngsten bilateralen Verhandlungen in Kairo keine endgültige Einigung zur internationalen Schlichtung des Konflikts über den Grenzstreifen Taba am Roten Meer erzielt worden. Dies war von beiden Seiten als Vorausetzung zum Gipfel genannt worden.

Fünf Wochen vor der Übernahme des Ministerpräsidenten-Amtes hat sich der israelische Außenminister und künftige Regierungschef Yitzhak Shamir entschieden gegen einen Rückzug seines Landes aus den seit 1967 besetzten arabischen Gebieten ausgesprochen. Die (israelische) Regierung der Nationalen Einheit werde nie eine Regierung des Rückzugs sein, sagte der Führer der rechtsgerichteten Likud-Partei. Er lehnte ferner jeden „Friedensplan" ab, der die völlige Aufgabe Ost-Jerusalems, des Westjordanlands, des Gaza-Streifens und der Golan-Höhen durch Israel vorsehe.

Mehr als die Hälfte der in Westjordanien und im Gazastreifen unter israelischer Besatzung lebenden Palästinenser halten nach einer Umfrage der palästinensischen Zeitung „El Fadschr", Gewalt für das wirkungsvollstes Mittel, um das Palästinenserproblem zu lösen. 60,7 Prozent der mehr als 1000 Befragten hätten sich für Gewalt ausgesprochen. Nur 7,3 Prozent seien für eine Verhandlungslösung. Fast drei Viertel der Befragten waren der Ansicht, der Chef der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat sei der beste arabische Führer. In der im Juli abgeschlossenen Erhebung erklärten sich dagegen nur 3,4 Prozent mit dem jordanischen König Hussein einverstanden. Die PLO ist für 93 Prozent die „einzige und legitime Vertretung" der Palästinenser. Mehr als ein Drittel der Befragten waren der Ansicht, daß die Anschläge von Rom und Wien, bei denen im Dezember vergangenen Jahres 19 Menschen getötet worden waren, gerechtfertigt gewesen seien.

Baupläne der „DDR" angeboten

rtr, Karlsruhe

Die hessische Polizei hat einen 42jährigen Mann aus Wiesbaden unter dem dringenden Verdacht des versuchten Verrates von Staatsgeheimnissen an die „DDR" festgenommen. Der Sprecher der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe, Prechtel, teilte mit, der Festgenommene habe sich Unterlagen über militärische Anlagen der US-Armee in der Bundesrepublik verschafft. Er habe diese für Staatsgeheimnisse gehalten und an die „DDR" verkaufen wollen. Tatsächlich habe es sich bei den Papieren, darunter Bauzeichnungen von Kasernen, aber nicht um Staatsgeheimnisse gehandelt. Wegen der minder schweren Bedeutung des Falles habe die Bundesanwaltschaft das Verfahren an den Generalstaatsanwalt in Frankfurt abgegeben, sagte Prechtel.

Stiftung „Heinrich Böll" angekündigt

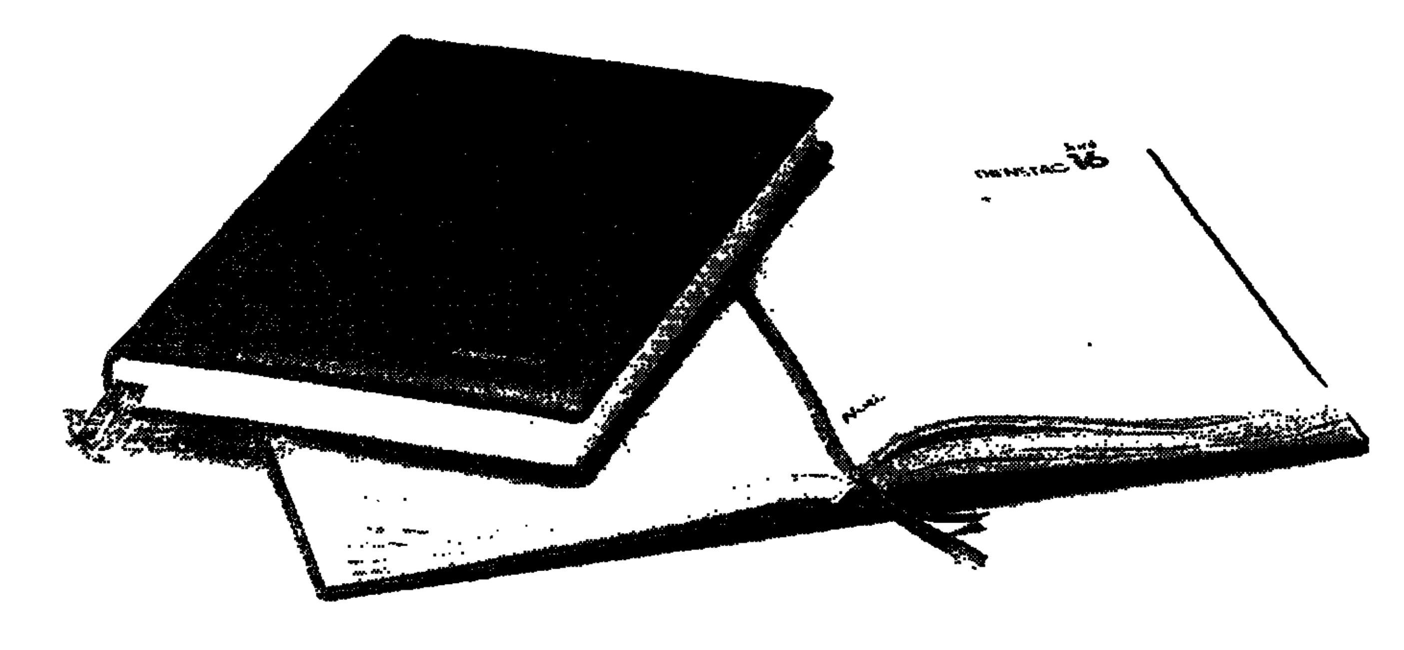
dpa, Köln

Die politischen Stiftungen, die den Unionsparteien, der SPD und der FDP zugerechnet werden, dürften demnächst um eine weitere vermehrt werden, die den Grünen nahestehen soll. Sie wird den Namen des 1985 verstorbenen Schriftstellers Heinrich Böll tragen. Dies haben René Böll aus Bornheim-Merten, Verleger und Sohn des Schriftstellers, und Lukas Beckmann aus Bonn, Bundesvorstandssprecher der Grünen, in einem dpa-Gespräch angekündigt. Zu dem Kreis, der die Initiative zur Gründung der Böll-Stiftung ergriffen hat, gehören der Zukunftsforscher Robert Jungk, der in Köln lebende russische Schriftsteller Lew Kopelew sowie Otto Schily von den Grünen. Die Böll-Stiftung soll unabhängig sein, aber in ihren „Inhalten den Grünen nahestehen".

Daimler drängt Karlsruhe

rtr, Stuttgart

Die Daimler-Benz AG hat das Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe zu einer raschen Entscheidung über die seit etwa einem Jahrzehnt umstrittene Autoteststrecke im baden-württembergischen Boxberg aufgefordert. In einer gestern in Stuttgart veröffentlichten Firmenmitteilung hieß es, das Unternehmen würde es sehr begrüßen, wenn das höchste deutsche Gericht „noch in diesem Jahr" grundsätzlich über den Bebauungsplan und die Flurbereinigung für das Boxberg-Projekt entschiede. Daimler-Benz reagierte damit auf Vorwürfe der Teststreckengegner, der Autokonzern wolle das Verfahren verschleppen. Beim Verfassungsgericht sind zwei Beschwerden anhängig, in denen sich Boxberger Bauern gegen die Teststrecke wehren.





DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

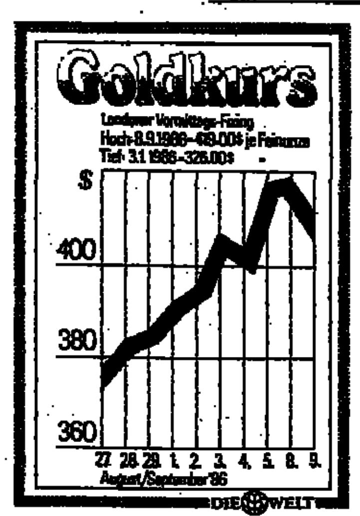
Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

FÜR DEN ANLEGER



Goldmünze: Die USA führen Goldmünzen als gesetzliches Zahlungsmittel ein. Die „Adler" werden wohl in den Schatullen von Sammlern oder den Tresoren von Anlegern landen und mit dem kanadischen „Maple Leaf" und dem südafrikanischen „Krügerrand" konkurrieren.

Krügerrand: Verkauf (1 Unze) incl. MwSt. 994,08 (2.9: 923,40) Mark.

Anleihe: Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) begibt über die Deutsche Bank eine 6,5prozentige zehnjährige Anleihe über 100 Mill. DM. Kurs 99,5 Prozent.

Milliardenemission: Coca-Cola, Atlanta, will 51 Prozent ihrer erst kürzlich gegründeten Abfüllungsgesellschaft an das Publikum verkaufen. Die Börsenemission wird Schätzungen zufolge mindestens 1 Mrd. Dollar (rund 2 Mrd. DM) bringen.

Zuteilung: Die Bundesbank hat bei der Ausschreibung neuer Wertpapierpensionsgeschäfte 12 Mrd. DM zum Zins von 4,35 Prozent für 35 Tage – bei insgesamt 18,5 Mrd. DM Geboten – zugeteilt.

Felten + Guilleaume: Die Aktien wurden in Frankfurt zum Kassakurs von 195 (Hamburg: 165) DM amtlich eingeführt (Ausgabekurs 125 DM).

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 282,00 (285,86); Chemie: 167,94 (169,33); Elektro: 330,95 (333,58); Auto: 754,02(763,57); Maschinenbau: 151,92 (151,09); Versorgung: 162,44 (164,66); Banken: 417,68 (426,54); Warenhäuser: 170,93 (174,09); Bauwirtschaft: 548,02 (547,22); Konsumgüter: 186,39 (187,51); Versicherung: 1478,59 (1515,64); Stahl: 158,54 (158,92).

Kursgewinner:	DM	+ %
Gevaert Cap.	304,50	5,00
Matsushita El. I	22,00	4,76
Nikko Securitie	26,80	4,69
Olivetti Sp.A.M.	23,00	4,55
Highv. Steel & Va	3,45	4,55

Kursverlierer:	DM	– %
Nisshin Steel C.	2,70	8,47
Mitsui Eng. & Sh.	2,40	7,69
Sumitomo Metal	2,45	7,55
Cons. Gold Field	16,55	5,43
Pernod-Richard	308,00	5,23

(Frankfurter Werte)
Nachbörse: Schwächer

WELTWIRTSCHAFT

Kredit: Der IWF hat Mexiko einen Kredit in Höhe von 1,2 Mrd. Dollar gebilligt.

Japan: Das Bruttosozialprodukt ist im 2. Quartal 1986 real um 2,2 Prozent gewachsen. Im Vergleich zum 1. Quartal 1986 ergab sich ein Zuwachs von 0,9 Prozent.

Konjunktur: Die schweizerische Kreditanstalt rechnet weltweit mit einem anhaltend guten Wirtschaftswachstum. (S. 10)

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Shell: Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat die Entscheidung der Shell Tanker-Gesellschaft kritisiert, ihre sechs Großtanker unter deutscher Flagge noch 1986 auszuflaggen und dann unter liberianischer Flagge fahren zu lassen.

Viag: Der Mischkonzern rechnet für 1986 mit einer Steigerung des Jahresüberschusses von 92 Mill. DM (1985) auf über 100 Mill DM. (S. 13)

photokina: „Gute bis sehr gute Geschäftsergebnisse" haben die Aussteller auf der Messe erzielt. Auch die Preise seien „durchweg stabil" geblieben, teilte die Messeleitung mit.

Bertelsmann: Der Konzern übernimmt die Musikaktivitäten des amerikanischen Medienkonzerns RCA. (S. 11)

Frankreich: Beteiligt sich AT&T an ITT? (S. 10)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	8. 9. 86	5. 9. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	203,50	205,50	165,0	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	133,50	134,50	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 % S	76,50	75,50	74,50	139,00	29,00

MÄRKTE & POLITIK

Reeder: Gegen eine Aufstockung der Schiffbauzuschüsse haben sich die deutschen Reeder ausgesprochen und gleichzeitig neue und getrennte Formen der Förderung von Werften und Schiffahrt gefordert.

Kartellamt: Fünf mittelständische Kabelhersteller – die Bayerischen Kabelwerke AG aus Roth, die Hamburger Kabelwerke Friedrich C. Ehlers, die Kerpenwerk GmbH & Co. in Stolberg, die Lynenwerk GmbH & Co. KG, Eschweiler, und Waskönig & Walter KG Besitzgesellschaft, Saterland – dürfen Glasfaserkabel zusammen herstellen und vertreiben.

Volksbanken: Die Absatz- und Ertragslage der Unternehmen habe sich weiter gebessert. Die Zinsen seien gesunken und Investitionen in Sachkapital seien im Vergleich zu Finanzinvestitionen wieder lohnender geworden.

NAMEN

Wahl: Peter Jungen, Vorstandsvorsitzender der PHB Weserhütte AG und Vorstandsmitglied der Otto Wolff AG, ist zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Wirth Maschinen- und Bohrgeräte-Fabrik gewählt worden. Er übernimmt den Aufsichtsratsvorsitz von Otto Wolff von Amerongen.

Bayer: Der Aufsichtsrat hat Manfred Schneider zum Vorstandsmitglied bestellt. Er leitet seit 1984 die Ressorts regionale Koordinierung, Konzernrevision und Controlling.

WER SAGT'S DENN?

Dem Geld darf man nicht nachlaufen, man muß ihm entgegengehen.

Aristoteles Onassis

Der EG-Haushalt enttäuscht die Hoffnungen der ärmeren Länder

Zustimmung Griechenlands und Spaniens ermöglichte Kompromiß über den Etat

WILHELM HADLER, Brüssel

Den EG-Regierungen ist es gestern im zweiten Anlauf gelungen sich mehrheitlich auf einen Etat der Gemeinschaft für 1987 zu einigen. Dabei wurden erwartungsgemäß die Hoffnungen der ärmeren Mitgliedsländer auf höhere Rückflüsse aus Brüssel enttäuscht. Portugal und Irland stimmten gegen den Kompromiß, Italien enthielt sich der Stimme.

Der Entwurf wird bereits heute im Plenum des Straßburger Europaparlaments eingebracht. Er liegt mit Zahlungsermächtigungen in Höhe von 35,94 Mrd. Ecu (75,5 Mrd. DM) um rund 2,2 Prozent über dem des laufenden Jahres. Allerdings hat das Parlament die Möglichkeit, die Ansätze um 364 Mill. Ecu (765 Mill. DM) aufzustocken. Es wird von diesem Recht auch mit Sicherheit Gebrauch machen. Die Steigerungsrate dürfte sich daher unter Einschluß dieser Marge auf rund 3,2 Prozent erhöhen. Sie bleibt damit zumindest vorläufig noch im Rahmen der vom Ministerrat beschlossenen Regeln für eine striktere Haushaltsdisziplin.

In den zähen und langwierigen Verhandlungen ging es im wesentlichen darum, ob in den Haushaltsentwurf eine ausreichende „Reserve" für bereits heute abzusehende Ausgabenrisiken im Agrarbereich eingestellt werden sollte. Die Bundesrepublik und fast alle anderen „nördlichen" EG-Staaten traten dafür ein, obwohl diese Rücklage zu Lasten von Mehrausgaben in der Regional-, Sozial- und Forschungspolitik geht.

Im Hintergrund stand dabei die Überlegung, daß die Ausgaben für die Preisstützung und für Exportsubventionen der Landwirtschaft einen „obligatorischen" Charakter haben, also auf Rechtsansprüchen der Bauern und des Handels beruhen. Sie hängen von Faktoren wie der Dollarentwicklung und den Ernteerträgen ab, die die EG nicht beeinflussen kann.

Auf der anderen Seite sind die Finanzmittel der Gemeinschaft – obwohl erst am Anfang dieses Jahres erhöht – bereits bis auf einen kleinen Rest ausgeschöpft. An eine erneute Erhöhung ist vor 1988 nicht zu denken. Ohne eine genügende Haushaltsreserve wäre ein finanzieller Kollaps der Gemeinschaft vorprogrammiert. Zwei Monate nach Festlegung des endgültigen Haushalts für 1986 hat die EG-Kommission zum Beispiel bereits ein Loch im Etat konstatiert, weil sich wegen des niedrigen Dollarkurses ihre Zoll- und Abschöpfungseinnahmen verringert haben.

Da die Gruppe der armen und reicheren Länder im Rat seit dem Beitritt Spaniens und Portugals jeweils über eine Sperrminorität verfügen, konnte die erforderliche qualifizierte Mehrheit für einen Haushaltsbeschluß nur dadurch erreicht werden, daß eines oder mehrere Länder in die andere Gruppe „hinübergezogen" wurden, Es gelang schließlich, die Griechen und Spanier durch besondere Zusagen für einen Kompromiß zu gewinnen.

Die vereinbarte „Reserve" soll sich (unter Einberechnung der neuen Ansätze des Parlaments) auf 665 Mill. Ecu (rund 1,4 Mrd. DM) belaufen und zunächst ohne genaue Zweckbestimmung beschlossen werden. Pessimisten erwarten freilich, daß die tatsächlichen Mehrausgaben der EG bei bis zu vier Mrd. DM liegen werden.

Auslandskäufe deutscher Renten im Juli sehr hoch

cd. Frankfurt

Ausländer haben im Juli für netto 5,6 Milliarden DM deutsche Rentenwerte und für 0,5 Milliarden DM deutsche Aktien gekauft. Damit summieren sich die Auslandskäufe deutscher Renten in den ersten sieben Monaten 1986 auf 36,3 Milliarden DM; das ist bereits mehr als im ganzen Vorjahr (31,5 Mrd.DM). Die ausländischen Aktienengagements waren von Januar bis Juli mit 9,3 Milliarden DM um 2,2 Milliarden höher als in der gleichen Vorjahreszeit und reichten dicht an das Gesamtergebnis von 1985 (10,6 Milliarden DM) heran.

Deutsche haben im Juli für 1,3 Milliarden DM ausländische Währungsanleihen und für 1,1 Milliarden DM ausländische DM-Anleihen gekauft und für *1,2 Milliarden DM Auslands*aktien abgestoßen. Im wesentlichen aus den Wertpapiergeschäften resultierte der Zufluß von 3,4 Milliarden DM langfristigen Kapitals in die Bundesrepublik. Im kurzfristigen Kapitalverkehr wurden sieben Milliarden netto exportiert, davon 4,6 durch Unternehmen und 2,4 durch Banken.

AUF EIN WORT

„Im Wohnungsbau sind keine Rekorde mehr zu erzielen."

Dr. Rolf Kornemann, Direktor des Verbandes Rheinischer Wohnungsunternehmen, Düsseldorf. FOTO: DIE WELT

IWF reduziert seine Prognosen zum Wachstum

VWD, Paris

Der Internationale Währungsfond (IWF) hat in seinem – erst Ende September zur Veröffentlichung anstehenden – Ausblick für die Weltwirtschaft für 1986 und 1987 die Wachstumsprognosen für die Industriestaaten gegenüber seinem letzten Bericht von Ende April etwas nach unten revidiert. Besorgt soll sich der „World Economic Outlook" des IWF auch über die kumulativen sehr hohen Ungleichgewichte in den Außenwirtschaftsbilanzen der USA, Japans und der Bundesrepublik äußern. Das meldet AP-Dow Jones aus Paris.

In diesem Jahr rechnet der IWF nun mit einem Wachstum von 2,8 (vorher 3,0) Prozent und 1987 mit 3,0 (3,2). Für die Bundesrepublik sind keine neuen Schätzungen bekannt, hier lauteten die Prognosen auf ein reales Plus beim Bruttosozialprodukt von 3,7 Prozent in diesem und 2,7 Prozent für das nächste Jahr. Die Jahresversammlung des IWF und der Weltbank finden vom 30. September bis 3. Oktober in Washington statt.

Seite 11: Interview mit Conable

Märkte stärker für Produkte der Dritten Welt öffnen

Forderung des Exporthandels an die Gatt-Runde

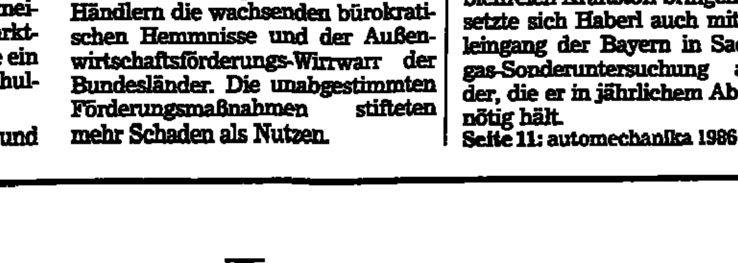
Mk. Bonn

Die Liberalisierungsrunde für den Welthandel, die in der nächsten Woche im uruguayischen Punta del Este eingeläutet werden soll, muß zu einer Öffnung der Märkte der Industriestaaten für Produkte aus der Dritten Welt führen. Das hat gestern Carl Friedrich Petersen, Vorsitzender des Bundesverbandes des Deutschen Exporthandels, in Bonn gefordert. Auf keinen Fall dürfe eine selektive Schutzklausel eingeführt werden, mit der gegen Einfuhren aus einzelnen Ländern vorgegangen werden könnte. Vielmehr müsse das Meistbegünstigungsprinzip des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) bekräftigt werden.

Grauzonen-Maßnahmen wie Export-Selbstbeschränkungsabkommen sollten verboten, bestehende nach einem festen Zeitraum abgebaut werden. Nur durch verstärkte Anstrengungen bei der Beseitigung des Protektionismus, gerade auch im EG-Agrarbereich, könnten die Entwicklungsländer in ihrem Außenhandel wieder Anschluß an die allgemeine Entwicklung finden. Durch Marktöffnung für ihre Produkte könnte ein Beitrag zur Lösung der Verschuldungskrise geleistet werden.

„Den Entwicklungsländern und den meisten Ostblockstaaten geht es schlecht – und dann kann es auch den Handelsfirmen, die mit diesen Ländern arbeiten, nicht besonders gut gehen", sagte Petersen. Die deutschen Exporthändler wickeln gut zwanzig Prozent der deutschen Ausfuhren ab, sie haben ihr Schwergewicht im Überseegeschäft, wo ihre Position deutlich stärker ist, weil die Industrie dort häufig nicht direkt vertreten ist. Diese Länder litten darunter, daß sie ihre Waren nicht in ausreichendem Maße in die westlichen Industrieländer exportieren konnten. Damit seien sie auch nicht in der Lage gewesen, die notwendigen Devisen für Entwicklungsinvestitionen zu verdienen.

Das nach wie vor gute Ergebnis im Außenhandel in diesem Jahr dürfe nicht verdecken, daß es in erster Linie im Warenaustausch mit den EG-Staaten zustandegekommen ist. Außerhalb der EG, die rund die Hälfte der deutschen Ausfuhren aufnimmt, gebe es gegenwärtig keine Wachstumsregion mehr für die deutschen Ausfuhren. Sorgen bereiten den Händlern die wachsenden bürokratischen Hemmnisse und der Außenwirtschaftsförderungs-Wirrwarr der Bundesländer. Die unabgestimmten Förderungsmaßnahmen stifteten mehr Schaden als Nutzen.



Dollinger kritisiert die Autofahrer

adh. Frankfurt

Ohne Tabu diskutieren will Bundesverkehrsminister Werner Dollinger die Möglichkeit eines Verbots von bleihaltigem Benzin in der Bundesrepublik (wozu die EG-Kommission zustimmen müßte) oder eine weitere Steuerspreizung zugunsten unverbleiten Benzins. Bei der Eröffnung der automechanika in Frankfurt bedauerte der Minister, daß der Anteil des bleifreien Benzins am Kraftstoffverbrauch bisher lediglich zehn Prozent ausmache, obwohl immerhin 40 Prozent der zugelassenen Automobile Bleifrei vertrügen. Zufrieden zeigte sich der Minister jedoch darüber, daß nach zögerlichem Beginn der Anteil der schadstoffreduzierten Kraftfahrzeuge am gesamten Bestand inzwischen auf knapp zwölf Prozent gestiegen ist.

Von einem steigenden Anteil an Umrüstfahrzeugen sprach auch ZDK-Präsident Fritz Haberl, der allerdings den Anteil der bleifrei tankenden Kraftfahrzeuge für noch „beschämend gering" hält. Abhilfe könne nur eine stärkere Steuerbegünstigung für bleifreien Kraftstoff bringen. Kritisch setzte sich Haberl auch mit dem Alleingang der Bayern in Sachen Abgas-Sonderuntersuchung auseinander, die er in jährlichem Abstand für nötig hält.

Seite 11: automechanika 1986

Wirrwarr bei Staatshilfen

Mk. – Wenn selbst diejenigen, die angeblich begünstigt werden sollen, die Subventionen nicht haben wollen, die ihnen zugedacht werden, dann gehören die staatlichen Hilfen doch wohl abgeschafft. Nach dem Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) kritisiert jetzt auch der Bundesverband des Deutschen Exporthandels die Ausfuhrförderung der Bundesländer. Wettbewerb ist immer gut. Das gilt aber nicht für den Subventions-Wettlauf.

In den letzten Jahren haben nahezu alle Bundesländer Programme für die Förderung der Ausfuhren ihrer Unternehmen aufgelegt, gerade auch unter dem Aspekt der Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Selbst wenn die Maßnahmen erfolgreich wären, so würden sie doch eine Verlagerung des Geschäfts von einer in die andere Region bedeuten und damit auch der Beschäftigung. Denn ein Bundesland kann doch kaum damit rechnen, daß sein Unternehmen aufgrund der Hilfen Aufträge hereinholt, die sonst im Ausland plaziert worden wären.

Und gerade auch dann wären die Subventionen für eine Volkswirtschaft fragwürdig, die – wie es die deutsche nun einmal ist – auf einen möglichst staatsfreien Welthandel angewiesen ist. Der internationale Warenaustausch soll durch den Wettbewerb von Unternehmen bestimmt werden, nicht durch staatliche Subventionen.

Die Einsicht fällt den Begünstigten schwer. Leider demonstrieren das auch die Exporthändler. Denn es geht nicht um die „ordnende Hand", die zumindest verhindert, daß sich die Länderhilfen nicht auch noch konterkarieren. Diese Eingriffe gehören einfach weg.

Wer treibt die Kosten?

Von THOMAS LINKE

Kommt sie oder kommt sie nicht? Die Ortskrankenkassen haben die Preisvergleichsliste für die Verordnung von Arzneimitteln wieder in die öffentliche Diskussion gebracht. Damit wurde innerhalb weniger Tage die zweite Front aufgemacht im Kampf um die Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Nach dem Krankenhaus heißt der Gegner nun wieder: Pharmaindustrie. Sie torpediere die Preisvergleichsliste und treibe somit die Kosten im Gesundheitswesen hoch.

Und weil ein Schlachtfeld nicht reicht, wird den Arzneiherstellern auch gleich noch vorgeworfen, sie würden in der Werbung die selbst gesetzten Grenzen weit hinter sich lassen und alle guten Vorsätze auf diesem Gebiet über Bord werfen.

Beim Kampf um die Kostendämpfung im Gesundheitswesen beschuldigt jeder jeden der Preistreiberei. Vorwürfe der Kassen gegen die Pharmaindustrie treffen in diesem Jahr aber die Falschen.

Die Sorgen der Kassen vor einem erneuten Milliardenloch – 1984 und 1985 waren sie mit drei und zweieinhalb Milliarden Mark im *Minus – sind* berechtigt. Bei den einzelnen Leistungsausgaben gab es im ersten Vierteljahr zum Teil kräftige Steigerungen: Ärztliche Behandlung plus zwei Prozent, zahnärztliche Behandlung plus ein Prozent, Heil- und Hilfsmittel plus acht Prozent, Arzneimittel plus fünf Prozent und stationäre Behandlung immerhin plus sechs Prozent. Die Krankenkassen folgern daraus: Nur mit steigenden Beiträgen kann ein erneutes Milliardendefizit verhindert werden.

Diese Androhung sichert sofort höchste Aufmerksamkeit in den Medien. Die Folgen für Konsum und Konjunktur wären in der Tat fatal. Die endlich wieder steigenden Realeinkommen würden gekürzt, die ohnehin schon wettbewerbsfeindlichen Lohnnebenkosten würden noch weiter steigen. Das kann auch dem Arbeitsminister Norbert Blüm so kurz vor der Wahl nicht ins Konzept passen. Nur sollten die Kassen bei ihren Schuldzuweisungen überlegen, wem sie den Schwarzen Peter in die Schuhe schieben.

Es wäre sicher verfehlt, der Pharmaindustrie Absolution zu erteilen: Zu Beginn des letzten Jahres hat auch sie sich aus dem Beitragstopf bedient. Doch die Kostentreiber sind sie in diesem Jahr nicht. Im Januar und Februar stiegen die Arzneimittelpreise nach dem Preisindex der gesetzlichen Krankenkassen um insgesamt 0,3 Prozent. Von November 1985 bis Februar 1986 stiegen die Preise insgesamt nur um 0,5 Prozent. Seitdem zahlen die Kassen keinen Pfennig mehr für die einzelne Pille oder Spritze – der Ausgabenanstieg für Arznei insgesamt um ebenfalls satte fünf Prozent ist wohl hauptsächlich auf eine großzügigere Verschreibungspraxis der Ärzte zurückzuführen.

Auch die eingefleischtesten Pharmakritiker können nicht leugnen, daß der Preisappell, den der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie Ende Oktober an die Mitgliedsfirmen richtete, eingehalten wurde. Danach sollten unabwendbare Kostenerhöhungen nur maximal bis zur Hälfte der Steigerung der Grundlohnsumme über die Preise weitergegeben werden. Diese Grenze wurde nicht einmal gestreift. Die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen ging von einer Grundlohnsummensteigerung von 3,25 Prozent aus.

Diese Marge galt auch für die Krankenhäuser. Nur die scheinen diese Festlegung der Konzertierten Aktion völlig über Bord zu werfen. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hält sogar eine durchschnittliche Steigerung der Pflegesätze um 6,2 Prozent für gerechtfertigt. Einige Horrormeldungen von Krankenhausforderungen nach einer Anhebung von 30 Prozent geisterten ebenfalls durch die Gesundheitslandschaft. Die Steigerungsrate von 3,25 Prozent sei nur eine „Erwartung" gewesen, und keine „Empfehlung", hieß es bei der Deutschen Krankenhausgesellschaft. Angesichts solcher Übersetzungsschwierigkeiten fragt man sich natürlich, welchen Sinn gemeinsame Vereinbarungen von Kassen, Anbietern und Regierung dann überhaupt haben.

Egal ob Erwartung oder Empfehlung – statistisch liegen zwischen dem Preisauftrieb bei Pharmaindustrie und Krankenhäusern im Augenblick Welten. Deswegen ist es unverständlich, daß die Ortskrankenkassen die Arzneihersteller derzeit so frontal angehen und so tun, als sei die angeblich von der Pharmaindustrie torpedierte Preisvergleichsliste der Stein der Weisen.

Es ist nicht zu übersehen, daß die Preisvergleichsliste in ihrer derzeitigen Form noch Widersprüche enthält. Bisher steht neben dem jeweiligen Medikament nicht der Preis pro Pille oder Packung, sondern der für eine mittlere Tagesdosis des entsprechenden Medikaments. Nun kritisiert die Pharmaindustrie aber zu Recht, daß die für eine erfolgreiche Therapie nötige Tagesmenge sich erst in der Praxis herausstellt. Einsprüche gegen als falsch erkannte Prinzipien – wie sie gegen die Preisvergleichsliste zahlreich vorliegen – müssen erlaubt sein. Noch wird beraten. Bleibt zu hoffen, daß am 23. September, wenn der Bundesausschuß Ärzte und Krankenkassen endgültig entscheidet, ein Kompromiß vorgelegt wird, mit dem alle leben können.

Bedford entläßt bis Jahresende 1450 Mitarbeiter

fu. London

Der britische Nutzfahrzeughersteller Bedford hat mitgeteilt, daß 1450 Arbeitsplätze in seinen Werken in Luton und Dunstable bis zum Ende des Jahres aufgegeben werden müssen. Das Tochterunternehmen des amerikanischen Automobilriesen General Motors wird die Herstellung mittelgroßer und schwerer Nutzfahrzeuge auslaufen lassen und die Fertigung von Omnibus-Chassis einstellen. In den letzten drei Jahren mußte Bedford Verluste in Höhe von 190 Mill. Pfund (knapp 590 Mill. DM) hinnehmen.

Im Frühjahr hatten Verhandlungen zwischen General Motors und der Staatsgesellschaft British Leyland über eine Zusammenlegung derNutzfahrzeugaktivitäten stattgefunden. Sie scheiterten jedoch am Widerstand im Parlament über eine Einbeziehung der Leyland-Töchter Land Rover und Range Rover.

Die britischen Nutzfahrzeugindustrie steckt seit längerem in einer schweren Krise. Erst vor einem halben Jahr haben die von Fiat kontrollierten europäischen Lastwagenfirmen Iveco und Ford UK eine gemeinsames Unternehmen gegründet.

Dennoch ist die Produktion von Ford-Nutzfahrzeugen in der ersten Hälfte dieses Jahres gegenüber den ersten sechs Monaten 1985 um 23 Prozent auf 46 207 Einheiten gefallen. In der gleichen Zeit verringerte sich die Produktion der Nutzfahrzeuge der Rover-Gruppe (einschließlich leichter Transporter und der Land-Rover-Gruppe) von 48 322 auf 38 376 Einheiten. Bedford verzeichnete einen Produktionsrückgang um 2957 auf 27 927 Nutzfahrzeuge.

Weiterhin kräftiges Wirtschaftswachstum bis 1987

Schweizerische Kreditanstalt erwartet weitere Ergebnisverbesserung trotz schärferen internationalen Wettbewerbs

ALFRED ZÄNKER, Genf

Trotz raschen Strukturwandels und schärfer werdender Konkurrenz im internationalen Bankgeschäft sind die Aussichten der Schweizer Großbanken für 1986 und auch für das nächste Jahr zuversichtlich zu beurteilen. Zu diesem Schluß kam Robert Jeker, Präsident der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA), in einem Pressegespräch in Genf. Seine eigene Bank hofft, ihr vorjähriges ausgezeichnetes Geschäftsergebnis 1986 nochmals zu verbessern. 1987 dürfte dann nach „fünf fetten Jahren", in denen die SKA ihren Reingewinn fast verdoppeln konnte, ein Jahr der Konsolidierung werden.

Die Züricher Bank geht davon aus, daß das weltwirtschaftliche Umfeld insgesamt günstig bleiben wird. 1987 dürfte die Konjunktur sogar besser ausfallen als in den beiden Vorjahren. Zwar verursachen Dollarschwäche und Ölpreisverfall gegenwärtig noch Anpassungsprobleme. 1987 sind jedoch neue Impulse vom steigenden Verbrauch zu erwarten. Zugleich werden auch die niedrigen Zinsen die Investitionen anregen. Bei besserer Konjunktur ist im Laufe des nächsten Jahres dann mit einem Wiederanstieg der Zinsen, vor allem in den USA, zu rechnen.

Gleichzeitig verschärft sich jedoch der Wettbewerbsdruck im Bankgeschäft von Jahr zu Jahr. Da eine Lösung des Schuldenproblems der Dritten Welt noch nicht abzusehen ist, konzentrieren sich die reichlich vorhandenen Anlagemittel zunehmend auf gute Adressen in Industrieländern. Der Schuldner ist heute wieder König. Internationale Geldnehmer wenden sich dabei immer mehr der Finanzierung durch Wertpapiere aller Art auf Kosten von Bankkrediten zu. Für den Anleger ergibt sich der Vorteil, daß diese Papiere liquide sind und täglich verkauft werden können. Die Großbanken sehen sich bei diesem auch als „Securitization" bekannten Prozeß mehr und mehr in die Rolle des Vermittlers gedrängt.

Gleichzeitig schreitet die „Deregulierung" und Liberalisierung der Finanzmärkte rasch fort. Steuern und organisatorische Hemmnisse werden abgebaut, um die großen Finanzplätze – besonders New York, London, Tokio, Frankfurt und Amsterdam – attraktiver zu machen. Dabei führt die technische Revolution – der Einsatz der Elektronik – zu einer immer engeren Vernetzung der internationalen Finanzplätze.

Das Ergebnis aller dieser Tendenzen ist ein „rauheres Wettbewerbsklima", ein weltweiter Kampf um erste Schuldneradressen und um einen „innovativen Vorsprung" gegenüber der Konkurrenz. „Bei den Innovationen muß man vorne sein, weil Neuerungen im Finanzbereich keinen Patentschutz genießen und sofort nachgeahmt werden", betont Jeker. Das hat auch spürbare Auswirkungen im Personalbereich, wo hochqualifizierte Spezialisten immer schwerer zu finden sind. Die Personalausbildung steht deshalb ganz oben auf der Prioritätenliste der Schweizer Großbanken.

Die SKA sucht ihre Geschäftspolitik diesem auf absehbare Zeit andauernden Strukturwandel anzupassen. Heute geht es weniger um möglichst rasches Wachstum oder um die absolute Größe als um die Entwicklung der besonders ertragstarken Sparten des Bankgeschäftes. An zweiter Stelle stehen die Bemühungen um Risikominderung. Der Anteil der „Problemländer" an den Ausleihungen der SKA ist inzwischen auf weniger als vier Prozent gesunken. 51 Prozent aller ausstehenden Kredite entfallen heute auf die Schweiz.

Zugleich sucht die SKA ihre Stellung in Ländern mit starken Volkswirtschaften und Währungen rasch auszubauen. In der Bundesrepublik geschieht dies bereits seit einiger Zeit. In Großbritannien rüstet sie sich durch Beteiligung am Brokerhaus Buckmaster and Moore für den „big bang", die Ende Oktober bevorstehende große Börsenreform.

Wird auch AT&T jetzt Partner?

Übernahmegerüchte – Finanzierungshilfen für Eurotel

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die amerikanische AT&T soll die Absicht bekundet haben, sich an dem nach ihr zweitgrößten Telekommunikationskonzern der Welt zu beteiligen, in dem die CGE und ITT die Fusion der CGE-Tochter Alcatel mit den europäischen ITT-Töchtern, und zwar unter französischer Leitung und einem amerikanischen „Sleeping-Partner" mit einer Beteiligung von 37 Prozent vorsehen.

Zu den AT&T-Ambitionen kursieren in Paris gegenwärtig zwei Versionen: Erstens die Übernahme der ITT-Beteiligung, die nach einer geheimgehaltenen Vertragsklausel möglich sein soll; zweitens Finanzierungshilfen der AT&T für die europäische Holding, Eurotel, welche die übrigen 63 Prozent des Kapitals hält und an der die CGE zu 60 Prozent beteiligt ist.

Tatsächlich hat der französische Konzern Schwierigkeiten, für die restlichen 40 Prozent des Eurotel-Kapitals Interessenten zu finden. Bisher haben nur die spanische Telefonia und die Société Générale de Belgique je 10 Prozent gezeichnet. Im übrigen muß die CGE 1,2 Mrd. Dollar der ITT in bar bezahlen und Schulden ihrer Töchter von zusammen 1,1 Mrd. Dollar übernehmen.

Weitere Probleme drohen von deutscher Seite. So verlangt Siemens eine Mehrheitsbeteiligung an der staatlichen französischen Telefongesellschaft CGCT, die aber in direkter Konkurrenz zu AT&T steht.

Im Unterschied zu ITT könnte sich AT&T als CGE-Partner für den französischen Konzern auf die Dauer als sehr gefährlich erweisen. Die CGE hat immer noch nicht die Fusion mit dem Telekommunikationszweig des Thomson-Konzerns verdaut und muß jetzt auch noch das nicht unproblematische „System 12" von ITT weiter entwickeln. Vor allem aber verfügt AT&T weltweit über eine sehr viel stärkere Marktposition und Finanzkraft als die CGE.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

BDI dringt auf Gattrunde

Bonn (vos) – Am Vorabend der Gatt-Ministerkonferenz appelliert der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) an die Bundesregierung, sich mit Nachdruck für eine neue multilaterale Verhandlungsrunde einzusetzen. Die deutsche Industrie sei exportorientiert und daher besonders auf zuverlässige Regeln im internationalen Handel angewiesen. Von einer neuen Runde verspricht sich der BDI mehr Disziplin bei der Einhaltung früherer Abkommen. Auch müsse man auf Zugeständnisse der Dritten Welt mit Entgegenkommen, etwa im Bereich der Agrar-Subventionen, reagieren.

„Geringere Abgabenlast"

Bonn (vos) – Als ungerechtfertigt bezeichnet der Vorsitzende des Umweltausschusses, Reinhard Göhner (CDU), die Kritik des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und des DIHT an der Novellierung des Abwasserabgabengesetzes. In deren Stellungnahmen werde übersehen, daß die Abgabenlast sich vermindert, wenn die Betriebe in den Umweltschutz investieren und die Gewässerbelastung abbauen helfen. Nur bei Industriebetrieben, die in diesem Bereich nichts unternehmen, werde die Abgabenlast drastisch ansteigen.

Riedel auf gutem Weg

Seelze (dos) – Die zum Hoechst-Konzern gehörende Riedel-de Haen AG, Seelze, hat im ersten Halbjahr 1986 den Umsatz um 7,7 Prozent auf 180 Mill. DM gesteigert. Der Ertrag, so schreibt der Vorstand, liege auf einem befriedigenden Niveau, wenngleich das entsprechende Vorjahresergebnis nicht ganz erreicht wurde. Die Gründe seien höhere Personalkosten und Abschreibungen sowie die veränderten Wechselkurse. Insgesamt werde aber für 1986 wieder mit einem zufriedenstellenden Ergebnis gerechnet.

Großer Ölfund

Melbourne (dpa/vwd) – Ein von der australischen Broken Hill Pty. Ltd. (BHP) geführtes Firmenkonsortium hat in der Timor-See ein neues Ölvorkommen entdeckt, das sich als der größte Ölfund der Welt in den letzten 20 Jahren herausstellen könnte. Nach Angaben von BHP sprudelten während der Tests 9989 Barrel Öl (je 159 Liter) täglich aus dem Meeresboden.

Kundenbüro in Straßburg

Frankfurt (cd.) – Die Deutsche Bank hat in Straßburg ein Büro eröffnet, das den rund 500 Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen im Raum Elsaß/Lothringen ihren Service im Firmenkunden- und Auslandsgeschäft anbietet.

Wolff stärkt Sanitärbereich

Düsseldorf (Py.) – Die Otto Wolff Handelsgesellschaft mbH, Köln, hat jetzt die gesamten Anteile von 10 Mill. DM Stammkapital der Zimmer und Kellermann GmbH, Düsseldorf, erworben. Die Otto Wolff-Gruppe hat die im Heizungs- und Sanitärbereich tätige Gesellschaft (Umsatz 1985: rund 65 Mill. DM und 200 Beschäftigte) mit dem Ziel übernommen, die eigene Marktposition im Heizungs- und Sanitärbereich zu verbessern. Die Wolff-Gruppe setzt in dieser Branche reichlich 100 Mill. DM um.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnsberg: Nachl. d. Antonius Siebert, Elektromeister; **Beckum:** Magdalena Linnemann, Oelde; **Bersenbrück:** Friedrich Felker, Rundfunk- u. Fernsehkaufm., Ankum; **Bielefeld:** Gebr. Kämpermann GmbH & Co. KG; **Braunschweig:** Winnfried Grimm, Kaufm., Tettnang; **Essen:** Wilhelm Bauer, Kaufm.; **Freudenstadt:** IGV Industrie-Geräte Vertrieb Rudi Gukelberger KG, Horb; **Goslar:** Curt K.H. Timm, Hotelbesitzer, Hahnenklee; **Kempten:** Nachl. d. Maximilian Höchenberger, Dietmannsried; **Ludwigshafen:** Büromöbelfabrik F. Theile, Speyer; **Meldorf:** Elbe Slop-Ex GmbH & Co. KG, Brunsbüttel; Rudolf Richard Heinrich Scheer, Kaufm., Wöhrden; **Memmingen:** Franz Zabransky, Legau; **Recklinghausen:** Gebrüder Woycke GmbH; **Rotenburg:** VHB Visselhöveder Handwerksbetriebe Bauträgerges. mbH, Visselhövede; **Usingen:** hassia bau Vertriebs- u. Verwaltungsges. mbH; Agentur für Bauherren- u. Bauträgerbetreuung (AfB) GmbH, Neu-Anspach; **Weilheim:** Nachl. d. Elfriede Maria Amalia Wiggins, Garmisch; **Wiesbaden:** b + e Ges. f. indiv. Bauen u. Bauelemente mbH; **Wilhelmshaven:** Winfried Fiss, Gastwirt; **Wuppertal:** Gabriele Diehle geb. Detmer, Schwelm.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Bremen: OHG i. Neptun-Werft Theodor Bartels & Co.; **Burgwedel:** Klaus Peters Bauuntern. GmbH, Wedemark; **Heilbronn:** DWS-Drahtwaren Simon GmbH, Murr; **Köln:** Kastra Tiefbau GmbH.

High-Tech-Boom in Norwegen

ESA-Beitritt 1987 – Norsk Data verdoppelt das Ergebnis

HANNO WIEDENHAUS, Oslo

Die Eröffnung eines National Space Centre und die Verdopplung des Budgets für Weltraumforschung werden den norwegischen Unternehmen weiteren Auftrieb in ihren Bemühungen um einen kräftigen Ausbau der High-Tech-Industrie geben. Dies erklärte die Staatssekretärin für Industrie, Kari Blegen, deutschen Journalisten in Oslo. Diese Maßnahmen stünden insbesondere in Zusammenhang mit Norwegens Einstieg in die European Space Agency (ESA).

Galt es bisher als Selbstverständlichkeit, daß die zukunftsweisende Raumfahrtindustrie auf alle Zeiten eine Domäne der USA bleiben würde, so hat die tragische Explosion der Challenger-Weltraumfähre die Situation über Nacht verändert. Die Mitglieder der ESA, unter ihnen ab 1987 auch die Norweger, besitzen mit der Ariane 5, dem Raumgleiter Hermes und dem Columbus-Raumlabor ehrgeizige und konkurrenzfähige Projekte, die auch in Norwegen einen Boom im Bereich der „Hochtechnologie" auslösen werden.

Entscheidend für den Erfolg im Weltraum sei aber vor allem die Beherrschung der Computer-Industrie. Und gerade auf diesem Gebiet haben norwegische Unternehmen außergewöhnlich gute Erfolge erzielt. Die Halbjahresergebnisse von Norsk Data, dem hier führenden Unternehmen, und der Tandberg Data, wichtigster Lieferant von Bildschirmen und Magnetbandspeichern (Streamern), machen dies deutlich.

So konnte Norsk Data das Ergebnis der letzten Jahre kontinuierlich verdoppeln. Im ersten Halbjahr 1986 wuchs der Umsatz um 40 Prozent auf umgerechnet rund 316 Mill. DM, der Gewinn sogar um 60 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Die Beschäftigtenzahl erhöhte sich um 900 auf 3311 Personen. Auch der Auftragseingang konnte erheblich gesteigert werden. Aus der Bundesrepublik gingen mehr als doppelt soviele Orders wie im Vorjahr ein. Für das zweite Halbjahr rechnet man mit noch besseren Ergebnissen. Die Aktien des Computerherstellers werden in New York, London, Frankfurt und Hamburg gehandelt.

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Tauschaktion für das WS 1986/87

Rechtswissenschaften

Erstsemester

von	nach
1 Augsburg	Bochum
2 Augsburg	Hannover
3 Augsburg	Köln
4 Augsburg	Münster
5 Augsburg	Tübingen
6 Bielefeld	Bonn
7 Bielefeld	Köln
8 Bielefeld	Münster
9 Berlin	Hamburg
10 Berlin	Kiel
11 Berlin	München
12 Bayreuth	Freiburg
13 Bayreuth	Münster
14 Bayreuth	Tübingen
15 Gießen	Bonn
16 Gießen	Bochum
17 Gießen	Frankfurt
18 Gießen	Köln
19 Gießen	Münster
20 Gießen	München
21 Gießen	Trier
22 Gießen	Tübingen
23 Göttingen	Freiburg
24 Göttingen	Heidelberg
25 Heidelberg	Bochum
26 Köln	Bonn
27 Kiel	Hamburg
28 Konstanz	Freiburg
29 Konstanz	Heidelberg
30 Konstanz	Mannheim
31 Konstanz	München
32 Konstanz	Trier
33 Konstanz	Tübingen
34 Mannheim	Hamburg
35 Marburg	Bonn
36 Marburg	Bochum
37 Marburg	Frankfurt
38 Marburg	Freiburg
39 Marburg	Hamburg
40 Marburg	Köln
41 Marburg	Münster
42 Münster	Bonn
43 München	Bonn
44 Mainz	Bonn
45 Mainz	Frankfurt
46 Mainz	Köln
47 Osnabrück	Hamburg
48 Passau	Bonn
49 Passau	Freiburg
50 Passau	Bremen
51 Passau	Hamburg
52 Passau	Köln
53 Regensburg	Augsburg
54 Regensburg	hamburg
55 Regensburg	Kiel
56 Regensburg	Tübingen
57 Saabrücken	Bonn
58 Saarbrücken	Köln
59 Saarbrücken	Münster
60 Trier	Bonn
61 Trier	Bochum
62 Trier	Köln
63 Trier	Münster
64 Würzburg	Bonn
65 Würzburg	Freiburg
66 Würzburg	Hannover
67 Würzburg	Heidelberg
68 Würzburg	München

Informatik

Erstsemester

von	nach
1 Kaiserslautern	Dortmund
2 Kaiserslautern	München
3 K'lautern	Saarbrücken
4 Koblenz	Bonn
5 Koblenz	Hamburg
6 Koblenz	Kiel

Pharmazie

Erstsemester

von	nach
1 Heidelberg	Bonn
2 Heidelberg	Düsseldorf

Volkswirtschaft

Erstsemester

von	nach
1 Bielefeld	Bonn
2 Bielefeld	Köln
3 Essen	Bonn
4 Essen	Köln
5 Frankfurt	Bonn
6 Frankfurt	Köln
7 Gießen	Bonn
8 Heidelberg	Bonn
9 Heidelberg	Karlsruhe
10 Heidelberg	Tübingen
11 Kiel	Hamburg
12 Konstanz	Bonn
13 Konstanz	Freiburg
14 Konstanz	Köln
15 Konstanz	Karlsruhe
16 Münster	Bonn
17 Münster	Köln
18 Münster	Marburg
19 Regensburg	München
20 Regensburg	Tübingen
21 Paderborn	Bonn
22 Paderborn	Köln
23 Saarbrücken	Hamburg
24 Trier	Bonn
25 Trier	Köln

Betriebswirtschaft

Erstsemester

von	nach
1 Bamberg	München
2 Bamberg	Regensburg
3 Bielefeld	Hamburg
4 Bielefeld	Köln
5 Bielefeld	Münster
6 Bayreuth	Frankfurt
7 Bayreuth	Würzburg
8 Gießen	Frankfurt
9 Gießen	Köln
10 Gießen	Mannheim
11 Lüneburg	Hamburg
12 Marburg	Frankfurt
13 Münster	Aachen
14 Passau	Köln
15 Passau	Kiel
16 Passau	München
17 Passau	Regensburg
18 Regensburg	München
19 Siegen	Aachen
20 Siegen	Bonn
21 Siegen	Köln
22 Siegen	Münster
23 Siegen	Trier

Zahnmedizin

Erstsemester

von	nach
1 Berlin	München
2 Berlin	Regensburg
3 Berlin	Ulm
4 Frankfurt	Bonn
5 Frankfurt	Berlin
6 Frankfurt	München
7 Göttingen	Erlangen
8 Göttingen	München
9 Göttingen	Regensburg
10 Mainz	Erlangen
11 Mainz	München
12 Mainz	Regensburg

Vorklinik Humanmedizin

Erstsemester

von	nach
1 Bochum	Bonn
2 Bochum	Düsseldorf
3 Bochum	Köln
4 Berlin	Aachen
5 Berlin	Bonn
6 Berlin	Hannover
7 Berlin	Köln
8 Frankfurt	Hamburg
9 Frankfurt	Lübeck
10 Frankfurt	Kiel
11 Hamburg	Lübeck
12 Köln	Bonn
13 Regensburg	Gießen
14 Regensburg	Göttingen
15 Saarbrücken	Bonn
16 Saarbrücken	Freiburg
17 Saarbrücken	Köln
18 Saarbrücken	Münster
19 Saarbrücken	München
20 Saarbrücken	Tübingen

Zahnmedizin

1. Semester

von	nach
1 Berlin	Aachen
2 Berlin	Bonn
3 Berlin	Frankfurt
4 Berlin	Gießen
5 Berlin	Göttingen
6 Berlin	Hamburg
7 Berlin	Marburg
8 Berlin	Münster
9 Berlin	München
10 Erlangen	Bonn
11 Erlangen	Düsseldorf
12 Erlangen	Freiburg
13 Erlangen	Göttingen
14 Erlangen	Heidelberg
15 Erlangen	Münster
16 Freiburg	Aachen
17 Freiburg	Bonn
18 Freiburg	Berlin
19 Freiburg	Hamburg
20 Freiburg	Münster
21 Heidelberg	Bonn
22 Heidelberg	Göttingen
23 Heidelberg	Hannover
24 Heidelberg	Münster
25 Köln	Bonn
26 Kiel	Aachen
27 Kiel	Bonn
28 Marburg	Bonn
29 Marburg	Köln
30 Marburg	Münster
31 Mainz	Bonn
32 Regensburg	Frankfurt
33 Regensburg	Mainz
34 Regensburg	Ulm
35 Ulm	Aachen
36 Ulm	Bonn
37 Ulm	Düsseldorf
38 Würzburg	München

Conables Ziel ist eine Weltbank, die bei Hilferufen schneller antwortet

DW. Washington

Die Weltbank, der 150 Nationen als Aktionäre angehören, und ihre Tochtergesellschaften International Development Association und International Finance Corporation scheinen in guten Händen. Der neue Präsident Barber B. Conable, 63, der am 1. Juli A. W. Clausen ablöste, bekommt den riesigen Apparat mit 6000 Angestellten und Kreditzusagen über 17 Milliarden Dollar im letzten Geschäftsjahr langsam in den Griff. Seine Philosophie verdient Beifall: Freier Markt, falls möglich, weiter liberalisierter Welthandel, Bekämpfung der Schuldenkrise durch weitreichende Reformprogramme, keinen Schuldenerlaß und keine Zinsverbilligung, weil die Entwickungsländer letztlich die Verlierer sind, da ihnen keine Privatbank mehr Geld leihen würde.

Welche Aufgaben sich der ehemalige republikanische Abgeordnete im US-Kongreß gestellt hat, diskutierte er in einem Interview mit der WELT, der Financial Times und dem Press Trust of India. Es war Conables erster Versuch, in Deutschland, Großbritannien und Indien bekannt zu werden. Die Fragen für die WELT stellte Horst-Alexander Siebert.


Barber B. Conable (rechts) mit WELT-Redakteur Horst-A. Siebert FOTO: AP

Frage: Nach fast zehn Wochen im Amt als 7. Präsident der Weltbank – welche Rolle soll in dieser kritischen Zeit die multilaterale Institution unter Ihrer Leitung spielen? Was wird sich ändern?

Conable: Kein Zweifel, mit den Umständen verändert sich auch die Weltbank. So ergeht es allen Organisationen. Reagieren müssen wir stärker auf die Erwartungen der Menschen. Das heißt, mehr Kredite für wirtschaftliche Anpassungsprogramme, wenn auch die Projektfinanzierung unsere Hauptaufgabe bleibt. Aber strukturelle Veränderungen brauchen Zeit. Mein Ziel ist eine Weltbank, die schneller antwortet, wenn um Hilfe gerufen wird.

Frage: Sie fangen bei der Spitze an...

Conable: Nicht mehr geben wird es das Management-Komitee, das bisher die Politik der Weltbank bestimmte. Ich strebe eine größere Verantwortlichkeit auf allen Ebenen an – sozusagen einen konsensähnlichen Entscheidungsprozeß, wobei der Präsident jedoch das letzte Wort hat, vor allem, wenn es ums Geld geht.

Frage: Schuldenkrise, Hungersnot in Afrika. Befindet sich die Weltbank nicht in einer ähnlichen Situation wie nach 1945, als Europa wiederaufgebaut werden mußte? Die Aufgabe ist gigantisch, und die Frage ist, ob sie stark genug ist, einen Wechsel herbeizuführen.

Conable: Allein können wir es nicht schaffen. Aber es stehen ja auch die Ressourcen der anderen Organisationen, die sich mit ähnlichen Aufgaben befassen, zur Verfügung. An Bedeutung gewinnt die Koordinierung aller verfügbaren Mittel durch die Weltbank. Die Schuldenkrise erschwert unsere Arbeit, verändert jedoch die Natur unseres Auftrages nicht. Worauf es ankommt, ist die wirtschaftliche Entwicklung.

Frage: Wahr ist, daß vor 40 Jahren der Wiederaufbau Westeuropas letztlich durch den Marshallplan finanziert wurde. Eher stimmt der Vergleich mit Ludwig Erhards Strategie des freien Marktes, die Westdeutschland aus den Trümmern half. Wäre das der richtige Weg für die Dritte Welt?

Conable: Ohne Wirtschaftswachstum ist Entwicklung nicht möglich. Nur so können die Schulden bedient und die Armut zurückgedrängt werden. Die Marktkräfte sind zweifellos der dominierende Wachstumsmotor und deshalb zu unterstützen. Aber es kommt auf das jeweilige Land an, dessen Wirtschafts- und politische Ordnung wir respektieren müssen. Aber in jedem Fall macht es keinen Sinn, Probleme mit Geld zuzudecken.

Frage: Zurück zu Ihrem Führungskonzept. Durch was wird das Management-Komitee ersetzt?

Conable: Es handelt sich, wie gesagt, um eine neue Entscheidungstechnik durch Konsens. Das stellt auch die Geberländer zufrieden, die häufig Kritik an unserer Darlehenspolitik geübt haben und ohne deren Unterstützung eine Institution wie die Weltbank nicht überleben kann.

Frage: Inwieweit hängt die achte Wiederauffüllung der Kasse der International Development Association (Ida), aus der die ärmsten Entwickungsländer billige Kredite erhalten, von Japan ab, das angesichts der hohen Leistungsbilanzüberschüsse bedrängt wird, sich stärker zu beteiligen?

Conable: Es besteht hier ein Zusammenhang, aber die Entscheidung muß – auch hinsichtlich der allgemeinen Kapitalerhöhung – in Tokio fallen. Wenn es nicht zu einer Vereinbarung kommt, wird der Prozeß zweifellos abgebremst. Die Gelder werden jedoch dringend gebraucht.

Frage: Ist es bis zur Jahrestagung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds Ende dieses Monats in Washington zu schaffen?

Conable: Ich bin optimistisch, und gesprochen wird über 11,5 Milliarden Dollar – ein Betrag, der auf der Zusage der USA basiert, in der dreijährigen Wiederauffüllungsperiode nahezu 2,9 Milliarden Dollar oder 25 Prozent beizusteuern. Es besteht aber die berechtigte Hoffnung, daß Japan, die Vereinigten Staaten und andere Länder zusätzliche Mittel freimachen.

Frage: Wie dringend ist die Aufstockung des Weltbank-Kapitals?

Conable: Die Vereinbarung sollte 1987 unter Dach und Fach sein; gerungen wird auch noch um den Umfang – vielleicht 50 Milliarden Dollar. Aber die Spanne reicht von 40 bis 80 Milliarden Dollar. Die endgültige Höhe hängt vom Bedarf ab, und, von Mexiko abgesehen, kommt eine Menge auf uns zu. Ohne ihre Tochtergesellschaften rechnet die Weltbank im am 1. Juli begonnenen Geschäftsjahr 1987 mit neuen Kreditzusagen zwischen 13,5 und 17 Milliarden Dollar.

Frage: Der Baker-Plan, der Anpassungshilfen für reformwillige Schuldnerländer vorsieht, hat Konkurrenz bekommen. So schlug der demokratische US-Senator Bradley, ein mutmaßlicher Präsidentschaftskandidat für 1988, einen generellen Schuldenerlaß sowie eine Zinsverbilligung um jeweils drei Prozent vor. Was spricht gegen solche Geschenke?

Conable: Daß die Schuldnerländer letztlich die Verlierer sind, da ihnen privat niemand mehr Geld leiht. Ohne freiwillige Darlehen, sprich das private Bankensystem, läßt sich wirtschaftliche Entwicklung nicht fortsetzen. Die multilateralen Geldgeber wie die Weltbank können keinesfalls den gewaltigen Kapitalbedarf der Dritten Welt allein decken. Abgesehen davon, daß sich in einer Art „Weltkonferenz" ein fairer Schuldenerlaß kaum verhandeln läßt, verschlechtert sich dramatisch das Arbeitsfeld der Geschäftsbanken.

Frage: Haben Sie von Leuten gehört, die den Bradley-Plan unterstützen?

Conable: Der Vorschlag darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden; Bill Bradley ist ein angesehener Senator der USA. Es gibt auch andere in der Welt, die einen Schuldenerlaß fordern. Aber viele Leute übersehen die Konsequenzen. Ich bin sehr skeptisch, daß so etwas langfristig im Interesse der Dritten Welt ist. Wir leben in einer Zeit, in der die privaten Banken ohnehin mit neuen Ausleihungen an die Entwicklungsländer zögern.

> ❝Ohne freiwillige Darlehen, sprich das private Bankensystem, läßt sich wirtschaftliche Entwicklung nicht fortsetzen.❞

Frage: Sind sie im ersten Quartal 1986 nicht geschrumpft?

Conable: Daraus läßt sich noch kein Trend ablesen. Es sieht zum Beispiel so aus, daß die Geschäftsbanken einen größeren Betrag für Mexiko leisten, das den Instituten bereits Riesensummen schuldet. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Banken dann willig sind, wenn die Weltbank an den Kreditpaketen in größerem Umfang beteiligt ist und sich die Auszahlungen über einen längeren Zeitraum erstrecken. Im Falle Mexikos sind wir 1986 mit 1,9 und 1987 mit 1,5 Millarden Dollar im Wort.

Frage: Wünschen die Geschäftsbanken auch eine Verzahnung zwischen der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und auf welche Weise?

Conable: Man geht von der Annahme aus, daß zwischen der Weltbank und dem IWF ein Zwang zur Kooperation besteht, um Stabilisierung und Wachstum zu erreichen. Wachstum ist ohne Stabilisierung nicht möglich. Aber ohne Wachstum wechseln Krise und Austerity einander ab, und nicht realisierbar ist eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung. Ohne den Schulterschluß der beiden Organisationen würden die Banken die Wirksamkeit eines Kreditpakets sehr skeptisch beurteilen. Der IWF gewährt übrigens Mexiko einen Bereitschaftskredit in Höhe von 1,7 Milliarden Dollar, ziehbar über 18 Monate.

Frage: Genauer: In welchem Umfang macht die Weltbank ihre Auszahlungen von der Kreditvergabe der Privatbanken und des IWF abhängig?

Conable: Besser umgekehrt. Aber es besteht ein „Link". Die Anpassungskredite, mit wirtschaftspolitischen Auflagen versehen, müssen in jedem Fall verkoppelt werden.

Frage: Sie sind der erste Präsident der Weltbank, der an einer Ministerratssitzung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) teilnimmt. Was werden Sie den Handelsministern, die sich Montag für fünf Tage im uruguayischen Punta del Este versammeln, sagen?

Conable: Daß Außenhandel eine wichtige Voraussetzung für Wirtschaftswachstum ist. Das gilt vor allem für die Dritte Welt, die erhebliche Einbußen hat hinnehmen müssen. Auf diesem Gebiet habe ich große Erfahrungen im Kongreß als Abgeordneter gesammelt. Solange an einer Verbesserung des Welthandels gearbeitet wird, hat der Protektionismus kaum eine Chance. Geschieht jedoch nichts, bricht die Lawine los. Ich bin froh, daß eine neue Liberalisierungsrunde zur Diskussion steht.

Frage: Wieso ist die Weltbank betroffen?

Conable: Besorgt bin ich darüber, daß wir den Entwicklungsländern Freihandel verordnen, die Industriestaaten aber ihre Märkte dichtmachen. Mexiko haben wir im Rahmen der wirtschaftlichen Anpassung eine erhebliche Handelsliberalisierung abgerungen...

Frage: Was erhoffen Sie sich von Punta del Este?

Conable: Ich wünsche mir, daß sich die Minister auf eine Agenda einigen und die Runde im Januar beginnt. Die höchste Barriere stellt die Landwirtschaft dar; die Verzerrungen sind enorm und nicht mehr zu bezahlen.

Frage: Für wie gefährlich schätzen Sie den protektionistischen Druck im Kongreß ein, wenn man in Uruguay zu keinem konkreten Ergebnis kommt?

Conable: Er nimmt mit Sicherheit zu.

Frage: Es sieht so aus, als liege der Baker-Plan auf Eis. Man wartet darauf, daß Mexiko ein Erfolg wird...

Conable: Eine Erholung in Mexiko wird andere Länder ermuntern, ähnliche Anpassungsschritte einzuleiten, darunter auch Argentinien. Aber viele verschuldete Staaten können sich auch selbst helfen, indem sie andere Instrumente wie die Investitions-Versicherung (Miga) der Weltbank nutzen. Wirtschaftswachstum führt zu neuem Kapitalimport usw. Häufig genügt der Mut zur Selbsthilfe.

Frage: Welche künftige Bedeutung messen Sie der Unterstützung von Reformprogrammen bei, dem sogenannten Policy Base Lending, im Gegensatz zur Projektfinanzierung? Ihr Anteil, so scheint es, wird immer größer.

Conable: Reformprogramme nehmen zu, aber auf erratische Weise. Es gibt Länder, in denen sie nicht anwendbar sind. Entweder lehnen die Politiker wirtschaftspolitische Auflagen ab oder sie haben bereits entsprechende Maßnahmen ergriffen.

Frage: Die Weltbank ist ein wichtiger Emittent von Anleihen auf dem deutschen Kapitalmarkt. Die deutschen Investoren würden gern wissen, welche Auswirkungen die wirtschaftspolitischen Konditionen auf die von Ihnen geleitete Institution haben.

Conable: Es ginge auf Kosten der Qualität unserer Darlehen, wenn wir uns in einigen Fällen nicht zu konditionierten Reformprogrammen entschließen würden. Zu berücksichtigen ist jedoch dies: Unsere Konditionalität unterscheidet sich stark von der des Währungsfonds. Dessen Auflagen zielen auf Preise, Korrektur der Zahlungsbilanzen und fiskalische Probleme, um eine Stabilisierung zu erzwingen. Wir geben dagegen Anreize und zielen auf Wirtschaftswachstum. Ich glaube deshalb nicht, daß die Weltbank jemals so unter Beschuß geraten wird wie der IWF. Außerordentlich erfolgreich sind die Reformprogramme in Afrika, die aus der Afrika-Fazilität finanziert werden. Die Politiker dort lernten schnell.

Frage: Warum hat die Weltbank, die im Geschäftsjahr 1986 mehr als 1,2 Milliarden Dollar (plus neun Prozent) verdiente, nie eine Dividende gezahlt? Das würde doch von den Kapitalmärkten mit Beifall aufgenommen und wäre vielleicht auch aus psychologischen Gründen eine gute Idee...

Conable: Unsere Aufgabe ist es nicht, Gewinne zu erzielen und Dividenden zu zahlen. Das Geld fließt in die wirtschaftliche Entwicklung.

Bertelsmann übernimmt RCA/Ariola

dos. Gütersloh

Der Gütersloher Medienkonzern Bertelsmann wird von General Electric (GE) die Musikaktivitäten der RCA, einer Tochter von GE, übernehmen. Nach Angaben von Bertelsmann soll der Vertrag vorbehaltlich der Zustimmung der Aufsichtsräte und der Klärung kartellrechtlicher Fragen noch Ende dieses Jahres wirksam werden. Neben dem Musikbereich übernimmt Bertelsmann von RCA auch einen Schallplattenclub mit zwei Millionen Mitgliedern und eine Produktionsfirma für Musik-Video-Filme.

Zum Kaufpreis will sich Bertelsmann nicht äußern. Aus amerikanischen Quellen indes verlautet, ein Betrag von 300 Mill. Dollar sei realistisch. Bertelsmann-Vorstandschef Mark Wössner sieht mit der Übernahme ein „langfristiges strategisches Ziel erreicht". Die Wettbewerbsposition im heiß umkämpften internationalen Musikmarkt sei entscheidend gestärkt worden. Auch für die Zukunft des gesamten Unternehmens sei der RCA-Erwerb eine wichtige Entscheidung.

Mit RCA arbeitet Bertelsmann bereits seit geraumer Zeit zusammen. Vor drei Jahren kam es zu einem Joint-venture, als sich RCA mit 50 Prozent an der mit hohen Verlusten arbeitenden amerikanischen Bertelsmann-Tochter Arista beteiligte. Im August 1985 brachte RCA seinen gesamten Musikbereich in die RCA/Ariola International ein (Beteiligungsverhältnis: 75 Prozent RCA, 25 Prozent Bertelsmann).

Der Unternehmensbereich Musik/Video der Bertelsmann AG wies zuletzt einen Umsatz von 532 Mill. DM aus. Nach der Einbeziehung von RCA wird das Umsatzvolumen des weltweiten Musikgeschäfts von Bertelsmann bei 2 Mrd. DM liegen. RCA/Ariola ist mit Schallplattenfirmen, Musikverlagen und Musik-Video-Geschäften in 18 Ländern präsent.

Kfz-Gewerbe will investieren

Mit „mehr Werkstattqualität" die Erfolge sichern

INGE ADHAM, Frankfurt

Insgesamt 1921 Unternehmen aus 37 Ländern zeigen vom 9. bis 14. September auf der automechanika in Frankfurt was es Neues gibt für die Kfz-Werkstätten und Tankstellen, wohin die Entwicklung bei Autoersatzteilen und Zubehör geht. Die Investitionsneigung des deutschen Kfz-Gewerbes wird hoch eingeschätzt, denn die Werkstätten sind zur Zeit gut ausgelastet.

Mit „mehr Werkstattqualität", so erklärte Fritz Haberl, der Präsident des Zentralverbandes des Kraftfahrzeuggewerbes (ZDK), jetzt in Frankfurt, werden die Werkstätten sich auch in Zukunft erfolgreich von Do-it-yourself und Schwarzarbeit abheben und ihren Platz behaupten, obwohl Wartungshäufigkeit und Reparaturanfälligkeit der Autos weiter sinken werden.

Bereits im vergangenen Jahr ist es den Werkstätten offenbar gelungen, zunächst an die „Selbermacher" verlorenen Boden wiederzugewinnen, das geht aus dem neuesten Kundendienstreport der DAT Deutsche Automobil Treuhand, Stuttgart, hervor. Wurden 1984 noch 30 Prozent aller Arbeiten am Auto selbst oder mit Hilfe von Bekannten – dahinter verbirgt sich oft die vielgeschmähte Schwarzarbeit – erledigt, waren es im vergangenen Jahr nur noch 19 Prozent.

Weniger Eigenarbeit

Boden verloren hat dabei vor allem die Eigenarbeit, deren Anteil von 20 auf 11 Prozent zurückgefallen ist. Nach wie vor gilt freilich nach Bobachtungen der DAT, daß besonders an den „ganz alten Schlitten" (über acht Jahre) selbst gebastelt wird und daß es vor allem junge Leute sind, die so Budget und Autowunsch in Einklang bringen wollen. Ihre Ersatzteile kaufen die Heimwerker freilich zu fast einem Drittel in einer Vertragswerkstatt oder einem sonstigen Kfz-Meisterbetrieb, Kundenkontakte, die die Werkstätten gezielter nutzen sollten als bisher, meint DAT.

Insgesamt holten sich die rund 41 000 Kfz-Werkstätten im vergangenen Jahr einen Anteil ron 70 (i.V. 61) Prozent an den Wartungs- und Reparaturarbeiten. Dabei ist nach den Erhebungen der DAT die Zahl der verschleißbedingten Repraturarbeiten weiter gesunken – die Fahrzeuge werden langlebiger.

Dagegen schicken die Kunden ihren Pkw oder Kombiwagen häufiger zur Wartung in die Werkstatt: Es wird etwas mehr als in früheren Jahren zum Werterhalt der Fahrzeuge getan. Durchschnittlich wurden 370 (340) DM pro Pkw und Jahr für Wartungsarbeiten ausgegeben, die Reparaturen schlugen mit 580 (640) DM zu Buch.

Markt für „Gebrauchte"

Die besser gepflegten Autos finden auch als „Gebrauchte" einen guten Markt. Von geradezu boomartigen Zügen im Gebrauchtwagengeschäft sprechen die Schwacke-Marktbeobachter. Erst in diesem Monat sei es zu einer leichten Beruhigung gekommen, mit teils erheblichen Preisabschlägen vor allem in der Oberklasse. Auffällig sei vor allem ein deutlicher Trend zum hochwertigen Gebrauchtwagen mit guter Ausstattung. Insgesamt dürften nach Schwacke in diesem Jahr fast 6 Mill. gebrauchte Pkw/Kombi den Besitzer wechseln und damit nochmals deutlich mehr als im bisherigen „Rekordjahr" 1985.

Grundsätzlich rechnet Schwacke mit einem weiterhin lebhaften Gebrauchtwagengeschäft, da sich allein schon aus den geburtenstarken Jahrgängen 1961 bis 1967 ein starkes Gebrauchtwagen-Käuferpotential ergebe. Die Markenhändler, die aufgrund des scharfen Wettbewerbs jährlich rund ein Fünftel ihrer Stammkunden verlören, seien also gut beraten, wenn sie sich darauf einrichteten, das Gebrauchtwagengeschäft professionell zu betreiben.

„Struktur der Genossenschaft umstellen"

HL. Bonn

Die agrarpolitische Landschaft, in der die Raiffeisen-Genossenschaften für ihre 3,9 Millionen Mitglieder tätig sind, ist im Umbruch begriffen. Darauf wies der Präsident des Verbandes, Willi Croll, anläßlich des Raiffeisentages 1986 hin, der vom 10. bis 12. September in Karlsruhe stattfindet. Steigende Überschüsse bei immer mehr Produkten kennzeichneten die Situation. Und alles lasse darauf schließen, daß die Ungleichgewichte an den Märkten eher größer als kleiner würden. Der daraus entstehende Zwang, die landwirtschaftlichen Produktionsmengen zurückzuführen, bedeute für die Genossenschaften auch, daß nicht nur die Produktmengen, die künftig in die Märkte gehen, kleiner werden, sondern gleichzeitig der Bedarf an landwirtschaftlichen Betriebsmitteln zurückgebe. Bei den Genossenschaften entfallen aber bereits über 30 Mrd. DM vom Jahresumsatz (1985 waren es 81 Mrd. DM) auf das Betriebsmittelgeschäft.

Die Raiffeisen-Genossenschaften müßten sich deshalb umstellen, erklärte Croll, und „ihre Struktur so schnell wie möglich den veränderten Bedingungen anpassen". Für den Verbandspräsidenten heißt dies, wie er gestern in Bonn weiter ausführte, einstellen auf geringere Mengen im klassischen Warenumsatz. Zudem müßte seine Organisation mehr auf die Vermarktung alternativer Produkte zurückgreifen, die auf Dauer auch ohne Brüsseler Zuschüsse für die Landwirte rentabel sein könnten.

Diese tiefgreifenden Veränderungen gingen innerhalb der Landwirtschaft aber nicht ohne Betriebsstillegungen ab, ist Croll sicher. Dabei spiele das umgehende Wort von „mehr Größe" gar keine Rolle. Man müsse sich daran gewöhnen, nicht von großen oder kleinen Unternehmen zu reden, sondern von leistungsfähigen und nicht leistungsfähigen Betrieben.

Rentenmarkt abwartend

Die Inflationshysterie in den USA, die deshalb dort steigenden Zinsen sowie der sich erholende Dollar haben die Diskussion über eine eventuelle Diskontsenkung in der Bundesrepublik zum Schweigen gebracht. Deshalb fehlt es dem deutschen Rentenmarkt zur Zeit an Phantasie. Die Kurse der öffentlichen Anleihen, die am Vortag scharf zurückgenommen worden waren, schwankten nur noch um 0,10 Prozentpunkte. Der Markt der DM-Auslandsanleihen leidet derzeit unter der Flut von Neuemissionen. Hier gibt es Plazierungsschwierigkeiten.

Warenpreise – Termine

Die Goldnotierungen an der New Yorker Comex mußten am Montag kräftige Verluste hinnehmen. Silber konnte in allen Sichten zulegen. Schwächer gingen Kupfer, Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Devisenterminmarkt

Der Aufwärtstrend der Dollar-Zinsen hielt am 9. 9. an, die Dollar-Deports lagen nochmals etwas höher.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,33-0,23	0,81-0,71	1,60-1,40
Pfund/Dollar	0,54-0,52	1,45-1,42	2,70-2,65
Pfund/DM	2,20-0,80	4,80-3,50	8,60-7,20
FF/DM	15+1	30-14	52-36

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 9.9.: Tagesgeld 4,40-4,50 Prozent; Monatsgeld 4,35-4,50 Prozent; Dreimonatsgeld 4,35-4,45 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,45 Prozent, 6 Mon. 4,50 Prozent.

Privatdiskontsätze am 9.9.: 10 bis 29 Tage 3,05 G-2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G-2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 9.9.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 9.9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	5⅞-6⅛	4⁷⁄₁₆-4⅝	4-4¼
3 Monate	5⅞-6⅛	4⅜-4⅝	4⅛-4⅜
6 Monate	5⅞-6⅛	4⅜-4⅝	4⅛-4⅜
12 Monate	6-6¼	4⅜-4⅝	4⅛-4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 9.9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,25; Verkauf 18,25 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 9.9. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,53). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,97). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,25, Kurs 99,60, Rendite 5,34.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 9.9.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	58,255	6,20
Commerzbank	100,00	22.5.95	59,80	6,08
Commerzbank	100,00	4.8.00	41,75	6,48
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	142,00	8,73
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	113,12	5,15
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,56	5,15
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	58,08	6,30
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	54,50	6,30
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,63	6,10
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,95	6,53
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	59,14	6,20
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,73	6,66
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	29,62	6,56
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	28,20	6,68
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	15,79	6,44
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	58,40	6,32
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,75	6,35
WestLB 603	100,00	1.6.01	37,90	6,81
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,35	6,94
WestLB 500	126,86	16.2.89	114,50	4,31
WestLB 501	157,01	16.2.90	116,30	4,90
WestLB 504	141,85	1.10.91	109,10	5,33
WestLB 505	143,24	1.9.92	104,60	5,41

Emittenten (DM) Ausland

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%	(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,60	(4,60)	100,4	101,3	102,2	103,2	104,1	105,1
2	4,75	(4,73)	100,5	102,2	104,0	105,9	107,8	109,6
3	5,00	(4,95)	100,0	102,5	105,2	107,9	110,6	113,3
4	5,40	(5,35)	99,85	103,1	106,6	110,1	113,7	117,2
5	5,65	(5,60)	96,80	101,1	105,3	109,6	113,8	118,1
6	5,82	(5,82)	95,45	100,9	105,5	110,3	115,2	120,1
7	6,12	(6,10)	93,25	99,35	104,3	109,9	115,4	121,0
8	6,40	(6,35)	90,85	96,95	103,1	109,2	115,2	121,3
9	6,63	(6,56)	88,60	95,20	101,8	108,4	115,0	121,6
10	6,68	(6,60)	87,35	94,45	101,6	108,7	115,8	122,9
15	7,00	(6,90)	81,00	90,05	100,0	108,2	117,2	126,3

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen könnten.

Commerzbank Rentenindex: 113,329 (113,465)
Performance-Rentenindex: 247,638 (247,789)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	8. Sept.	5,75-5,819
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	5,70
	60-270 Tage	5,15
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,70
	60 Tage	5,675
	90 Tage	5,65
Certificates of Deposit	1 Monat	5,55
	2 Monate	5,55
	3 Monate	5,55
	6 Monate	5,55
	12 Monate	5,55

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Viag stockt für 1986 Dividende auf

Py. Düsseldorf

Die seit der Jahresmitte mit 40 Prozent des 580 Mill. DM Grundkapitals teilprivatisierte und an den Börsen notierte Bundes-Konzernholding Viag AG, Bonn/Berlin, kündigt nach Ertragsverbesserungen im ersten Halbjahr und insgesamt günstigen Einschätzungen für die zweite Jahreshälfte eine Erhöhung der Dividende (1985: 5 DM je 50-DM-Aktie) für 1986 an. Darüber hinaus wird in einem Zwischenbericht des Konzerns von einer weiteren Dotierung der Rücklagen gesprochen. In den drei Unternehmensbereichen Energie, *Aluminium und Chemie* blieb die Ertragsentwicklung zufriedenstellend.

Im Konzern wurde ein um 20 Mill. DM höheres Ergebnis erzielt als im Vorjahreszeitraum. Im zweiten Halbjahr wird dagegen nur ein vergleichbares Gewinniveau wie im zweiten Halbjahr 1985 erwartet. Der Jahresüberschuß der Viag AG wird 1986 voraussichtlich 100 (92) Mill. DM übersteigen.

Der Gesamtumsatz der Viag-Gruppe lag im ersten Halbjahr 1986 mit 6,1 Mrd. DM um drei Prozent über dem Vorjahr. Der Außenumsatz des Konzerns ging um zwei Prozent auf 3 Mrd. DM zurück, was hauptsächlich auf währungsbedingt niedrigere Umsätze der ausländischen Konzerngesellschaften zurückgeführt wird.

Die Sachinvestitionen der Gruppe stiegen um ein Drittel auf 551 Mill. DM, im Konzern auf 221 (144) Mill. DM. Der vom Kartellamt noch nicht genehmigte Verkauf des 49,9-Prozent-Anteils an der Braunschweigische Kohlen-Bergwerke AG an Preußenelektra soll einen größeren finanziellen Spielraum zum Ausbau zukunftsträchtiger Aktivitäten geben.

Aufwärtstendenz für Bekleidung

Py. Düsseldorf

Die Halbjahresbilanz der deutschen Bekleidungsindustrie „zeigt – wie die Mode – erfreulich aufgehellte Farben". Nach den Worten des Präsidenten des Bundesverbandes Bekleidungsindustrie, Gerd Somberg, im Jahresbericht 1985 hoffen die Unternehmen auf mehr Kaufkraft und Konsum. Die durch steuerliche Entlastung und Stabilisierung der Preise frei werdenden Mittel müßten wieder mehr als bisher in Mode und Bekleidung gesteckt werden. Nach Jahren der Stagnation und bescheidenen Wachstums seien erstmals Aufwärtstendenzen sichtbar. Somberg erwartet, daß nach der Entscheidung für ein neues Welttextilabkommen mit ihrem notwendigen Flankenschutz für weitere fünf Jahre jetzt der europäische Binnenmarkt verwirklicht wird. Er fordert sowohl Brüssel als auch Bonn „nachdrücklich auf, für fairen Wettbewerb zu sorgen".

Die deutsche Bekleidungsindustrie, die umsatzstärkste in Europa, setzte 1985 mit 188 436 (191 132) Beschäftigten 22,07 (21,45) Mrd. DM um, ein gutes Viertel davon waren Exportumsätze. Der stärkste Umsatzanteil entfiel mit rund 11,2 Mrd. DM (plus 1,2 Prozent) auf die Damenoberbekleidung, gefolgt von der Herrenbekleidung mit 4,1 Mrd. DM (plus 5,6 Prozent). In den ersten fünf Monaten dieses Jahres lag der Branchenumsatz mit 9,5 Mrd. DM um 3,2 Prozent über dem Vorjahr. Der Export weist dagegen ein zweistelliges Plus aus.

PERSONALIEN

Hans-Henning Ludewig, Leiter des inländischen Kreditgeschäfts des Dresdner-Bank-Konzerns, Frankfurt, wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1986 in den Vorstand der Oldenburgischen Landesbank AG, Oldenburg, berufen.

Dr. **Alfred Lukac**, Mitglied des Vorstands der Fried. Krupp GmbH, Essen, vollendet heute das 60. Lebensjahr.

Roland Krell hat die Leitung des Vertriebs bei dem Siemens-Tochterunternehmen Computer Gesellschaft Konstanz mbH (CGK) übernommen. Er kommt von Siemens Datentechnik, wo er im Vertrieb Geldinstitute den Bereich Großbanken leitete.

Susum Shirakawa ist als Nachfolger von **Tetsuo Matsufuji** zum neuen Generaldirektor der Japan External Trade Organization (Jetro) in Düsseldorf ernannt worden.

Karl Gstaltmeyr (42), langjähriger Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates, ist mit Wirkung vom 8. September zum Arbeitsdirektor der Datev Datenverarbeitungsorganisation des steuerberatenden Berufes eG, Nürnberg, bestellt worden. Als hauptamtliches Vorstandsmitglied übernimmt er das Ressort für Personal- und Sozialangelegenheiten.

Werner Schmidt, Mitinhaber und persönlich haftender Gesellschafter des Privatbankhauses Karl Schmidt, Hof, ist am 5. September 1986 kurz vor Vollendung seines 72. Lebensjahres gestorben.

Gert Becker, Vorstandsvorsitzender der Degussa, ist zum neuen Schatzmeister des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft gewählt worden. Ein Teil unserer gestrigen Auflage zeigt durch einen technischen Fehler den amerikanischen Finanzminister Baker.

Aktien geben weiter nach

Kaum Kaufaufträge aus dem Ausland – Zweifel an Aufwertung

DW. – Auf dem Aktienmarkt hat sich die Abwärtsbewegung zwar verlangsamt, es überwog aber immer noch das Angebot. Versuche der Börsenkulisse, den Markt durch Meinungskäufe zu beleben, hatten stets nur kurze Erfolge. Die Anleger sind verunsichert durch die zum Stillstand gekommene Zinssenkung und durch den Wiederanstieg des Dollar. Dadurch sind Zweifel an einer Aufwertung der D-Mark aufgetaucht. Die Währungsspekulation war aber ein Hauptbeweggrund für Ausländer, deutsche Aktien zu erwerben.

Unter der veränderten Zinssituation hatten wieder die Bankaktien am meisten zu leiden. Als besonders anfällig erwiesen sich diesmal die Papiere der Deutschen Bank. Im Hinblick auf die bevorstehende Kapitalerhöhung durch Vorzugsaktien zum Kurs von 350 DM, war der Handel in VW-Aktien besonders lebhaft. Als empfindlicher erwies sich Daimler, während Porsche-Vorzugsaktien den Anstieg noch fortsetzten. Im Elektrobereich schienen PKI weiterhin von gezielten Käufen zu profitieren. Die erstmals zum Handel zugelassenen Aktien von F & G stellten sich auf 165 DM. Sie waren zu 125 DM zur Zeichnung freigegeben worden. Von den sonstigen Spezialwerten verzeichneten Phönix erneut lebhafte Umsätze, ohne daß sich jedoch der Kurs nennenswert veränderte. Unter Druck lagen Einzelhandelswerte. Hier war von verschiedenen Seiten zu Gewinnrealisationen geraten worden.

Frankfurt: Deutsche Atlanten verbesserten sich um 30 DM, Hartmann + Braun um 90 DM und Hutschenreuther um 25 DM. BBC und Deckel verloren jeweils 7 DM und Didier 11 DM. Traub verminderten sich um 10 DM.

Düsseldorf: Heinrich lagen um 20 DM schwächer, AVA und Verseidag verminderten sich jeweils um 10 DM und Keramag büßten 4,50 DM ein. Schiess stockten um 2 DM und Conc. Chemie um 10 DM auf.

Hamburg: Beiersdorf schwächten sich um 5 DM ab. Hapag Lloyd gaben um 3 DM nach. Markt- und Kühlhallen verloren 5 DM, während Holsten Brauerei um 5 DM stiegen.

Berlin: Berliner Elektro lagen um 9 DM, Bergmann um 5 DM und Viag um 3 DM fester. Berthold büßten 9 DM, Berliner Bank 5 DM und Herlitz Vorzüge 4 DM ein. Kempinski verloren 3 DM.

München: Electro 2000 stockten um 29 DM auf. NAK Stoffe verbesserten sich um 5 DM und Tucher um 4 DM. Escada und Krones lagen jeweils um 10 DM schwächer. Flachglas gaben um 3 DM nach.

Stuttgart: Salamander wurden 13 DM billiger. SEL verloren 11 DM und IWKA 5 DM. DLW zogen um 8 DM an. Aesculap wurden 10 DM niedriger bei 425 DM umgesetzt. Boss verbesserten sich um 50 DM.

Nachbörse: schwächer

WELT-Aktienindex: 282,00 (285,86)
WELT-Umsatzindex: 3100 (5514)
Advance-Decline-Zahl: 75 (71)
38-Tage-Linie: 278,23 (269,45)
200-Tage-Linie: 276,97 (276,76)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf / Frankfurt / Hamburg / München — [illegible]

Aktien-Umsätze

[illegible]

Inland

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

Ausland

Amsterdam

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

London

[illegible]

Luxemburg

[illegible]

Madrid

[illegible]

Mailand

[illegible]

New York

[illegible]

Paris

[illegible]

Johannesburg

[illegible]

Singapur

[illegible]

Oslo

[illegible]

Sydney

[illegible]

Tokio

[illegible]

Stockholm

[illegible]

Toronto

[illegible]

Wien

[illegible]

Zürich

[illegible]

STELLENANGEBOTE

CAREER OPPORTUNITIES WITH IBM SYSTEM 38 IN THE MIDDLE EAST

Gulf Investment Corporation is one of the Middle East's leading investment companies. Headquartered in Kuwait, we are seeking to appoint a Senior Programmer and a Manager of Security Control and Quality Assurance for a dual IBM System 38/20 installation using MIDAS software.

The successful applicants, probably in their mid 30's, will come from a banking or investment environment, have extensive experience with IBM Systems and knowledge of the following:

- RPG III
- Query, CL
- Banking Applications
- Online/Networking
- Journaling
- IBM User Profiles
- Communications
- Quality Assurance
- Software Assurance
- Software Testing

Applicants must be 'Self Starters', have substantial previous operational and programming experience, good attention to detail, experience with IBM PCs, good documentation and interpersonal skills. Salaries and expatriate benefits will more than reflect the importance of these positions. Interviews will be held locally and all applications will be treated in the strictest confidence.

Interested applicants should send a detailed CV to arrive by 28th September to:

Rossiter W. Langhorne,
Senior Vice-President, Administration & Operations,
Gulf Investment Corporation,
P.O. Box 3402,
13035 Safat, State of Kuwait.



2090

Diplom-Ingenieur Bauwesen

30, Univ. Dortmund 10/81, Schwerpunkte: Baubetrieb und Bauwirtschaft; Berufserfahrung im Ausland in Bauleitung, Kalkulation, Vertragswesen, Terminplanung, Projektsteuerung, Ausschreibung; EDV-Kenntnisse;

sucht Tätigkeit in Bauunternehmen oder Ingenieurbüro, im In- oder Ausland, Einarbeitung in neue Aufgaben-Bereiche möglich.

Auskünfte gibt: Herr Gräuler
Fachvermittlungsdienst Bochum, Universitätsstraße 66, 4630 Bochum 1, ☎ 0234/305-651, FS 825309

2091

Qualifizierte Fach- und Führungskräfte des Personalwesens

20 Akademiker beendeten in der Akademie Klausenhof, Wesel, ein neunmonatiges Qualifikationsseminar in Personalwesen und EDV.

Die Teilnehmer erfuhren eine fachspezifische Weiterbildung in den Bereichen:
Personalwirtschaft: Personalorganisation, -planung, -einsatz und -entwicklung, Personalführung, Arbeitsplatz- und Leistungsbewertung, Entgeltfindung und Entgeltsysteme, betriebliche Bildungsarbeit, betriebliches Sozialwesen usw.
Arbeits- und Sozialrecht: Tarif- und Arbeitsvertragsrecht, Betriebsverfassungsgesetz, Arbeitsschutzrecht, Sozialrecht und Sozialversicherung.
Informationsverarbeitung: EDV-Organisation und Systemanalyse, Programmierung in Cobol, Basic, RPG II, Datenschutz, Neue Medien. Computergestützte Personalinformations- und Personalabrechnungssysteme.

Bestandteil dieses Seminars war eine dreimonatige betriebliche Praxisphase, in der praktische Erfahrungen gesammelt wurden.

Wenn Sie an den Teilnehmern dieses Seminars als zukünftige Mitarbeiter interessiert sind, wenden Sie sich bitte an den Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Frau Adameit. Sie sendet Ihnen gerne Bewerbungsunterlagen einzelner Teilnehmer und Informationsmaterial über das Seminar zu.

Auskünfte gibt: Frau Adameit
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Postfach 1130, 4000 Düsseldorf 1, ☎ 0211/8226-469, FS 8588292

Bundesanstalt für Arbeit

Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) zu verhüten, ist unsere vornehmste Aufgabe. Um diesen hohen Anspruch gerecht werden zu können, sucht die **Berufsgenossenschaft der keramischen und Glas-Industrie** für ihre Bezirksverwaltung in **Neuwied** einen

Chemo-Techniker

Die Bewerber sollten eine qualifizierte Ausbildung nachweisen können oder über gleichwertige Fähigkeiten und Erfahrungen verfügen. Da neben anorganisch-chemischen Analysen Schadstoffmessungen vor Ort zu übernehmen sind, müssen Bereitschaft zum Außendienst und Führerschein (Klasse III) vorhanden sein.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen bitten wir bis **16. 9. 1986** an den Hauptgeschäftsführer der Berufsgenossenschaft der keramischen und Glas-Industrie, Röntgenring 2, 8700 Würzburg, zu richten.

Hochgebirgsklinik
Davos Wolfgang
Asthma- und Allergieklinik

Davos

CH-7265 Wolfgang GR

Wir sind eine Fach- und Rehabilitationsklinik mit in einem großen Umfang gehfähigen, meist jüngeren Patienten.

Wir suchen
eine examinierte, beruflich erfahrene

Nachtschwester

zur Unterstützung unserer Diakonissenschwestern.

Wir bieten:
- gutes Gehalt
- Dauerstellung
- moderne Wohnungen/Appartements
- Verpflegungsmöglichkeit in Kantine

Bewerbungen mit Lebenslauf und Lichtbild bitten wir zu richten an den Chefarzt, Prof. Dr. Chr. Virchow. Auskunft erteilt gerne unsere Oberschwester, Diakonisse Lotte Raum.

Dr. rer. pol., Dipl.-Volksw., 32 J., Führungserfahrung als GF u. a., verkaufsstark, 5 Jahre im

Direktverkauf – Versandhandel – Verlagswesen

engl., frz., bereit zu reisen, Auslandserfahrung, sucht Herausforderung als

Verkaufsleiter oder Geschäftsführer

Zuschr. erb. u. V 4978 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Anzeigen-Repräsentant

Nielsen IV-Nord

Beste und langjährige Kontakte bei Markenartiklern, Dienstleistungsunternehmen und Werbeagenturen. Sind Sie an einer Umsatzausweitung interessiert? Ich könnte Ihr Partner sein als Generalvertreter oder Repräsentant für Zeitschriften-Spezialtitel und Fachzeitschriften Termin jederzeit möglich.

Angebote unter U 4779 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Fachmann der Wohnungswirtschaft, 43 J.

mit unternehmerischen Qualitäten, sucht neue Herausforderung. Seit 12 Jahren in Norddeutschland tätig, hiervon 7 Jahre Vertriebsleiter eines mittleren Wohnungsbauunternehmens; zuletzt selbständig. In 4 Jahren mehr als 150 Wohnobjekte vermarktet. Aus konjunkturellen Gründen 1985 Betrieb erfolgreich liquidiert. Besonderes Interesse: Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Errichtung oder Vermarktung von Ferienimmobilien in Südfrankreich. Ansonsten bevorzugte Standorte in Stuttgart oder München.

Zuschr. erb. unter T 4976 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Vermarktung hochpreisiger Waren u. Dienstleistungen

Marketing- und Verkaufsspezialist (38) sucht neuen Aufgabenbereich.

Ang. u. X 5112 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Männlicher Housekeeper

Perle, 40 J., ledig, privathaushaltlich sehr versiert, Putz-, Service-, Koch,- Dienererfahrung, gute Referenzen, sucht Dauerstellung.

Ang. u. Y 5113 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Direktverkäufer

im Dienstleistungsbereich (Unternehmensberatung), verhandlungssicher auf Geschäftsleitungsebene, sucht neuen Verantwortungsbereich, angest. oder selbst., im Bundesgebiet. Ang. unt. S 4975 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kaufmann/Dipl.-Ingenieur

36 J., als Technischer Controller tätig, kreativ, durchsetzungsstark, Generalist

sucht

verantwortungsvolle Aufgabe mit Entwicklungsmöglichkeiten im Spannungsfeld technischer Erfordernisse – wirtschaftlicher Notwendigkeiten.

Ang. u. F 4988 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Sozialpädagoge (35 J.) o. Arb. sucht Stelle auf Yacht/Haus in Spanien.

Zuschr. erb. u. P 4996 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Pensionierter Arzt

flexibel, sportlich, mehrsprachig (Deutsch, Ital., Franz.), Jahrgang 1922, Jugoslawe, sucht Beschäftigung in D'Dorf oder Umgebung.

Zuschr. unter M 5059 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Fremdsprachenkorrespondentin

Engl., sucht ab sof. Wirkungskreis im Großraum Hamburg.

Zuschr. erb. u. R 4974 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

EXPORTKAUFMANN, 39 Jahre, mit techn. u. kaufm. Ausbildung, z. Z. für Hamburger Unternehmen in Singapur tätig, sucht neue Herausforderung in Handel/Industrie im Ausland oder Raum Hamburg mit intensiver Reisetätigkeit. Biete Erfahrungen/Marktkenntnisse im Verkauf von Investitionsgütermaschinen für die Nahrungsmittelindustrie nach Südostasien.

Zuschr. erb. unt. S 4997 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Einkäufer für Anlagen sucht neuen Wirkungskreis, auch zeitbefristet. Ang. u. T 5064 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bankprokurist

32 Jahre, umfassende Ausbildung, Ausbildereignung, KWG-Qualifikation. Kreditfachmann, langjährige Erfahrungen im Privat- und Firmenkreditgeschäft, ungekündigt, sucht verantwortungsvolle Aufgabe – auch branchenfremd –, zum 1. 4. 1987 oder später.

Zuschriften erb. unt. A 4983 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Steuerfachmann

Ehem. Steuerinspektor/Jurist (I. Ex.), 36, mit überdurchschnittlichen Steuerrechtskenntnissen, engagiert und verantwortungsbewußt, sucht ausbaufähige Anfangsstellung im StB/WP-Bereich oder Wirtschaftsunternehmen; berufsübliche Examina werden angestrebt, ausbaufähige Englisch- und DATEV-Kenntnisse vorh.

Zuschr. erb. u. B 5116 an WELT-Verlag, PF 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter

Dipl.-Kfm., langj. Vertriebserfahrung in beratungsintensiven Produkten, Großkundenbetreuung, erfolgreich, belastbar, sucht zum 1. 1. 87 qualifizierte (Führungs-)Aufgabe in Vertrieb/Verwaltung, Großraum Hamburg.

Ang. u. U 5109 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Tel. 02 01 / 48 00 24 **DM 4,70!**

je Kunde kostet Sie der Außendienst, der Ihre 1000 Kunden 4mal p. a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederweniger Str. 49, 4300 Essen 15

Bankkaufmann

41 J., umfassende Ausbildung, langj. Erfahrung in Revision, Kundenberatung u. Auslandsgeschäft, sucht neue verantwortungsv. Aufgabe.

Ang. u. V 5110 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Ingenieur

44 J., verheiratet, langjährige erfolgreiche Tätigkeit als

technischer Leiter

der Hamburger Niederlassung eines Bauunternehmens.
Schwerpunkt: bituminöser Straßenbau.
Sicherheits-Ingenieur gem. Arbeits-Sicherheitsgesetz
Sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe ab 1. 1. 87 oder später.
Ang. unt. E 4987 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter

Industrie-/Bank-Kaufmann, Anf. 40, mit langjähriger Führungs- und Auslandserfahrung, in ungekündigter Stellung bei internationalem Großkonzern tätig.

Geboten werden umfangreiche Erfahrung/Kenntnisse in Marketing/Verkauf, Planung/Organisation/DV und Finanz, welche in USA und verschiedenen Ländern Europas erworben wurden. Englisch und Französisch in Wort und Schrift, Italienisch-Kenntnisse.

Gesucht wird herausfordernde Tätigkeit in kleinerem oder mittlerem Handels-, Industrie- oder Finanz-Unternehmen, wenn möglich mit finanzieller Beteiligung.

Zuschriften erb. u. M 4927 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

30jähr., verh., ortsungeb., vielseitig interessierter, kontaktfreudiger, leistungsbereiter

Volljurist

der neben der jur. Ausbildung praktische Erfahrungen in Organisation, Wirtschaft und Verwaltung erworben hat durch Tennisschulleitung, Mitgründung und Rechtsberatung einer GmbH, Lehrgänge in allen Versicherungsbranchen, sucht einsatzfordernde Anfangsstellung.

Zuschr. erb. u. H 4924 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufen aus Passion

Leit. Vertriebskaufmann (52) su. 1987 durch Umzug nach Hamburg neuen Wirkungskreis, kfm. sattelfest, ungek., Einsatzfreude, Kreativität u. Standvermögen kennz. den bisherigen erfolgr. Berufsweg. Interesse auch als

Partner od. Nachfolger

in ausbauf. Mittelbetrieb, Dienstl. (z. B. Gebäuder.) Handwerk oder Großhandel, Kapital u. Sicherheiten vorhanden. Zuschr. erb. unter N 4928 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Volljurist-Anfänger

vielseitig interessiert, leistungsfähig und anpassungsbereit, kontaktfreudig. 30 J., verh., ortsungeb., sucht verantwortungsvolle Tätigkeit – auch außerrechtlich.

Unterlagen unter R 4998 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Rohstoffhändler

Anf. 30, umfangreiche internationale Erfahrungen in Akquisition, Kompensationsgeschäften und Administration (Seeschiffscharter, Bankenabwicklung etc.), „All-round-man", Produkt- und Standort-flexibel, sucht interessante und verantwortungsvolle Position im In- und Ausland.

Ang. bitte u. T 4998 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Falls die Frage der Nachfolge

offen ist, interessiere ich mich für die Fortführung Ihrer guten Firma. Ich, 47 J., *verheiratet, bin engagiert, zuverlässig, mehrsprachig u. suche eine anspruchsvollere* Tätigkeit als ich jetzt inne habe.

Ang. u. Z 5114 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Hausdame/Gesellschafterin

mittleren Alters, angenehmes Äußeres, flexibel, Führerschein/Fahrpraxis, Büro- u. kfm. Fähigkeiten, sucht Vertrauensstellung in angenehmer Atmosphäre.

Ang. u. W 5111 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebsleiter in Großbetrieb Fleisch, 42 J., ortsungebunden, beste Referenzen, Einkauf, Zerlegung grob u. fein, EDV, Kalkulation, Export, Verkauf, Spezialgebiet: industrielle Vlies- u. Entsehnzerlegung nach neuesten Erkenntnissen, z. B. französischer Markt, sucht entwicklungsfähige Position als Führungskraft oder Produkttrainer.

Zuschr. erb. u. U 4999 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Vorstandssekretärin

eines angesehenen deutschen Industrieunternehmens, 46 J., mit perfekten engl. u. franz. Sprachkenntnissen sowie ausbaufähigem Spanisch, sucht wegen einer Veränderung an der Unternehmensspitze eine neue Aufgabe, vorzugsweise in NRW.

Kontaktaufnahme unter C 4941 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Kaufmann

29 J., mit mehrjähriger Berufserf. im Vertriebs- u. Importwesen, sucht Tätigkeit in der Vertr.-Ltg. od. als Ass. der Geschäftsführung in Handel od. Industrie.

Zuschr. u. R 5062 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Reisender

47 J., seriös, dynamisch u. äußerst zuverlässig arbeitend, sucht neue, interessante Aufgabe im Außendienst (auch bundesweit). Freundliche Angebote unter G 5055 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erfolg ist, wenn die Zahlen stimmen, lassen Sie einen Profi ans Werk!

30jähriger Verkaufsleiter mit abgeschlossenem BWL-Abendstudium, Erfahrung in Dienstleistung und Investitionsgüterverkauf, mit dem ständigen Trend nach oben, sucht sein zu beginnendes Werk. Raum Norddeutschland.

Zuschriften erbeten unter Z 4982 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Konstrukteur
Spezialmaschinenbau

Wir sind ein jüngeres mittelständisches Unternehmen des Spezialmaschinen- und Industriemaschinenbaus im nördlichen Hamburg. Wir entwickeln und produzieren Maschinen und Anlagen für die Lagerung, Förderung und Dosierung von Schüttgütern und Flüssigkeiten für alle Industriebereiche.

Unsere Konstruktionsabteilung müssen wir qualitativ verstärken und suchen für die selbständige Entwicklung und Konstruktion von Spezialmaschinen einen kreativen und methodisch arbeitenden Maschinenbau-Ingenieur/-Techniker mit gewerblich-technischer Ausbildung und einigen Jahren Berufspraxis im Maschinen- oder Apparatebau. Kenntnisse in den Bereichen Hydraulik und Pneumatik würden wir begrüßen.

Neben einem interessanten Gehalt und zeitgemäßen Sozialleistungen bieten wir Ihnen ein breites und sehr selbständiges Tätigkeitsgebiet in einem kooperativ geführten Unternehmen.

FECO Industrieanlagenbau GmbH
Essener Str. 93, 2 Hamburg 62, Tel. 0 40 / 5 27 27 102

Chance für Textil-Ing.

Haben Sie Erfahrungen in der industriellen Einzel- oder Kleinserienfertigung? Können Sie in einem modernen norddeutschen Unternehmen der Textilveredlung als Hauptabteilungsleiter die Produktion planen und steuern? Die materiellen Rahmenbedingungen sind attraktiv.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 13. September, *im großen Stellenanzeigenteil der WELT.* Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

STELLENGESUCHE

Marketing-Manager

42 Jahre. Mit der Praxis aus unterschiedlichen Branchen. Mit Kreativität, aber auch dem Blick für das Machbare im gesamten Marketing-Mix. Mit allen weiteren fachlichen und persönlichen Voraussetzungen für die Konzeption und Durchsetzung marktnaher Unternehmens-/Produkt- und Absatzpolitik. Mit der Erfahrung aus Agentur, Industrie und Handel.

Sucht eine neue berufliche Herausforderung.

Wenn Sie also Marketing-Verantwortung auf oberer Führungs- oder Geschäftsführungsebene in qualifizierte Hände legen wollen, dann nehmen Sie bitte Kontakt auf unter V 5000 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Ing., M.B.A., 45 J., mit besonderen Neigungen zu konzeptionellem, wissenschaftlichem und strategischem Denken, sucht Wirkungsbereich in der

Forschung: Technische Konzepte und Produkte

Umfangreiche Erfahrungen: Marketing/Vertrieb/Werbung, Schrifttum, Analysen, Konzepte, Unternehmensplanung, neue Produkte – Organisation/EDV-Einsatz – Entwicklung: Analog-/Digital-Systeme – Selbständig als Wirtschafts-/Anlagen-Berater – 6 Jahre USA. Im Raum Siegen und angrenzenden Gebieten. Sofort verfügbar. PS. Sternzeichen: Wassermann. Zuschriften erbeten unter L 4992 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ein guter Mann wird für Sie frei

Ich kenne die Probleme des Marktes und verschiedene Branchen. Speziell den Bereich Betrieb – Büro – Praxis – Labor, Einrichtungen u. Technik, aber auch den Bereich Food u. Gastronomie. Aus- und Fortbildung: u. a. Betriebswirt- u. Ausbilderprüfung, div. Seminare und Fortbildung nach DIHT. Zur Zeit selbständig in ND. Ziel: Gebietsverkaufsleiter, Niederlassungsleiter, Verkauf. Einkommensvorstellung ca. mind. 80 000,– per anno. Termin: kurzfristig, vielseitig einsetzbar.

Angebote erb. unt. P 4929 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Immobilien-Kaufmann

43 J., Bankausbildung, in verantw. Position als Abteilungsleiter und Prokurist tätig, mit umfangreichen Kenntnissen und Erfahrungen im gesamten Fachbereich sowie gutem technischen Verständnis, sucht neue Führungsaufgabe.

Zuschriften erbeten unter L 4926 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Exportkaufmann/Südostasien

überlegter Unternehmertyp und Praktiker, ungekündigt, Anf. 40, verh., seit über 10 Jahren als Niederlassungsleiter für Handel und Großindustrie in diesem Raume tätig, versiert in Geschäftsentwicklung, Marketing und Vertrieb von Maschinenbauprodukten und Anlagen für die verarbeitende Industrie, sucht Führungsaufgabe und neuen Wirkungskreis in Südostasien, Wohnsitz z. Z. Indonesien, Termin ca. 1./2. Quartal 1987 oder evtl. nach Vereinbarung. Zuschr. erb. u. Y 4915 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Polizeiobermeister a. D.

42 J., verh., sucht verantwortungsvollen neuen Tätigkeitsbereich. Ortsgebunden im süddeutschen Raum.

Zuschr. erb. unt. K 4925 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Hüttenwirt

von Defregger A. V. Hütte

sucht mit seinem Team Winterarbeit als Holzarbeiter im Wald im Raume Süddeutschland oder Vorarlberg. Anfragen sind zu richten an: Peter Klaunzer, Edenweg 7, 9971 Matrei/Ost-Tirol, Tel. 0 48 75 / 6 11 10.

Betriebswirtin
Drogistin/Kosmetikerin

37 J., sucht zum 1. 1. 87 interessante Stellung im chem.-/pharm. Bereich, Ein- od. Verkauf bevorzugt.

Zuschr. erb. u. P 4973 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ich bin es leid

ständig bei Bewerbungen zu hören, ich sei überqualifiziert.

Mein Beruf:
Staatl. gepr. Betriebswirtin und Industriekaufmann

Meine Kenntnisse: Gesamte Administration, Einkauf, Verkauf, Personalwesen, EDV, Englisch sowie alle Arbeiten in einem Chefsekretariat. Daß ich unternehmerisch denke, versteht sich von selbst.

Ihr Angebot erbitte ich unter U 4977 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Wir sind eine erfolgreiche, durch seriöse Leistung bundesweit anerkannte Personalberatungsgesellschaft. Zur Erweiterung unserer Beratungskapazität bieten wir

selbständigen

Personalberatern

eine zukunftsorientierte und erfolgreiche Kooperation. Mit dem Einsatz unserer Leistungsprogramme auf dem Gebiet der Personalentwicklung erzielen Sie bei gutem persönlichen Einsatz ca. DM 200 000,- pro Jahr. Ein Kapitalnachweis in Höhe von DM 80 000,- ist erforderlich. Wir sind nur an einer Kooperation mit erfahrenen Personalfachleuten/Personalleitern interessiert, die ihren zukünftigen Markt kennen.

Wenn Sie wirklich interessiert sind, schreiben Sie uns unter N 4994 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kooperation Irak

Einem Partner aus den Bereichen Fahrzeugbau/Instandhaltung/Stahlbau bieten wir die Teilnahme an einem großen und langfristigen Geschäft mit gesicherter Finanzierung. Unsere Stärken: beste „Drähte nach oben", Techniker vor Ort, gewachsenes Know-how im Korrosionsschutz.

Zuschriften unter W 5001 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---



Lebensexistenz mit außergewöhnlichen Perspektiven

In den nächsten Wochen und Monaten konstituieren sich bundesweit die APEX-GmbH als Basisgesellschaft mit hochinteressanten Programmen, die Bundesarbeitsgemeinschaft Energieberatung e. V. sowie die Stiftung Haus und Umwelt.

Mit der Koordination profitabler, sich ergänzender Geschäfts- und Dienstleistungsbereiche, teilw. konkurrenzlos und auf gesetzl. Grundlagen beruhend, von umweltrelevanter u. marktpolitischer Bedeutung, erlangen Sie eine langfristig erfolgreiche, ausgesprochen exklusive und nicht alltägliche Existenz.

Eine wirklich einmalige Chance für den jungen Mann, der bereit ist, jetzt die Prioritäten für Jahrzehnte des unternehmerischen Erfolges zu setzen. Einstieg und erste detaill. Kenntnisse während einer nebenberufl. Phase.

Interessenten wenden sich bitte u. M 4993 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Ihr Büro in der SCHWEIZ

Übernahme von Postweiterleitungs- und Büro-Serviceauftrag, evtl. Agentur.

ITC, Kramgasse 41
CH-3011 Bern

Mittelständischer Verband

vergibt selbständige Existenzen durch Übernahme/Aufbau eines Bezirksverbandes.

Kapitaleinsatz DM 6000,–.

Bewerbungen bitte unter A 4885 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Armaturen-Vertriebsgesellschaft

mit Schwerpunkt Wasser und Druckluft sucht zur Sortimentserweiterung zusätzliche Produkte für den Export, Techn. Großhandel und Baumaschinenvertrieb.

Zuschr. unt. U 4955 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Nur Erfolg zählt!

Spezial-Ermittler übernimmt schwierigste Aufgaben im In- und Ausland. Nachweisliche Erfolge. Langjährige Erfahrung.

Ang. u. A 5115 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Für unsere ausländischen Kunden suchen wir selbständige

Handelsvertreter

die für Food u. Nonfood gute Kontakte zu

Kaufhäusern und Handelsketten

haben. Über unsere Auslandsbeziehungen können wir Ihnen auch Vertretungen aus anderen Branchen anbieten.

Zuschriften unter K 4485 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bestehende Vertriebsorganisation

mit 2000 festen Kunden im gesamten norddeutschen Raum, 8 Mitarbeiter, sucht Vertriebsprodukte im Bereich Industrie/Chemie.

Zuschr. erb. unter C 4985 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dienstleistungsunternehmen sucht

Repräsentanten

mit guten Verbindungen zu Werbeagenturen, Druckereien, Versicherungen, Handel, Industrie und Behörden (Provision + Kostenvergütung).

Unsere Agentur beachtet Sperrvermerke.

Bitte senden Sie Ihre Zuschrift an:
I. R. SASS VERLAG + WERBESERVICE
Am Eisernen Schlag 75, 6000 Frankfurt/M 50.

Wollen Sie mit uns erfolgreich sein?

Weil der Markt unser Produkt fordert, werden Sie im Franchising unser

Repräsentant

und verkaufen unser zukunftsorientiertes Produkt mit ca. 100% Spanne Jahresverdienstmöglichkeit ab 150 TDM. Aber daran knüpfen sich Bedingungen.

Ein starkes Produkt sucht Partner über Agentur



Ihr Repräsentant in Hamburg und London

Unternehmensberater, 45 J., verhandlungssicher in Englisch und Französisch, Rechts- und Steuerkenntnisse, Managementerfahrung, seit Jahren für Mittelstandsunternehmen auf Geschäftsleitungsebene international tätig, vertritt Ihre Interessen in Norddeutschland *und Großbritannien. Gedacht ist an die zuverlässige Erledigung* vertraulicher Vorgänge – keine Handelsvertretung.

Zuschriften erbeten unter H 4990 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebspartner in Düsseldorf

Wir sind ein in D'dorf etabliertes Unternehmen, daß sich mit dem Vertrieb von Spezialbaustoffen u. Bauteilen befaßt. Eine Bau- bzw. Montageabteilung ist angegliedert. Zur Abrundung unserer Vertriebspalette suchen wir Verbindung zu Unternehmen, die ihre Interessen im Raum D'dorf gut vertreten wissen möchten. Repräsentative Büroräume, ausreichende Lagerungsmöglichkeiten und Fuhrpark sind vorhanden.

Zuschr. unt. H 5056 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

USA-Versandhandel

Wir suchen Artikel/Vertretung für den US-Markt.

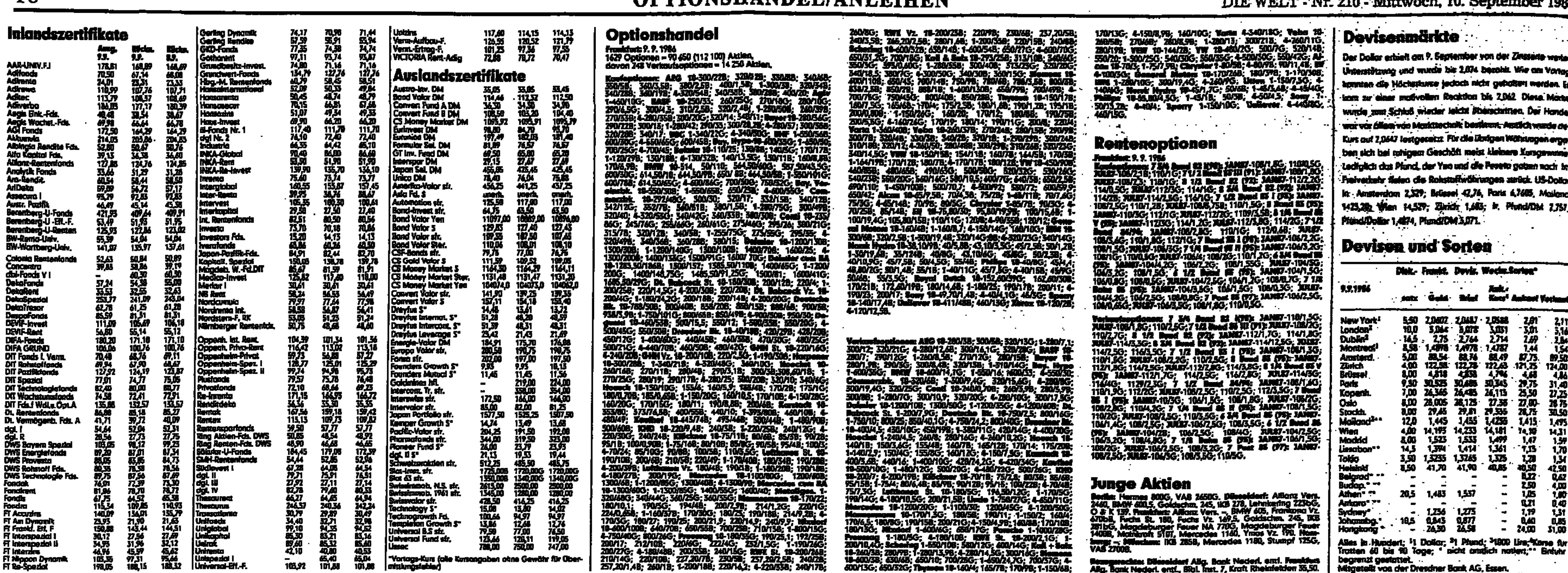
VAC International Trade Inc.
P. O. Box 42 21
Laguna Beach/CA 92 652
Vorab-Info: BRD Tel. 0 40 / 43 58 04

Metallverarbeitender Betrieb

sucht Montageaufträge, Wartung od. Service von Armaturen, Automaten, Kassen o. ä. Maschinenbaumonteure frei (auch auswärts).

Thies Glapiak
Bahnhofstr. 59, 2167 Himmelpforten, Tel. 0 41 44 / 43 59





Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

Rentenoptionen

Junge Aktien

Devisenmärkte

Devisen und Sorten

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ökologische Zahlenspiele

„Das ökologische Milliardending": WELT vom 29. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

um es vorweg zu sagen: Ein Naturwissenschaftler, der seine Erkenntnisse aus den Ergebnissen von Volksbefragungen ableitete, würde von seinen Kollegen der Scharlatanerie bezichtigt; als Geisteswissenschaftler hat Herr Wicke derlei wohl weniger zu besorgen.

Die OECD schätzt (!) die anthropogenen Umweltschäden auf drei bis fünf Prozent des Bruttosozialprodukts; die im ersten Satz des Beitrages von Herrn Wicke postulierten „mindestens 100 Milliarden Mark" (pro Jahr) ermäßigten sich damit – für 1984 – bereits auf die Hälfte des genannten Betrages.

Die angeführten „Tschernobyl-Vermeidungskosten" gehören, wie bereits die Bezeichnung verrät, auf die andere Seite der Bilanz, nämlich in die Spalte „Umweltschutzkosten", und nicht in die Spalte „Schadenskosten". *Die gleiche Aussage gilt für* Bodensanierungskosten: Hier wäre der durch Bodenverunreinigung tatsächlich entstandene Schaden anzugeben.

Während die genannten 80 Milliarden Mark „für Maßnahmen zur Entgiftung unserer Kraftwerke und Autos und weitere Luftreinhaltemaßnahmen" offensichtlich Investitionen (der Kostenbetrag wäre weitaus höher) darstellen, werden sie zur Ermittlung des Nutzen-Kosten-Verhältnisses mit kumulierten Jahreskosten verglichen. Hier werden also Äpfel mit Birnen verglichen!

Wer von der Weckung „marktwirtschaftlichen Eigeninteresses" zum Beispiel der Wirtschaft spricht, sollte auch sagen, daß die hierzu in der Regel erforderliche Einführung eines Abgabensystems das genaue Gegenteil einer freien Marktwirtschaft, nämlich Interventionismus als Komponente der Planwirtschaft, darstellt. Er sollte ferner nicht verschweigen, daß auf dem Markt befindliche Produkte verteuert werden und damit eine Konjunkturabschwächung induziert wird.

Auch bezüglich der neuen Arbeitsplätze in der „Umweltschutzindustrie und an anderen Stellen" wird nur eine Seite der Medaille betrachtet: Die hier gewinnbaren Arbeitsplätze müssen saldiert werden mit den mittel- bis langfristig infolge massiver Produktverteuerungen (Beispiel: elektrischer Strom aus Kohlekraftwerken) verlorengehenden Plätzen. Das Ergebnis sähe wahrlich anders aus.

Abschließend möchte ich anmerken, daß die deutsche Wirtschaft bereits heute zwischen 3 und 15 Prozent ihrer gesamten Kosten für Umweltschutzzwecke aufwendet und damit innerhalb Europas mit Abstand an der Spitze steht.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Cremer, Gladbeck

„Versöhnung"

„Polen und die Verantwortung der Katholiken"; WELT vom 25. August

Für Ihren aufschlußreichen Artikel ist Ihnen sehr zu danken. Sie haben die prekäre Situation unserer vom Versöhnungswunsch geleiteten deutschen Bischöfe treffend geschildert.

Für uns wirkt es nahezu peinlich, wenn ein ganzes Aufgebot deutscher Bischöfe wiederum nach Polen fliegt (die Reise wird als „Pilgerreise" deklariert) und dort „Versöhnung" beschwört – und auf ablehnendes Schweigen stößt.

Denn: „Versöhnung" auf polnisch heißt schlicht: deutscher Verzicht auf unsere Ostgebiete. Das polnischerseits beharrlich vorgebrachte Ansinnen, ein „klares Wort zur Grenzfrage" zu sprechen, können unsere deutschen Gesprächspartner gar nicht erfüllen. Auch eine ganze Schar von Bischöfen kann dies nicht; sie stehen daher mit ihrem frommen Versöhnungswunsch vor einer Mauer!

Die polnischen Bischöfe hatten zwar in jenem denkwürdigen deutsch-polnischen Bischofsbriefwechsel geschrieben: „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung" (wofür sie seitens der polnischen Regierung schwer getadelt wurden). Gleichzeitig haben sie jedoch die Oder-Neiße-Linie als „Polnische Westgrenze" bezeichnet. Unsere deutschen Bischöfe sind der polnischen Auffassung leider nicht entgegengetreten.

Christa Thoma, Oberschlesierin, Gundelfingen

Wann ist das Boot voll?

Das „Boot" ist schon seit langem „voll". Wenn wir dennoch nach Art. 16 GG politische Flüchtlinge auch weiterhin aufnehmen wollen, bedarf es eines strengen Maßstabes bei der Überprüfung der Anträge.

Sollte der Andrang weiterer echter politischer Flüchtlinge sich erheblich verstärken, müßten auch Teile der weder durch EG-Zugehörigkeit noch andere Gründe geschützten Ausländerbevölkerung das Land verlassen. Das wäre natürlich nicht erforderlich, wenn Millionen meiner ost- und sudetendeutschen Landsleute, also auch ich, in eine wieder freie Heimat zurückkehren könnten.

Wenn heute etwa 80 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung gegen den Daueraufenthalt von vielen Millionen Ausländern sind, dann bewegt sie lediglich tiefe Sorge um die Zukunftssicherung der eigenen Staatsbürger. Politiker und Journalisten, die das „Ausländerfeindlichkeit" nennen, verleumden unser Volk und handeln verantwortungslos!

Hansheinrich Darsow, Itzehoe

*

Ob für den Einwanderungsstopp eine Grundgesetzänderung notwendig ist, sei dahingestellt. Viel wichtiger ist, daß innerhalb von sechs Monaten rechtsgültig entschieden wird, ob ein Anspruch auf politisches Asyl besteht. Gegen diese letztinstanzliche Entscheidung sollte es ein Einspruchs- oder Berufungsrecht nicht geben. Wer abgelehnt ist, sollte in Abschiebehaft genommen und dann innerhalb kürzester Frist abgeschoben werden. Die schnelle Rückkehr ins Heimatland ist die beste Abwehrwerbung für weitere Reiselustige. Den Ländern, aus denen Asylbewerber in größerer Anzahl kommen, sollten die anfallenden Kosten von der Entwicklungshilfe- bzw. Wirtschaftshilfe abgezogen werden.

Und was letztendlich die Frage betrifft, inwieweit und ob sich das Asylantenproblem für den Wahlkampf eignet, dies entscheiden nicht Politiker, sondern die mündigen Wahlbürger, die sich im übrigen das Recht nehmen, jedes Thema, das politische Relevanz hat, zum Wahlkampfthema zu machen, wenn sie dies für richtig halten.

Ulrich Wolfgang, Asperg

Die Schuldigen

„Nitratarm nur gegen ‚cash'?"; WELT vom 21. August

Minister Görlach benennt die Bauern als Verursacher der Grundwasserverschmutzung *und läßt andere* Grundwasserverschmutzer leider unerwähnt.

Zuerst muß da der exorbitante Luxusverbrauch von Wasser genannt werden, das durch einen entsprechenden Pumpensog gefördert, eine normale natürliche Versickerung des Niederschlagswassers nicht mehr zuläßt und damit eine ausreichende Regeneration durch das Bodenfilter mit seinen chemischen, physikalischen und biologischen Wirkungskomponenten unmöglich macht. Sodann bringt die verschmutzte Luft ungesteuert und unkontrolliert das Jahr über 40 kg Nitrat pro Hektar, auch zu Zeiten und auf Flächen, wo keine entsprechende Vegetation den Eintrag in das Grundwasser verhindern kann.

Als Hauptverursacher müssen nun noch die „Schreibtischtäter" genannt werden, die Regierenden mit dem ganzen Ausführungsapparat, von Wissenschaft angefangen bis herab zu dem Berater vor Ort, um den Rahmenbedingungen „Wachsen oder Weichen" gerecht zu werden.

Ist es bei dieser Sachlage nicht höchst pervers, die Bauern allein mit den Reparaturkosten belasten zu wollen?

Rudolf Böhm, Loxstedt-Dünenfähr

Wort des Tages

„Mit einer sehr lauten Stimme im Halse ist man fast außerstande, feine Sachen zu denken."

Friedrich Nietzsche, deutscher Philosoph (1844–1900)

Personen

DIPLOMATIE

Kuba hat als neuen Botschafter **Raul Barzaga Navas** nach Bonn geschickt. Der Diplomat **Fidel Castros** hatte zunächst nach seinen Diplomen für „Öffentliche Verwaltung" und „Diplomatie" an der Universität von Havana seine Karriere als Mitarbeiter im Nationalkomitee der Kommunistischen Jugend-Union gestartet. Seit 1967 gehört er dem Außenministerium an. Er war Referatsleiter in der Abteilung „Sozialistische Staaten" im Außenministerium Havana, 1975 dann Botschafter in Kambodscha und 1978 Botschafter in Algerien. Weitere Agréments für den Maghreb und schwarzafrikanische Staaten übernahm er ab 1980: als Botschafter in Tunesien, Mauretanien, Niger. 1983 wurde er Unterabteilungsleiter für Schwarzafrika im Außenministerium, 1984 zusätzlich Abteilungsleiter für Nordafrika und Mittlerer Osten.

UNIVERSITÄT

Dr. **Joachim Bohnert** hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Strafrecht und Strafprozeßrecht an der Freien Universität Berlin erhalten und angenommen. Seit 1982 war er Professor für Strafrecht an der Universität Konstanz. Derzeit arbeitet Professor Bohnert unter anderem an einem Großkommentar zum Ordnungswidrigkeitenrecht mit.

GEBURTSTAGE

Im dreizehnten Stock des Hamburger Axel Springer-Hauses hat der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens, **Peter Tamm**, das langjährige Mitglied der Geschäftsführung, **Rolf von Bargen**, als einen „Mann der ersten Stunde" gewürdigt. Auf einem Empfang aus Anlaß seines 65. Geburtstages, zu dem von Bargen zahlreiche prominente Gäste begrüßte, wies Tamm auf das jahrzehntelange Engagement von Bargens für das Haus und insbesondere für dessen größtes Objekt, die Bild-Zeitung, hin. Der Vorstandsvorsitzende hob in seiner Laudatio, die gleichermaßen Rolf von Bargens Ehefrau **Gerda** galt, das Pflichtgefühl seines langjährigen Weggefährten hervor, der seine Berufsauffassung einmal so definierte: „Als ehemaliger Marineoffizier wußte ich, daß auch eine Zeitung nur mit einer disziplinierten Crew, die sich für alles verantwortlich fühlt, erfolgreich gemacht werden kann." Unter den Gästen waren unter anderem Springer-Aufsichtsratvorsitzender Professor **Bernhard Servatius**, Box-Idol **Max Schmeling**, Bestseller-Autor **Paul Schmidt-Carell** und Verleger **John Jahr jr.**

*

Von Schneverdingen in der Heide bis zum Schwarzwald hat die Gründerin und frühere Vorsitzende des



Hanna Brauweiler

Verwaltungsrates des „Deutschen Erholungswerks e. V.", **Hanna Brauweiler**, seit 1958 sechs Familien-Feriendörfer geschaffen. In 312 Häusern fanden bis heute 70 000 Familien preisgünstig Unterkunft. Hanna Brauweiler feiert am Freitag in Hamburg ihren 90. Geburtstag. Sie studierte Türkisch, Arabisch, Russisch und Italienisch und wurde Journalistin. In den 40er und 50er Jahren leitete sie das Norddeutsche Büro des Christlichen Nachrichtendienstes. Sie war es, die die ersten internationalen Journalistinnentreffen in der Bundesrepublik Deutschland organisierte. Seit 1953 ist sie Mitglied der CDU, zog in Hamburg in die Bürgerschaft ein, der sie bis 1970 als Präsidiumsmitglied angehörte.

VERANSTALTUNG

148 Millionen Mark soll das neue Bonner Verkehrsministerium kosten, für das Minister **Werner Dollinger** morgen den Grundstein legt. Der Großbau soll neben einem noch größeren Nachbarn stehen, dem inzwischen fast fertiggestellten gigantisch sich ausbreitenden Ministerium für das Post- und Fernmeldewesen, auf der Grenze zwischen Bonn und Bad Godesberg. Das Münchner Büro **Deiß/Bargou** soll das neue Verkehrsministerium bauen. Neben den Reden der Bonner Politprominenz, unter ihnen Bauminister **Oscar Schneider**, soll die Gästeschar mit Musik, Bier und Erbsensuppe erfreut werden.

*

Jürgen Chrobog, Sprecher von Außenminister **Hans-Dietrich Genscher**, und sein Stellvertreter **Reinhard Bettzuege** sowie die Mitarbeiter im Pressereferat des Auswärtigen Amtes haben ihr diesjähriges Sommerfest aufs Trockene verlegt: Anstelle der sonst üblichen Bootsfahrt auf dem Rhein bitten sie am 19. September in das „Kleine Gästehaus" auf dem Bonner Venusberg. Der Kiefernweg 12 ist ein Haus mit Geschichte. Bewohnt wurde das Gebäude bereits von dem ehemaligen Außenminister Heinrich von Brentano. Als „Brandt-Villa" wurde es später berühmt. Genscher, der in Pech wohnt, nutzt das Haus für Empfänge. Die Attraktion: der deutsche EG-Botschafter **Werner Ungerer** kommt nach Bonn und wird „Ungerer-Kompositionen" auf dem Klavier zaubern.



HANDBALL / Heute startet die Bundesliga-Saison mit dem Spitzenspiel Schwabing – Gummersbach

● Mit dem vorgezogenen Spiel MTSV Schwabing – VfL Gummersbach beginnt schon heute die neue Saison der Handball-Bundesliga. Gleich vor dem ersten Spiel gab es schon den ersten Ärger: Gummersbach fühlt sich durch die von Schwabing geforderte Vorverlegung benachteiligt, weil Torjäger Rüdiger Netzel noch bis zum 14. September gesperrt ist. Auch der Isländer Kristjan Arason kann noch nicht eingesetzt werden.

● Die große Zeit der Handball-Dörfer geht allmählich zu Ende. Zwar haben mit dem VfL Hameln und dem TuS Schutterwald noch zwei Provinz-Klubs den Aufstieg geschafft, doch sie werden schon zu den Abstiegskandidaten gezählt. Dagegen wird der dritte Aufsteiger, der Münchener Klub TSV Milbertshofen, sogar als Geheimtip gehandelt. Zu den Favoriten zählt wieder der amtierende Meister TuSEM Essen.

Die Welt der Handball-Dörfer ist längst nicht mehr in Ordnung: Das Geld hat sie verändert

ULLA HOLTHOFF, Bonn

Nach außen hin schien die Welt noch in Ordnung, als der TuS Schutterwald Anfang Juni den Aufstieg in die Handball-Bundesliga geschafft hatte. Trainer Armin Emrich wurde von seinen Spielern fast erdrückt und die 6000 Einwohner des Schwarzwald-Dörfchens Schutterwald machten die Nacht zum Tag. Mit 22:21 war von Bayer Dormagen zum Verbleib in der zweiten Liga gezwungen worden.

Statt dessen wird der Provinzklub TuS Schutterwald künftig in der Elite-Klasse vertreten sein. Er wird dort eine Tradition fortsetzen, die seit Einführung des Hallenhandballs zu einem Markenzeichen geworden ist und die von Experten stets so beschrieben wurde: „Handball gedeiht am besten in der Provinz." Gummersbach, Nettelstedt, Dankersen, Hofweier, Günzburg, Weiche-Handewitt, Bergkamen oder Göppingen – das sind prominente Vorbilder.

Doch die Welt der Handball-Dörfer ist längst nicht mehr in Ordnung. In ihrem Kampf gegen die starke Konkurrenz aus München, Berlin, Essen, Dortmund, Kiel und Düsseldorf müssen sie immer häufiger Niederlagen einstecken. Noch vor drei Jahren spielten nur drei Großstadtklubs in der Bundesliga, jetzt sind es bereits sechs. Und erstmals kam im vergangenen Jahr mit TuSEM Essen der deutsche Meister aus einer Großstadt.

Der Trend hält an. Obwohl mit dem TuS Schutterwald und dem VfL Hameln auch in dieser Saison noch zwei der drei Aufsteiger aus der sogenannten Provinz kommen. „Über kurz oder lang aber werden die kleinen Vereine keine Chance mehr haben, gegen die Großstädte zu bestehen," sagt Alfons Quarti (46). Seit zwölf Jahren ist er Handball-Abteilungsleiter im TuS Schutterwald. In den letzten fünf Jahren hatte er wöchentlich rund 15 Arbeitsstunden investiert, um seinen Traum vom Bundesliga-Aufstieg zu verwirklichen.

Doch dem Erfolg folgte die rasche Ernüchterung. „Den kleinen Vereinen fehlt einfach das Geld," sagt Quarti. Auf der Suche nach neuen Spielern hat er die Erfahrung gemacht, „daß kleine Vereine einfach nicht genug Geld haben, um starke Spieler verpflichten zu können."

Kein Wort von Zusammengehörigkeitsgefühl und familiärer Atmosphäre, die einst von Funktionären aus Provinzklubs so gern zur Erklärung der eigenen Stärke zitiert wurden. Das war einmal. Das Geld hat auch die Handball-Dörfer verändert. Wo sie einst aus Not gemeinsame Sache machten, da zerfleischen sie sich heute gegenseitig.

Alfons Quarti und seine Familie haben es erlebt. Jahrelang stand ihr Name stellvertrend für den TuS Schutterwald. Vater Alfons war Leiter der Handball-Abteilung, Sohn Peter als Nationalspieler gar der Stolz der Gemeinde, *Tochter Michaela erledigte* als Pressewartin und Schriftführerin den Papierkram und die Öffentlichkeitsarbeit, und Mutter Irene sorgte mit dem Verkauf von Bier und Würstchen für die Aufbesserung der Vereinskasse. Die Quartis waren eine angesehene Familie in Schutterwald.

Bis zu jenem Tag, an dem der Wechsel von Peter Quarti zum deutschen Meister TuSEM Essen bekannt wurde. „Da gab es einen großen Knatsch," sagt Alfons Quarti. „Von allen Seiten wurden wir beschimpft. Dabei war zu dem Zeitpunkt, als der Peter sich entscheiden mußte, doch noch gar nicht klar, daß wir den Aufstieg schaffen würden. Und er wollte so gern in der Bundesliga spielen."

Für die sportliche Entwicklung war ein Wechsel in die Bundesliga sogar unerläßlich. Peter Quarti hatte mit seinem Wechsel nur die Forderung von Bundestrainer Simon Schobel erfüllt: Nationalspieler gehören in die Bundesliga. Doch die Schutterwalder waren böse. Da hatte es endlich einer aus ihren Reihen geschafft, war mit 17 Jahren schon hinter Erhard Wunderlich der zweitbeste Torjäger der Zweiten Liga gewesen, wenig später sogar Nationalspieler.

In einer kleinen Gemeinde wie Schutterwald macht das keiner für sich allein. Da haben alle Einwohner Anteil an dem Erfolg. Schließlich war er ihr „Peterle", dessen Entwicklung sie von Kindesbeinen verfolgt hatten. Und als er es geschafft hatte, hat er sie *im Stich gelassen. „Das haben sie ihm* noch nicht verziehen," sagt Vater Alfons. In seiner ersten Enttäuschung hat er sein Amt niedergelegt, Frau und Tochter haben ihr Engagement für den Klub ebenfalls beendet. Alfons Quarti ließ sich aber überreden, doch weiterzumachen.

Sohn Peter ist „froh, daß ich da erst mal weg bin und etwas Abstand gewinnen konnte. Ob ich mich da überhaupt noch sehen lassen kann, werde ich übernächsten Sonntag sehen. Dann müssen wir mit Essen in Schutterwald spielen." Der große Ärger, den sein Wechsel ausgelöst hat, hat ihn nachträglich in seinem Entschluß bestärkt. „Hier in Essen wird viel profihafter gearbeitet. Da hätte ein Wechsel nicht so viel Wirbel ausgelöst."

Was professionelles Handeln in der Handball-Bundesliga inzwischen bedeutet, zeigt der Fall des isländischen Nationalspielers Kristjan Arason. Sein ehemaliger Verein, Aufsteiger VfL Hameln forderte vom VfL Gummersbach eine Ablösesumme in sechsstelliger Höhe und verweigerte die Freigabe, weil Gummersbach nur maximal 20 000 Mark zahlen wollte. Nun ist Arason bis zum 7. Dezember gesperrt. Auch davon ließen sich die Verantwortlichen in Gummersbach nicht beeindrucken. Statt im Verhandlungspoker nachzugeben, entschieden sie sich für eine fast ebenso kostspielige Lösung: Bis zum Ablauf der Sperre Arasons wird der nach Dänemark zurückgekehrte Torjäger Erik-Veje Rasmussen für jedes Punktspiel eingeflogen.

SCHACH / Weltmeister baute nach der 14. Partie seine Führung aus: 8:6

War der Erfolg von Garri Kasparow über Karpow schon eine Vorentscheidung?

LUDEK PACHMANN, Bonn

Schach-Weltmeister Garri Kasparow hat in Leningrad die nach dem 40. Zug unterbrochene 14. Partie der Schach-WM gewonnen. Herausforderer Karpow gab gestern mittag auf. Kasparow führt nun mit 8:6 und benötigt noch vier Punkte zur Titelverteidigung.

Im Endspiel hätte Kasparow einen Bauern erobert, für den Karpow keinen ausreichenden Ersatz erhalten hätte. Kasparow kehrte in dieser Partie zum Eröffnungszug 1.e2-e4 zurück und sein Gegner verzichtete auf die von ihm in der sechsten Runde gewählte Russische Partie – zu seinem Nachteil.

Die Notation (Spanische Partie, Weiß Kasparow): **1.e4 e5, 2.Sf3 Sc6, 3.Lb5 a6, 4.La4 Sf6, 5.0-0 Le7, 6.Te1 b5, 7.Lb3 d6, 8.c3 0-0, 9.h3 Lb7,**

Diesen gegenwärtig sehr beliebten Verteidigungsaufbau spielte Karpow in allen seinen mit Spanisch eröffneten Partien der letzten Zeit. Schon deshalb konnte sich Kasparow darauf voll einstellen – und seine Vorbereitung wird Erfolg haben:

10.d4 Te8, 11.Sbd2 Lf8, 12.a4 h6,

In der 46. Partie des ersten (unbeendeten) Wettkampfes setzte Karpow mit Dd7 fort. Jetzt verhindert er jeden möglichen Vorstoß Sg5 und bereitet die Öffnung des Spiels im Zentrum vor.

13.Lc2 exd,

In der Partie Saitzew–Torre in Baku 1980 spielte Schwarz Sb8, 14.Sh4 Sbd7, 15.Sf5 g6, 16.Sg3 c5, 17.d5 und Weiß stand etwas besser.

14.cxd Sb4, 15.Lb1 c5, 16.d5 Sd7, 17.Ta3! ...

Von hier aus kann der Turm nach einem Zug des Sf3 leicht zum Angriff gegen den schwarzen Königsflügel gebracht werden. Deshalb muß Schwarz etwas auf dem Damenflügel unternehmen. Die in ähnlichen Positionen übliche Methode ist bxa4 nebst a5. Karpow setzt originell fort:



Vor erfolgreicher Titelverteidigung: Garri Kasparow FOTO: WEREK

17. ... c4!?, 18.axb axb, 19.Sd4! ...

Das ist der Nachteil des 17. Zuges von Schwarz: Der weiße Springer gelangte in eine dominierende Stellung, kann von f5 am Rochade-Angriff teilnehmen und eventuell auch auf c6 eindringen. Schwarz sollte jetzt meines Erachtens mit Db6 fortsetzen. Der Abtausch auf a3 wird bald zu Komplikationen für ihn führen.

19. ... Txa3!?, 20.bxa Sd3, 21.Lxd3 cxd, 22.Lb2! ...

Viel besser als 22.Sxb5 Db6 nebst La6. Dann wäre der schwarze d3 stark.

22. ... Da5, 23.Sf5 Se5, 24.Lxe5! ...

Ein ausgezeichneter Zug: Weiß überläßt dem Gegner das Läuferpaar, was im Kampf gegen zwei Springer gewöhnlich vorteilhaft ist. Hier werden jedoch weiße Springer außerordentlich aktiv sein. Falls 24. ... Txe5, so folgt 25.Sf3 Te8, 26.Dxd3 mit Bauerngewinn.

24. ... dxe5, 25.Sb3 Db6,

Nach Dxa3, 26.Dxd3 db4 (Da6, 27.d6), 27.Tb1! wäre der Bauer b5 schwach: Dc4 verliert wegen 28.Dxc4 bxc4, 29.Sa5 La6, 30.Tb6 einen Bauern.

26.Dxd3 Ta8,

Nach 26. ... Lxa3 folgt stark 27.d6! mit der Drohung 28.Dg3. Aber sofort 26. ... g6 wäre meiner Ansicht nach besser gewesen.

27.Tc1! g6,

Falls 27. ... Lxa3, so folgt 28.Dg3 *Df6, 29.Tc7 und so weiter.*

28.Se3 Lxa3!,

Nach 28. ... Txa3 wäre 29.Sg4 Lg7, 30.d6! unangenehm für Schwarz.

29.Ta1 Ta4,

Warum spielte hier Schwarz auf Vereinfachung mit 29. ... Ld6 ? Offenbar hatte er nach 30.Txa8+ Lxa8 den Vorstoß 31.Sg4 befürchtet. Zum Beispiel 31. ... h5, 32.Sf6+ Kh8, 33.Dd2 oder 31. ... Kg7, 32.Dd2 g5, 33.Se3 und so weiter.

30.Sg4 Lf8, 31.Tc1 Dd6,

Völlig unerwartet ist Schwarz in große Schwierigkeiten geraten. Falls 31. ... f6, so wäre 32.De3! Dxe3, 33.fxe3! sehr stark. Es droht nämlich gleichzeitig 34.Sxf6+ und 34.Tc7.

32.Se5! ...

Viel stärker als 32.Dxb5? Txe4, 33.Dxb7 Tb4. Da nun 32. ... Ta7, 33.Dxb5 ohne jeden Ersatz einen Bauern kostet, ist eine Abwicklung in ein für Weiß vorteilhaftes Endspiel erzwungen.

32. ... Tc4, 33.Txc4 bxc4, 34.Sxb7 cxd3, 35.Sxd6 Lxd6, 36.Kf1! ...

Eine wahre Kuriosität. Zum zweiten Mal in dieser Partie erhielt Schwarz durch Abtausch von Figuren einen Freibauern auf b3 – und zum zweiten Mal ist dieser Bauer sein Sorgenkind. Kasparow verzichtete mit Recht auf sofortigen Bauerngewinn: 36.Sxh6+? Kg7, 37.Sg4 f5 hätte seinen Vorteil verspielt.

36. ... Kg7, 37.f3 f5, 38.Sf2 d2, 39.Ke2 Lb4, 40.Sd3 Lc3.

Hier wurde die Partie am Montag abgebrochen. Weiß konnte mit 41.Sc5 Kf6, 42.Sb3 den Bauern d2 gewinnen, und das Gegenspiel von Schwarz wäre unzureichend gewesen: 42. ... Kg5, 43.Sxd2 Kf4 44.d6 und so weiter.

NACHRICHTEN

Zwei Wochen für Reekers

Bochum (sid) – Rob Reekers vom Fußball-Bundesligaklub VfL Bochum ist vom Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) wegen Unsportlichkeit im Spiel gegen Kaiserslautern mit einer zweiwöchigen Sperre belegt worden.

Krautzun zu Darmstadt 98

Darmstadt (sid) – Eckhard Krautzun wird neuer Trainer beim Fußball-Zweitligaklub Darmstadt 98. Er tritt damit die Nachfolge an von Udo Klug, der zum Bundesliga-Aufsteiger Homburg gewechselt war.

Becker auf Platz zwei

Hamburg (dpa) – Nach den US-Meisterschaften in Flushing Meadow nimmt Wimbledonsieger Boris Bekker (Leimen) hinter Ivan Lendl (CSSR) den zweiten Platz in der Tennis-Weltrangliste ein. Auf Platz 20 zurückgefallen ist John McEnroe (USA). Bei den Damen blieb Steffi Graf auf dem dritten Rang.

Daviscup-Team benannt

Düsseldorf (sid) – Boris Becker, Eric Jelen, Damir Keretic und Ricki Osterthun gehören dem deutschen Daviscup-Team an, das vom 3. bis 5. Oktober in Essen gegen Ekuador das Entscheidungsspiel um den Verbleib in der Division der 16 weltbesten Teams bestreitet. Becker und Jelen bestreiten die Einzel.

ZAHLEN

VOLLEYBALL

Weltmeisterschaft der Damen in der CSSR, Zwischenrunde, Gruppe F: UdSSR – Japan 3:0, „DDR" – USA 3:2, China – Italien 3:0. – Trostrunde: Bundesrepublik Deutschland – Tunesien 3:0, Kanada – Nordkorea 0:3.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 211 640,60 Mark, 2: 151 455,00, 3: 7044,40, 4: 128,30, 5: 9,50. – **Toto:** 1: 18 865,50, 2: 425,10, 3: 29,90. – „6 aus 45": 1: unbesetzt, Jackpot: 605 962,35, 2: 22 245,90, 3: 4550,30, 4: 74,80, 5: 6,40. – **Rennquintett, Rennen A:** 1: 795,20, 2: 153,20. – **Rennen B:** 1: 374,20, 2: 94,20. (Ohne Gewähr)

NATIONALELF / Der Kölner Torwart Harald Schumacher sprach mit Beckenbauer über seine Krise

Der Kunstfehler eines Helden und seine fatalen Folgen

ULFERT SCHRÖDER, Frankfurt

Nachmittags hatte er wieder ein Erfolgserlebnis. Toni Schumacher stand in der siegreichen Mannschaft. 2:0 schlug die eine Hälfte der Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes die andere. Eine Seltenheit: kein Tor gegen Schumacher. Abends ließ sich Teamchef Franz Beckenbauer am Tisch seines Torwarts nieder. Gespräch unter vier Augen. Hinterher war Toni wohler.

Die drei Tage im Taunus, das Trainingslager mit der Fußball-Nationalelf, seinen die schönsten gewesen seit Mexiko, sagt Schumacher, „Wirklich, endlich habe ich wieder lachen und Blödsinn machen können". Das Gespräch mit Beckenbauer: Keine psychiatrische Abreibung für einen, der mit den Nerven am Ende ist. Die beiden nahmen Vergangenheit und Zukunft der Nationalmannschaft durch. Und über seinen Kummer, seine Probleme, über seine Krise? „Ich soll mich nicht verrückt machen", sagt Schumacher, habe Beckenbauer ihm geraten.

Eine Floskel. Sich nicht verrückt machen. Das pflegt man zu sagen bei diesen Gelegenheiten. Leeres Gerede. Aber nicht bei Schumacher. Auf Toni trifft der platte Spruch zu, als sei er ganz allein für ihn gemacht.

Toni macht sich verrückt. Er kam aus Mexiko. Er hatte dieses Tor noch im Kopf. Er hätte Urlaub machen sollen. Aber die Kinder hatten noch keine Ferien. „Ich saß zu Hause und schaute zu, wie meine Frau Staub saugte und Essen machte. Da habe ich gesagt: Marlis, das ist auch nicht das Wahre, und ich bin zum Training gegangen." Also hatte er zwei Jahre lang nichts anderes gesehen als den grünen Rasen, als bunte Trikots, hat nichts anderes reden hören als Fußball. „Sich nicht verrückt machen" ist da unmöglich, unmöglich für einen wie Schumacher.

Dann das erste Spiel in Bochum, sie schießen ihm den Ball durch die Beine. Das Elend fängt an, hört nicht mehr auf, und in Ludwigshafen, vor vier Tagen, tritt er vor Wut ein Loch in die Kabinentür.

Sich nicht verrückt machen? Aber Toni ist einer, der sich verrückt macht. Jeder weiß das. Deshalb, glauben sie, läuft ihm dieses Tor von Mexiko nach. Dieser Kunstfehler des Helden. „Unsinn", sagt er, „Wirklich Unsinn. Das Tor ist erledigt, verarbeitet, verabschiedet, das liegt hinter mir." Nehmen wir an, es ist wirklich so. Aber was macht ihn verrückt?

„Ich bin fit, bin voll da, das spüre ich", sagt er. Gerade hier, im Trainingslager mit den Kollegen der Nationalelf, hat er das gespürt. Der Schumacher ist nicht kaputt, nicht im Kopf, nicht im Körper.

Klar hat er Fehler gemacht. „Habe ich", sagte er. Und er kann sie alle erklären, analysieren. Er nimmt jede Szene auseinander. Du merkst: Damit hat er sich Tag und Nacht beschäftigt. Hat sich immer wieder gesagt: Fangen wir also nichmal von vorne an. Sich nicht verrückt machen ... wie soll Toni das machen? Fünf Spiele, zwölf Tore, kein Sieg.

Das *macht ihn verrückt:* Wenn er nichts tun darf, nicht reden darf, wenn er nichts einbringen darf. Gar nichts, wo er doch am liebsten mit Haut und Haaren reingehen würde in die Probleme, mitten hinein.

Sich nicht verrückt machen lassen ... wie kann das gehen? Eigentlich sollte Toni Urlaub machen, Ferien vom eigenen Ich. Nicht das Hirn martern, nicht mehr in der Psyche baggern. In den Tag hineinleben. Einfach so. Wenn er's kann, dann hilft's.

Pressekonferenz in Bonn: R. Appel beklagt die Konkurrenz der Privaten

„Sehnsucht nach der heilen Welt“

Steht der politische Fernsehjournalismus heute vor einem Scheideweg? Diese Frage, so meinte ZDF-Chefredakteur Reinhard Appel auf einer Pressekonferenz in Bonn, stelle sich angesichts der neuen Medienlandschaft, die durch das Privat-Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland entstanden sei. „Wir müssen zur Kenntnis nehmen“, sagte Appel, „daß die politischen Magazinsendungen, Reportagen und Dokumentationen in verkabelten Gebieten beträchtliche Einschaltverluste haben.“ Das gelte aber nicht für die Fernsehnachrichten. Man könne diese Entwicklung bedauern, man müsse aber die neue Fernsehlandschaft zur Kenntnis nehmen und als politischer Journalist am Fernsehen die Herausforderungen annehmen. „Wie können wir die Programme behaupten, die nicht nur von der heilen Welt künden?“, so Appel.

Man müsse in Erinnerung rufen, daß es bei der Öffnung der Medienlandschaft ja um mehr Information und Meinungsvielfalt, und daß es nicht um mehr Unterhaltung allein gehen sollte. Tatsache aber sei, daß die Unterhaltung in zunehmendem Maße die Information verdränge.

Die Antwort darauf könne nur in einer Verbesserung des Informationsprogramms, nicht aber in einer Verkürzung der „Informationssubstanz auf Häppchen“ bestehen. Es könne nicht darum gehen, Informationssendungen zu Unterhaltungssendungen auszugestalten. Aus dieser Situation habe das ZDF für die Programmgestaltung 1987 Konsequenzen gezogen. So werde die Nachrichtensendung „heute“, wie es in diesem Sommerprogramm bereits praktiziert worden ist, um fünf Minuten auf 25 Minuten verlängert. Man werde durch Sondersendungen auf aktuelle Ereignisse noch schneller reagieren. Für das Programmschema von 1988, das mit der ARD zu vereinbaren ist, strebt das ZDF eine „Stabilisierung“ seines Informationsanteils von einem Drittel am Hauptabendprogramm an.

Angestrebt wird auch, das Auslandskorrespondentennetz weiter auszubauen. Hier sollen mehr Korrespondenten auf Zeit ins Ausland geschickt werden, eine neue Institution, die sich in den letzten Jahren bewährt hat. Dies war eine Folge der zunehmenden Behinderung der Auslandsberichterstattung in weiten Teilen der Welt.

Die Zahl der Länder, aus denen noch frei berichtet werden könne, sei im letzten Jahrzehnt auf zwei Dutzend Staaten zusammengeschrumpft, erklärte Rudolf Radke, der für die Außenpolitik zuständige Hauptredakteur am ZDF. Die jungen Staaten in der Dritten Welt hätten zunehmend die Bedeutung der Medien erkannt und wollten nun sicherstellen, daß die Politik der jeweils Herrschenden „in rosigstem Licht“ ins Ausland transportiert wird. Die Methoden der Informationsbeschränkung, weniger subtil als die der kommunistischen Staaten, von wo aus eine gewisse Kontinuität der Berichterstattung noch garantiert werden könne, hängen weniger von der Art des Regimes als von der inneren Stabilität des jeweiligen Landes ab. Die Reglementierung beginne bei der Visa-Erteilung und führe zur Vor-Auswahl der genehmigten Themen, der die Zensur folge.

Und das ist das Groteske der heutigen Situation: „Das Netz der Satelliten zur Übertragung von Fernsehbildern wird immer dichter, doch die Möglichkeiten, über das Weltgeschehen zu informieren, halten damit nicht Schritt.“ schw.

KRITIK

Verquast

Vom Alltag war wenig zu sehen in der Reportage Hans Lechleitners über **Star Wars City** (ARD), obwohl gerade dies als die eigentliche Absicht des Berichts proklamiert worden war. Stattdessen servierte sie eine unausgegorene Mischung aus der bildlich unterlegten Gefühlswelt des Autors, der sich nicht damit abfinden mag, daß die USA in Colorado Springs das von der Sache her Gebotene tun. Sie bauen ein eigenes Militärkommando für die Koordinierung aller nicht-zivilen Aktivitäten im Weltraum auf. Überdies bot die Reportage ein paar für den Zuschauer nicht in einen Sinnzusammenhang stellbare Passagen über die Ausbildung der Luftwaffenoffiziere, die ebenfalls dort am Fuße der Rocky Mountains in einer übrigens herzerfrischend schönen Umgebung geschieht, und die strategische Frühwarnzentrale Norad. Ernüchtert ob der Verquastheit der Tiraden des Autors über die neue Grenze, die Amerika im Weltraum zu überwinden hofft, erfreute sich der Zuschauer bescheiden an der Erinnerung an das Bürgermeister-Verdikt, das das Journalistengerede über Star Wars City als „Quatsch“ verdammt hatte. rmc.

Niederlande: Polit-Profil statt Einschaltquoten

Einiges Ungewöhnliches haben die niederländischen Medien zu bieten: zum Beispiel die „versäulte Struktur“ des Rundfunks. In den zwanziger Jahren entstand das nach den verschiedenen Gruppen getrennte System („Säulen“, wie es die Soziologen später nannten): Katholiken, Protestanten, Sozialdemokraten und Liberale versorgten jeweils ihre eigene Klientel. Ausgewogenheit brauchte es nicht zu geben.

Heute ist die Gesellschaft im wesentlichen „entsäult“. Die konfessionellen Parteien sind zu einer christdemokratischen Partei fusioniert, auch die katholische und sozialdemokratische Presse existiert nicht mehr. Und sogar die Rundfunk-Organisationen KRO (katholisch), NCRV (protestantisch) und VARA (sozialdemokratisch) haben viel von ihrem Charakter verloren: Einschaltquoten wiegen schwerer als weltanschauliches Profil.

Aber kaum hat man sich an die „Entsäulung“ gewöhnt, da gibt es Anzeichen für eine „Wiederversäulung“: Neue Gruppen beginnen, das Radio mitzubestimmen: Sie fühlen sich nicht ausreichend repräsentiert. Muslime, Frauen, Homosexuelle und Alte fordern Sendezeit.

Die Bemühungen der islamischen Gemeinschaft passen noch am deutlichsten in das Säulen-Schema. Schließlich haben Regierungen und Parlament seit Jahren ihre Politik darauf abgestellt, daß die Niederlande ein „multi-ethisches“ Land geworden sind – es gibt fast 400 000 Muslime unterschiedlicher Nationalität. Die ersten Ansätze eines islamischen Rundfunks datieren aus dem Jahr 1979.

Es bedurfte langer Verhandlungen, bis Kulturminister Brinkman die Sendelizenz erteilte. Unter anderem wurde geklärt, ob die Dachorganisation IOS (Islamische Rundfunk-Stiftung) nicht ein Tummelplatz extremistischer Strömungen sei. Das ist nicht der Fall. Es wird nicht nur in Türkisch und Arabisch, sondern auch in Holländisch gesendet – ab Oktober. Insgesamt stehen ihr 13 Stunden Fernseh- und 52 Stunden Radiosendezeit zur Verfügung.

Das Kulturministerium erkannte den Islam als „beachtliche geistige Strömung“ an. Einen anderen Weg haben andere Gruppierungen auf ihrem Weg zu erhoffter Rundfunksendezeit beschritten. Sie haben Kampagnen gestartet, um für die „Anwärterschaft“ verlangten 60 000 Mitglieder zu werben. So begann vor eineinhalb Jahren der „Frauenrundfunk“ eine Werbekampagne. Fraueninteressen und -themen kämen bisher nicht genügend zum Ausdruck, hieß es. In Nordholland, Groningen und Den Haag sind Anwärter-Gruppen entstanden mit bisher etwa 15 000 Mitgliedern.

Auch eine Gruppe Homosexueller hat sich zusammengefunden. Ihre „Stiftung Mandat“ hat 3500 Beitragszahler. Die größte Organisation der Homosexuellen (COC) hat der Initiative aber keinen Segen erteilt; sie widersetzt sich Bestrebungen, die auf eine gesellschaftliche Isolierung hinauslaufen könnten. Immerhin hat sich COC aber zur Unterstützung der Stiftung „MSV-Medien“ entschlossen, die für verschiedene „sexuelle Minderheiten“ auf lokaler Ebene Radioprogramme produziert.

Und schließlich die Alten. 3,5 Millionen Holländer sind über 50 Jahre alt, Grund genug, die ONS (Niederländische Rundfunkvereinigung der Senioren) aus der Taufe zu heben. Vorsitzender ist Ed van Kan. Nach seinen Angaben klingelt es Sturm bei der ONS: „Alles Leute, die sich über Pop-Programme und die Hektik auf dem Bildschirm beschweren.“ Unterstützung hat die ONS schon von mehreren Organisationen alter Menschen bekommen. In zwei Jahren soll gesendet werden, man hofft auf zehn Stunden Fernseh- und 60 Stunden Radio-Zeit pro Woche.

Außer den Muslimen sind die Gruppen im historisch-soziologischen Sinne wohl kaum als Säulen zu bezeichnen: Frauen können eben auch Protestanten sein, Liberale homosexuell und Homosexuelle alt.

PAUL STOOP (epd)





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Ratgeber: Küche
10.00 heute
10.03 Die drei Schwestern
3. und 4. Akt
11.45 Umschau
12.10 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.45 Klamottenkiste
Charlie Chaplin als Landstreicher
15.00 Abenteuer heute
15.50 Tagesschau
16.00 photokina '86
Wie die Bilder fliegen lernten
16.45 Computer-Zeit
Elektronenrechner
17.15 Da schau her!
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Träume ohne Schäume
Menschen und ihre Lebensideen
Filme, Aktionen und Gespräche live aus dem alten Wartesaal in Köln
Moderation: Amelie Fried
21.45 Brennpunkt
22.30 Tagesthemen
23.00 Sport extra
Leichtathletik-Grand Prix – Finale
Ausschnitte vom selben Abend aus Rom
23.45 Einsatz in Manhattan
Ein Fall von Notwehr?
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken

ZDF

8.57 Heute im Parlament
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Urlaub auf italienisch
Familie Korn in Neapel
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.10 Lotto am Mittwoch
19.00 heute
19.30 Kino-Hitparade
Mit Sabine Sauer
Vorschau auf „Hannah und ihre Schwestern“ und „Poltergeist II“
20.15 Kennzeichen D
Laubenkolonien in Ost-Berlin
21.00 Rette mich, wer kann (2)
Die Nacht der offenen Tür
Mit Helmut Fischer
21.45 heute-journal
22.05 Testfall „Kirche“
Das Verhältnis der deutschen Katholiken zu ihrer Kirche
22.55 La Chamade – Herzklopfen
Franz.-ital. Spielfilm (1968)
Mit Cathérine Deneuve, Michel Piccoli
Regie: Alain Chevalier
0.15 heute

III.

WEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
Bürgertelefon: 02 21 / 23 64 33
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Bonn
40 Jahre Nordrhein-Westfalen
22.15 off-off
Wandern und Klettern in den Hohen Tauern. Meisterfotografen unter Wasser. Schnupperkurs für Ski-Anfänger
23.00 Dinner um acht
Amerikanischer Spielfilm (1933)
Original mit Untertiteln
0.45 Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Internationales Kochbuch
19.30 Der Bauernpräsident
Ekkehard Boesche spricht mit Constantin Freiherr Heereman
20.00 Tagesschau
20.15 Man kann ja nie wissen
Über Literatur in Niedersachsen
21.00 Offerte
21.15 Die Schrecken des Krieges
5. Die Herren Engländer
Regie: Mario Camus
22.05 Rocking Silver
23.35 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.32 Ein Platz für Tiere
19.20 Hessenschau
Ab 20.00 Uhr: wie NORD

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Simon
18.35 Matt und Jenny
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Regional
19.26 Sandmännchen
19.30 Schlaglicht
20.05 Agatha Christie: Miss Marple
Die Schattenhand (1)
Mit Joan Hickson, Andrew Bicknell, Sabina Franklyn
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Fragezeichen/Magazin
Nur für Baden-Württemberg:
21.15 Arsch hoch und auf die Beine
Sucht: Krankheit, Krise, Umkehr
Gemeinschaftsprogramm:
22.15 Der Besucher
Holländischer Spielfilm (1982)
Regie: Orlow Seunke
23.55 Nachrichten

BAYERN

18.15 Bilderbogen
18.45 Rundschau
19.00 Showgeschichten
19.45 Der Forellenhof
Der 75. Geburtstag
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
Der Daibutsu von Nara
21.50 Hollywood
Aus der Stummfilmzeit
22.40 Lese-Zeichen
23.10 Der Spanische Bürgerkrieg
5. Die zerstrittene Republik
Film von Neal Ascherson, Steve Morrison und David Hart
Deutsche Bearbeitung: Rainer Hoffmann
23.55 Rundschau

SAT 1

15.00 Marco
Anschließend: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Tarzan
Anschließend: Zaubergarten
18.00 Es darf gelacht werden
18.30 APF blick
18.45 Sport
19.45 Im Schatten des Galgens
Amerikanischer Western (1954)
Regie: Nicolas Ray
21.30 APF blick
22.15 Wunder, Mystik, Phänomene
Besessenheit und Exorzismus
22.45 Tennisschläger und Kanonen
23.35 APF blick

1 Plus

19.00 Bilder von Helden und Heiligen
Unterwegs zu Albrecht Altdorfer (1480–1538)
19.45 Follow me (25)
20.00 Tagesschau
20.15 Café Wernicke
21.05 Alle meine Tiere
21.50 Mein großer Freund Shane
Amerikanischer Spielfilm (1953)
Mit Alan Ladd, Van Heflin, Brandon de Wilde
Regie: George Stevens
Klassische Westernballade um einen geheimnisvollen Fremden, gesehen mit den glorifizierenden Augen eines Kindes
23.45 Nachrichten

3sat

18.00 Mini-ZiB
18.10 Bilder aus Deutschland
Ausflug in die Märkische Schweiz
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Land der Berge
20.30 Volksmusik aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Ein kostbares Gut geht Bach ab
Wie der Mensch mit dem Wasser umgeht
22.30 Umweltschutz
Chance für ein neues Wirtschaftswunder?
23.35 Nachrichten



RTL plus

18.15 Hits mit Witz/Regional 7
18.35 Auto-Auto
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Bergerac
Amerikanischer Spielfilm
20.20 RTL-Spiel
20.25 Filmvorschau
20.30 Die gelbe Rose lebt gefährlich
Rumänischer Spielfilm (1982)
21.15 Zeichentrick
21.20 Die gelbe Rose lebt gefährlich
22.20 RTL-Spiel
22.25 Popeye
22.30 Wer bin ich?
22.55 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wallstreet Final



Kunst vom Briefträger

no – Wer, der elterlichen Wohnung entronnen, seinen ersten Hausstand gründet, findet mitunter im Sperrmüll das ein oder andere Möbel, welches die neue Bude mehr oder weniger wohnlich machen soll. Leider sind die Zeiten endgültig vorbei, da die Bürger Krims, Krams und Krempel vergangener Dekaden unbedacht an den Straßenrand stellten: Zu häufig erlebte man es ja in den letzten Jahren, daß der Müll der frühen Jahre auf einmal wieder in Mode kam und zu horrenden Preisen gehandelt wurde. Wer weiß, wie viele da tränenden Auges die Tütenlampe auf dem Flohmarkt stehen sahen, mit stattlichem Preis ausgezeichnet, die sie Monate zuvor aus dem Keller geworfen hatten.

Um leere Räume vollzukriegen, kann man auch andere Wege beschreiten, besonders, wenn man keinen Wert auf Bett und Tisch legt. Galerien beispielsweise gehören zu dieser Spezies, denn sie wollen vor allem die Wände behängen oder Schaukästen füllen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob der Postbote heute besonders viele Säcke in den Aachener Alexianergraben tragen muß. Den Adressaten würde es freuen, denn dann hätte sein Appell Erfolg gehabt. Unter obengenannter Adresse residiert nämlich der „Neue Aachener Kunstverein", jüngster Sproß unter Deutschlands selbigen, der sich zum Einstand etwas besonders Originelles ausgedacht hat.

Um seine Leerstellen zu füllen, haben die Besitzer des frischgegründeten Kunsthauses eine „Mail-Art-Aktion" ins Leben gerufen. Alle(!) Künstler sind aufgerufen, dem Verein per Post einen besonders gestalteten Gruß zukommen zu lassen. Die kleinen Kunstwerke aus dem Postversand, so geben die Galerieeigner bekannt, sollen bis zum 10. Oktober in den Räumen des neugegründeten Vereins am Aachener Alexianergraben ausgestellt werden.

Wie dieser besonders gestaltete Gruß aussehen soll, wurde übrigens nicht mitgeteilt. Reicht da vielleicht schon eine Postkartencollage aus Zeitungsschlagzeilen, mit Honig und Butter beschmiert? Wo wir gerade von Honig und Butter sprechen: Da jeder Mensch ein Künstler ist (Beuys), könnte ich den Initiatoren doch auch einen bunten Postkartengruß vom Beethovenhaus, mit freundlichen Grüßen, schicken. Wenigstens einmal im Leben möchte ich in einer Galerie hängen. Wer weiß, ob ich sonst noch mal Gelegenheit dazu habe. Aber bei meinem gestalterischen Talent käme die Ansichtskarte wohl ohnehin nur ins Depot.

Sartres „Kean" im Berliner Renaissance-Theater

Der lüderliche Zeitgeist

Das schöne Renaissance-Theater in Berlin, unter der Leitung von Heribert Sasse für einige Jahre zu erstaunlichen Erfolgen gebracht, war wieder trübe abgesunken. Jetzt übernimmt Gerhard Klingenberg, zuvor Burgtheaterdirektor in Wien, später Herr des Schauspielhauses Zürich, die Leitung. Er will Schauspielertheater machen. Die großen Regisseure sind ohnehin rar oder völlig ausverkauft. Klingenberg setzt auf das konventionelle Spielvergnügen anhand guter, einsichtsvoller Stücke und attraktiver Spieler. Schauspielertheater.

Er beginnt seine Direktions-Ägide mit einem alten, immer wieder bewährten Kulissenreißer des alten Franzosen Dumas (Vater): „Kean". Sartre hat das ruchlos wirkungsvolle Stück für seinen Freund, Pierre Brasseur, vor mehr als 30 Jahren mit ein paar zeitgemäß existentialistischen Verschärfungen durchzogen. Er hat es geistvoller gemacht, die alte ruchlose Sache aber so schamlos effektvoll gelassen, wie sie immer war.

Edmund Kean, der große englische Schauspieler, lebt ein gespaltenes Dasein. Als Bürger gehört er den Deklassierten an, dem verachteten Stande der Mimen und Fratzenschneider. Als solcher ist er aber jeden Abend ein Publikumsheros und Kulissenkönig. Hier wird das alte Dilemma zwischen Schein und Wirklichkeit ausgehandelt, zwischen „Unordnung und Genie", wie denn der Untertitel auch treffend heißt.

Der alte Reißer tut, wie zu erwarten, seine Wirkung. Klingenberg selber führt Regie. Er hat für sein vergleichsweise armes Theater gleich zwei Handvoll wirkungsvolle Akteure gewonnen. Die Aktschlüsse krachen. Die Überraschungseffekte werden, wo sie sich ergeben, ohne falsche Rücksicht genutzt. Kleinere Rollen sind erfreulich ausgespachtelt und in den immer wieder wie rasenden Ablauf sauber eingefügt. Hin und wieder leuchten sogar kleine Ironien auf. Manche von Sartres Bedenklichkeiten bleiben sicher unberührt und werden in der Hurtigkeit des Spiels beiseite gelassen. Sicher: Altes Theater. Aber Theater von der Art, wie es die Leute in seiner rapiden Saugfähigkeit heute immer noch und immer wieder mit kindlichem Entzücken erleben wollen.

Klingenberg hat sich von Lorenzo Ghiglia vier elegant schwülstige Bühnenbilder bauen lassen im Zeitgeschmack des England unter der Herrschaft der Georgianer. Eleganter Schwulst. Drappierungen eines im Grunde lüderlichen Zeitgeistes.

Kean, das zwischen Spiel und Wirklichkeit –verfressene „Genie", spielt Matthias Habich, hager, blond, vor Talent sozusagen ständig schnaufend. Er hält das Tempo einer selbstverzehrenden Doppelnatur erstaunlich durch. Uli Maier, als seine raffiniert naive Geliebte, zeigt erstaunliches Talent. Sie bringt zuweilen sogar Humor in das alte, hastige Melodram. Gerhard Friedrich spielt mit schön aufgesetzter Arglist Keans fürstlichen Gönner und amourösen Nebenbuhler. Auch er belebt das deutliche Schmierentum dieses alten Edelreißers bedeutend. Heinz Peter Scholz stemmt, als Theaterinspizient „auf dem Theater", eine angemessene Portion von Widersinn auf die Szene.

Die Leute im Zuschauerraum bleiben fest am Ball des alten, ruchlosen Kulissenreißers. Theater (wenn in sich auch gebrochen) pur! Der Beifall klang wie erlöst.

FRIEDRICH LUFT

Blake Edwards' Film „Ärger, nichts als Ärger"

Die Zäpfchen der Mafia

Der Komödienkönig Billy Wilder hat ihn einmal als einen Kronprinzen des Genres bezeichnet, doch so ganz hat Blake Edwards diesen Ruf nie rechtfertigen können. Gewiß, da gab es geistreiche Variationen über das Thema der Midlife-Krise („Die Traumfrau"), genial verdrehte Geschlechterrollen („Victor/Victoria") und bezaubernde Flirts zwischen Komik und Melancholie („Frühstück bei Tiffany's"). Doch immer wieder mußte sich dieser amerikanische Regisseur von solcher beeindruckenden Feinarbeit zwischendurch bei vergleichsweise grobianischem Humor erholen.

Ließ er einst den unvergeßlichen Peter Sellers als vertrottelten Inspektor Clouseau von Fettnäpfchen zu Fettnäpfchen stolpern, so erweist er nun mit „Ärger, nichts als Ärger" den grandiosen Stummfilmstars der fliegenden Sahnetorten und endlosen Verfolgungsjagden seine Reverenz. Wie weiland Stan Laurel und Oliver Hardy, die hierzulande holzhammerhaft „Dick und Doof" genannt wurden, schlittern in Edwards' jüngstem Opus der ebenso untalentierte wie eitle Schmierenkomödiant Spence und der rollschuhlaufende Hamburger-Verkäufer Dennis von einem Schlamassel in den nächsten.

Zufällig haben sie von einem lahmen Klepper gehört, der per Riesenzäpfchen zum schnellen Rennpferd gedopt wird, um der Mafia astronomische Wettgewinne zu bescheren. Als stille Teilhaber glauben sie ganz gefahrlos am Geldsegen teilhaben zu können, doch schon bald heften sich zwei tumbe Killer und deren theatralisch auftrumpfender Pate an ihre Fersen.

Immerhin läßt Edwards nun die Gags um die Wette laufen, die Handlung etliche groteske Salti schlagen und die flotten Komödien mancher Kollegen geradezu elegisch wirken. Dabei erinnern die Helden dieser Hetzjagd im Zeitraffertempo nicht selten an die pfiffigen Stehaufmännchen amerikanischer Zeichentrickfilme.

Aber wie diese Cartoons oft an der Überfülle von Effekten leiden, so gleicht auch Edwards' hektischer Tribut an Hollywoods Slapstick-Tradition letztlich einem ermüdenden Trommelfeuer. Pausenlos scheinen sich hier verblüffend frische und erschreckend alte Pointen um den besten Platz im Rampenlicht zu prügeln und dabei dramaturgisches Geschick und erzählerische Ökonomie zur unwichtigen Nebensache zu degradieren. Das ist schon sehr bedauerlich, daß ein anerkannter Meister seines Faches, wie Edwards zweifellos einer ist, sich von vordergründigem Klamauk hat verführen lassen.

Auch die beiden talentierten Hauptdarsteller Ted Danson und Howie Mandel müssen bald vor dieser fragwürdigen Ideeninflation und der hoffnungslos überdrehten Temposchraube kapitulieren. Denn sie können trotz forcierter Spielfreude weder an die brillanten Duelle zwischen Stan Laurel und Oliver Hardy noch an die phantastischen Verkleidungskunststücke von Peter Sellers anknüpfen. So ist man trotz mancher komischen Volltreffer nicht einmal besonders traurig, wenn Blake Edwards seine bis zum Bersten gefüllte Kalauerkiste schon nach knapp 85 Minuten wieder zuklappt.

HARTMUT WILMES

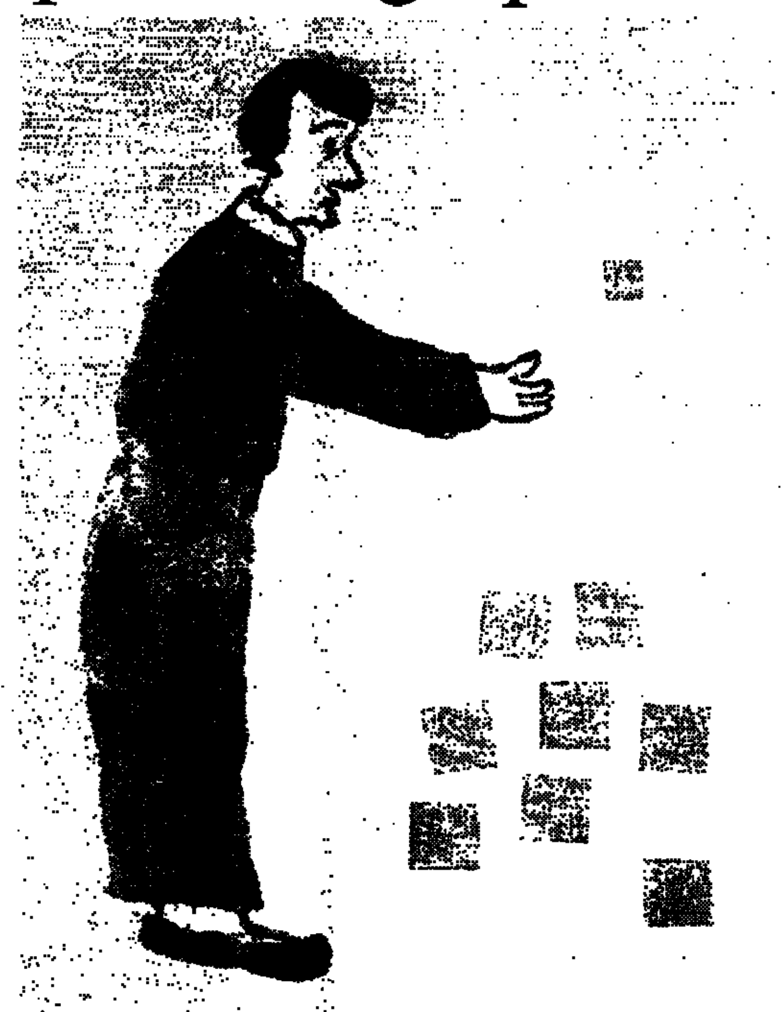
Wohin steuert die Kunst jetzt? – Die Ausstellung „Prospect '86" in Frankfurts Schirn und im Kunstverein

Ein Arm spielt auf gespaltenem Klavier

Ein Jubelschrei für die „Prospect '86" im Frankfurter Steinernen Haus und der danebenstehenden Kunsthalle Schirn! So etwas hat es bei uns schon lange nicht mehr gegeben. Zeigen, was in diesem Augenblick gemacht wird, Malerei und Skulptur (und ein wenig anderes) aus dem Jahr 1986, das ist der Leitgedanke; allenfalls noch aus dem Jahr 1985, wenn einer der eingeladenen 92 Künstler aus Westeuropa und den Vereinigten Staaten meinte, er habe voriges Jahr etwas Überzeugenderes als in diesem Jahr gemacht.

Sofort die Frage, wer die Künstler ausgewählt hat. Frank und frei gesteht Peter Weiermair, der als Direktor des Kunstvereins im Steinernen Haus residiert: „Ich allein, also ohne die üblichen Jury-Kompromisse. Habe ich Glück beim Publikum, will ich froh sein, habe ich Pech, nehme ich's auf mich." Er wird Glück haben, dafür kann man die Hand ins Feuer legen.

Christoph Vitali hat sämtliche Stockwerke und Plätze der Schirn zur Verfügung gestellt und bei der sehr wichtigen Disposition der Arbeiten mitgewirkt; und selbstverständlich den gesamten technischen Apparat mobilisiert. Die oben umlaufenden Wände der Rotunde in der Schirn sind mit einer konstruktivistischen Malerei von Günther Förg bedeckt – man denkt beim Eintreten, die Wände seien von Anfang an so konzipiert worden. Am Fußboden dieser großen Rotunde eine eigens für diese Stelle geschaffene Bleiplastik von Anthony Gormley im Liegestütz: „Der Welt ins Gesicht sehen", überraschend und eindrucksvoll in der völligen Einsamkeit der weiträumigen Rotunde! Eine großzügigere Position ist überhaupt nicht denkbar.



Kunstproduktion '86: „Bild mit Collage" von Donald Baechler, aus der Frankfurter Ausstellung FOTO: KATALOG

Selbstverständlich wird niemand von allem überzeugt sein. Aber auch Arbeiten, die einen nicht ansprechen, haben den Schlußpunkt, daß sie die Probleme der jetzigen Künstlergeneration darlegen. Gleich ein Beispiel dafür: Die Französin Catherine Beaugrand, die sich selbst ein tiefsinniges Vorwort schreibt, nimmt als Titel ihrer Arbeit das magische Quadrat „Sator Arepo Tenet Opera Rotas".

Die Wörter lesen sich, untereinander geschrieben, senkrecht und waagerecht gleich. Zu deutsch: „Der Sämann Arepo hält sein Werk in Umlauf". Das in Umlauf zu haltende Werk ist eine Hängematte aus Stoff, in der eine kleine weiße Stadt aus Papier ruht: Dahinter an der Wand herunter eine Rolle mit Zeichnungen. Davor auf dem Boden ein sechseckiger, glasbedeckter Kasten mit Inhalt, der unter dem blendenden Glas nicht recht auszumachen ist. Die Künstlerin denkt viel, vielleicht zu viel.

Im selben Raum ist an einer Wand eine massive Rosette des Engländers Stephen Cox angebracht, aus unbearbeitetem Travertin; in der Mitte ist ein vertieftes Rund blau eingefärbt und mit einer Innenhof-Zeichnung geritzt. Über dem kleinen Rund liegt ein Gitter, und das ganze sieht tatsächlich aus wie „Figuren durch ein Fenster". Skulptur und Zeichnung gehen eine notwendig scheinende Symbiose ein. Beide Arbeiten zeugen von der Auseinandersetzung zwischen Skulptur und Zeichnung, die zweite ist überwältigend in ihrer scheinbaren Selbstverständlichkeit.

Figürliches ist da, aber den Künstlern geht es nicht um irgendeine figürliche Problematik, sondern, hier, um den Dialog der Medien, Malerei und Plastik. Der erfrischend aggressive Befürworter Stephen Bann sagt zu der Arbeit von Cox: „Cox fängt nicht bei ‚formalen Problemen' an, wozu junge britische Künstler in der Nachfolge Caros gerne, zu ihrer letztendlichen Verarmung, neigen. Er fängt nicht mit dem ‚bloßen Material' an, wie eine mythische Auslegung der Errungenschaften Moores und seiner Generation uns gern weismachen möchte, daß der Künstler beginnt. Wenn er mit Stein anfängt, dann nur in dem Maße, daß Stein (möglichst ein besonderer Stein) bereits mit kulturellen Werten getränkt ist ..., wie er dem Mittelmeer-Menschen als Spiegel für seine tiefsten künstlerischen Ahnungen gedient hat." Travertin also ein mehrfach übersetztes Zitat. Man kann es so sehen, muß aber nicht.

Die Arbeiten dieser Generation wollen keine eindeutige Botschaft vermitteln. Weiermair kommt von einem anderen Aspekt aus zu dem Ergebnis, daß es nicht um stilistische Innovationen geht, sondern um Reaktionen auf die Umwelt, „wobei man nicht vergessen sollte, daß die jüngste Künstlergeneration die erste des 20. Jahrhunderts ist, die in einer Mediengesellschaft groß geworden ist". Auch das ist, aufs Ganze der dokumentierten Generation gesehen, natürlich nur eine ihrer vielen Grundlagen oder Probleme.

Die beiden Russen „Komar & Melamid", wie sie in ihrer Kollaboration firmieren, sind nach ihrer Ausbildung im Moskauer Institut für Kunst und Design in die USA ausgewandert. Wir sehen ein aufregendes Beispiel ihrer Zusammenarbeit: Ein manieristisches Gemälde mit Frau am Klavier und einer Figur, die einem ekstatisch aufblickenden Mann eine Zitrone reicht, ist im rechten Drittel von einer zwischengeschobenen Tafel durchbrochen, die eine nervös expressionistische Figur mit großem bleichen Kopf darstellt, und so etwas wie braune Epauletten dieser Figur verbinden die getrennten Teile des durchschnittenen Klavier spielenden Armes. Die Farben des eingeschobenen Drittels korrespondieren weitgehend mit den Farben des anderen Bildes, aber das ausgesparte Weiß des expressiven Kopfes gibt dem ganzen einen störend-verstörenden Effekt.

Ein ganz anderer Gegensatz ist der antiquisierende Säulenstumpf mit einem aufgesetzten Ölfaß gleichen Durchmessers. Diese bedeutungsvolle Kombination Bertrand Laviers steht in der Eingangshalle des Steinernen Hauses.

Abzuhandeln wären nun die einzelnen Gruppen dieses instruktiven und geradezu berauschenden Überblicks, die wenigen Fotoabenteuer gegensätzlichster Art, die nationalen Besonderheiten der Italiener (die vorwiegend uralte Urbanität ausstrahlen, aber nur vorwiegend), die Deutschen, die Amerikaner und so fort, aber dann wieder einzelne Werke, vor denen man halt macht und sich verliebt, aber wie soll das alles aufgezählt und treffend geschrieben werden, wenn es zunächst um die Konzeption, Disposition, diese Ruhe geht, die ohne Überfüllung die möglichst große Fülle der überraschend authentischen Kunst dieser Jahre ausbreitet?

Der Leser soll Lust verspüren, diese Schau persönlich zu besuchen oder sich mindestens mit Hilfe des sehr guten Katalogs einen Eindruck zu verschaffen (bis 2. 11., Katalog 30 Mark).

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Hier vergießt man Herzblut in gefährlichen Mengen: „Finnland und das Mittelmeer" beim Helsinki-Festival

Der Fremdling muß die Kalevala entschlüsseln

Finnland und das Mittelmeer miteinander zu assoziieren scheute man sich bislang zu Recht. Das wird sich auch nach dem diesjährigen Helsinki-Festival, das sich an diesen Gegensätzen reiben wollte, kaum ändern. Was sich da, vornehmlich in Konzerten, hören ließ, hatte aber zumindest für die Finnen hohen Informationswert.

Eindrucksvoll teilen sich die enormen Aktivitäten auf dem musikalischen Sektor mit. Dahinter freilich steckt System, angefangen von der Ausbildung junger Künstler, ihrer Förderung durch Auftrittsmöglichkeiten und Plattenproduktionen, der Unterstützung zeitgenössischer Komponisten bis zur Etablierung eines Festivals wie Savonlinna und der für 1990 geplanten Eröffnung eines neuen Opernhauses in Helsinki.

Hinter all diesen Initiativen steht die Absicht, finnische Musik zu popularisieren und ins Ausland zu tragen. Broschüren für gleich 30 Schützlinge liegen im Informationszentrum für finnische Musik aus, nahezu das gesamte Werk von Joonas Kokonnen und Aulis Sallinen wurde auf Platte eingespielt, gleich mehrfach vergeben wurden Opernaufträge von Savonlinna und Helsinki.

Überhaupt die Oper. Kaum ein anderes europäisches Land dürfte auf diesem Sektor einen ähnlich euphorischen Blick in die Zukunft wagen. Mit den Aufführungszahlen von Kokkonens finnischem Opern-Evergreen „Die letzten Versuchungen" oder Sallinens „Die rote Linie" kann weder Reimanns „Lear" noch Henzes „Englische Katze" mithalten. Dies ist um so erstaunlicher bei nur einem einzigen, dazu noch ziemlich kleinen Opernhaus für das ganze Land und der dadurch fast zwangsläufigen Abwanderung finnischer Sänger ins Ausland. Der Wagemut, mit dem in Helsinki ein dreimal so großes Haus wie das aus dem 19. Jahrhundert stammende ehemalige Russische Theater in Angriff genommen wird, läßt sich nur durch das allseits vorhandene Interesse erklären.

Seltsam, daß nun gerade die Oper, wie übrigens auch das Schauspiel, beim Helsinki-Festival ausgespart bleiben, und das noch bei diesem Thema! „Finnland und der Mittelmeerraum" ist alles andere als ein erschöpfender Versuch, ein kulturelles Phänomen darzustellen. Das Motto ist nur Notlösung, damit das Kind einen schicken Namen erhalte. Veijo Varpio, ehemaliger Tenor und jetziger Festspielleiter, meint, daß das Festival geworden sei, wie es das Publikum wollte, und das Profil in der Vielseitigkeit liege. Womit wohl Jazz, Bildende Kunst, Film und Chanson gemeint sind.

Varpio vergleicht sich gerne einem Hasardspieler, der immer neu ein Risiko auf sich nehmen müsse, da zum einen auch in Finnland die großen Namen einen schnellen Absatz der Karten sichern, andererseits viele Künstler jenseits des finnischen Meerbusens unbekannt sind. Doch er braucht sich anscheinend keine Sorgen um Sponsoren zu machen und stimmt in das ostinate Credo ein: „Finnische Musik, es koste, was es wolle." Neben den fixierten Themen der nächsten Jahre ist dann für 1990 „Finnland" bereits vorgesehen.

Ist zu hoffen, daß die dann eröffnete neue Oper eine bessere Akustik hat als Aaltos äußerlich attraktiver Bau der Finlandia-Halle. Hier finden die meisten Konzerte statt. Ein volles Haus garantierte Dmitri Sgouros, der mit dem Spanischen Nationalorchester unter Jesús López-Cobos Tschaikowskys erstes Klavierkonzert spielte, aber erst mit einer Liszt-Zugabe das Publikum von seinen hexerischen Fähigkeiten zu überzeugen vermochte.

Spontan ins Herz geschlossen haben die Finnen einen Landsmann von Sgouros, den Geiger Leonidas Kavakos, der im Vorjahr den Sibelius-Wettbewerb gewann und nun mit einer bestechend monumental-klaren Wiedergabe von Brahms' Violinkonzert zurückkehrte.

In Mozarts Klavierkonzert Nr. 25 C-Dur, KV 503, blies Gennadi Roshdestvenski zu einer Parforcejagd, bei der es Alicia de Larrocha fast unmöglich wurde, ihre warmherzige, filigrane Darstellung durchzusetzen. Prokofieffs zweite Sinfonie und die „Lemminkäinen-Suite" von Sibelius, bei denen Roshdestvenski Herzblut in gefährlichen Dosen vergoß, besaßen hohen Informationswert. Doch selbst ein Besuch in Ainola, der ländlichen Eremitage von Sibelius, kann das Verständnis für seine Musik nur unwesentlich fördern. Die Kalevala und die finnische Natur, unabdingbare Ingredienzien noch der neuesten finnischen Musik, müssen vom Ausländer entschlüsselt werden.

War's Zufall oder Absicht – in der Finnischen Staatsoper gab es eine stark von Mérimées Novelle ausgehende Interpretation der „Carmen", die das Thema Spanien nicht durch falsche Folklore variierte. Interessant auch Aare Merikantos „Juha", der vierzig Jahre in der Schublade lag, bevor er als die große finnische Oper entdeckt wurde. Das Getriebensein von Marja, die den humpelnden, ältlichen Juha verläßt und dem gerissenen Verführer Shemeikka erliegt, zeigt gewisse Parallelen zu den Frauenschicksalen Janáčeks. Auch dessen sprachmelodische Experimente finden sich, in geringerer Insistenz, bei Merikanto, daneben so ziemlich alles, was seit Mussorgsky über den Impressionismus, Verismus, Schönberg, Bartók in Mode kam.

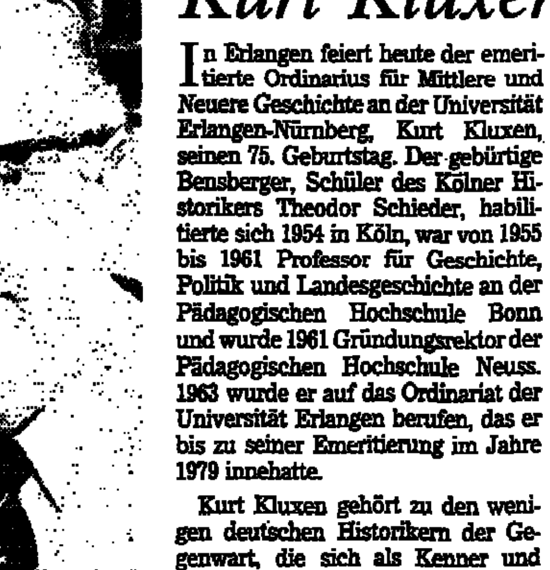
Dies aufzudröseln ist unnötig, da das Werk stilistisch eigenständig klingt und durch den einstigen Uraufführungsdirigenten Ulf Söderblom und Jorma Hyninnen, zugleich künstlerischer Direktor des Hauses, auf exemplarische Weise dargeboten wurde.

ROLF FATH

Kurt Kluxen – Deuter der Geschichte



Wird heute 75 Jahre alt: Der Historiker Kurt Kluxen FOTO: STÜMPEL



In Erlangen feiert heute der emeritierte Ordinarius für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg, Kurt Kluxen, seinen 75. Geburtstag. Der gebürtige Bensberger, Schüler des Kölner Historikers Theodor Schieder, habilitierte sich 1954 in Köln, war von 1955 bis 1961 Professor für Geschichte, Politik und Landesgeschichte an der Pädagogischen Hochschule Bonn und wurde 1961 Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Neuss. 1963 wurde er auf das Ordinariat der Universität Erlangen berufen, das er bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1979 innehatte.

Kurt Kluxen gehört zu den wenigen deutschen Historikern der Gegenwart, die sich als Kenner und Deuter der englischen Geschichte einen Namen gemacht haben. Seine „Geschichte Englands – Von den Anfängen bis zur Gegenwart" ist heute die einzige greifbare und auch für Studenten benutzbare Darstellung der politischen Geschichte Englands in deutscher Sprache und gilt mit Recht als Standardwerk. Das Buch interpretiert die englische Geschichte von der Verfassungsgeschichte her, bezieht aber auch die Sozialgeschichte als bedingenden Faktor des politischen Geschehens ein.

Der Verfassungsgeschichte als Ausdruck politischer Ideengeschichte galt Kluxens besonderes Interesse von Anfang an. Dafür zeugt insbesondere sein grundlegendes Buch „Das Problem der politischen Opposition", Freiburg (1956), das Entwicklung und Wesen der englischen Zweiparteienpolitik im 18. Jahrhundert aus der zeitgenössischen politischen Theorie und Polemik heraus verständlich macht und damit für den deutschen Leser einen unentbehrlichen Schlüssel zum politischen Denken der Engländer liefert. Zahlreiche andere Schriften zum englischen Parlamentarismus führten diese Thematik in der Folgezeit fort.

Daneben ist Kurt Kluxen als bedeutender Machiavelli-Forscher hervorgetreten. Die geistige Brücke von Machiavelli zu Kluxens Hauptarbeitsgebiet besteht wohl in der ihm eigentümlichen Überzeugung, daß es die menschlichen Ideen sind, die Geschichte hervorbringen.

Kluxens Schüler und Freunde haben ihm bereits zum 60. Geburtstag eine Festschrift gewidmet, die den beziehungsreichen Titel „Geschichte in der Gegenwart" trägt. Sie gratulieren dem auch jetzt noch unermüdlich Geschichte Deutenden und Schreibenden in Dankbarkeit und Verehrung.

ERWIN WOLFF

JOURNAL

Düsseldorf veranstaltet Miró-Restrospektive

dpa, Düsseldorf

Eine große Retrospektive zum Werk des spanischen Malers Joan Miró kündigen die Städtische Kunsthalle Düsseldorf und der Kunstverein für die Rheinlande und Westfalen an: Vom 13. Februar bis zum 20. April 1987 soll mit rund 180 Gemälden und Zeichnungen, ergänzt durch Objekte und Keramiken, das Werk des spanischen Klassikers der Moderne dargestellt werden. Der Überblick umfaßt die Jahre 1916 bis 1974 und reicht vom katalanischen Frühwerk, der Hinwendung zum Surrealismus bis zu Beispielen des reifen Spätwerks.

Fünfzig Jahre Israel Philharmonic Orchestra

dpa, New York

Anläßlich seines 50jährigen Bestehens startet das Israel Philharmonic Orchestra am kommenden Samstag (13. September) in New York unter der musikalischen Leitung von Leonard Bernstein eine Konzerttournee, die über Europa nach Israel führen wird. Bernstein, seit fast 40 Jahren dem Orchester eng verbunden ist, hat zu diesem Anlaß die Komposition „Jubilee Games" geschaffen, die auf der Konzertreise uraufgeführt wird. Die Tourneestationen: London (16.), München (18.), Pompeji (20.), Paris (22./23.), Zürich (25.), Tel Aviv (27.) und Jerusalem (28.).

Schmuckstücke aus dem 5. Jahrhundert v. Chr.

RMB, Moskau

Bei Ausgrabungen im Nordkaukasus haben sowjetische Archäologen bisher 600 Gegenstände und Schmuckstücke aus dem 5. Jahrhundert vor Christus geborgen und ins Orient-Museum nach Moskau gebracht. Fundstätte sind die „Adygäischen Hügel" im Kuban-Gebiet. Fachleute sprechen von ungewöhnlicher Pracht und ziehen einen Vergleich mit dem Gold der Skythen, das in einer als Sensation empfundenen Ausstellung 1982 in München vorgestellt wurde. Die Goldfunde, die bisher noch nicht öffentlich gezeigt worden sind, sollen 1988 in Indien und in der Bundesrepublik vorgestellt werden.

Dem bayerischen Volk aufs Maul geschaut

dpa, München

Eine erste Bestandsaufnahme des umfangreichen Schaffens der neueren bayerischen Mundartdichtung versucht der Verband der bayerischen Bezirke. Mehr als 500 Autoren schreiben gegenwärtig im Freistaat ihre Romane und Gedichte, Geschichten und Betrachtungen in ihrem jeweiligen Dialekt. 44 von ihnen werden vom 15. bis 19. September in der Ausstellung „Die Mundartdichtung in den sieben bayerischen Bezirken in den letzten 15 bis 20 Jahren" im Münchner Künstlerhaus am Lenbachplatz von dem Verband vorgestellt.

So wird der Bürger zum Mäzen

dpa, Köln

Die Kölner Bürger sollen Kunstmäzene werden. Der Generaldirektor der Kölner Museen, Hugo Borger, rief zu Spenden auf, damit ein „außergewöhnliches Kunstwerk" aus dem Mittelalter, eins der wenigen noch erhaltenen „Tüchleinbilder", gekauft werden kann. Das Stück aus dem Besitz eines schwedischen Privatsammlers ist zur Zeit in dem neueröffneten Wallraf-Richartz-Museum als Leihgabe ausgestellt und wurde der Stadt zum Preis von 2,2 Millionen Mark zum Kauf angeboten. Das 75 mal 97 Zentimeter große, um 1450 entstandene Leinwandbild gehört einem ganz speziellen Bildtypus an, der vorzugsweise in Köln seit dem späten 14. Jahrhundert geläufig war.

Fischer-Dieskau oder Die Familie sagt ab

gü. Hohenems

Dietrich Fischer-Dieskau, der über 15 Jahre lang nicht in Wien auftrat, weil er sich von der Presse ungerecht behandelt fühlte, traf mit seinem Bannstrahl nun die Schubertiade im vorarlbergischen Hohenems. „Als Reaktion auf verschiedene Kommentare in der Presse und im Fernsehen", ließ Schubertiaden-Geschäftsführer Gerd Nachbauer mitteilen, haben Fischer-Dieskau und Ehefrau Julia Varady ihre bereits angekündigte Mitwirkung für die Schubertiade 1987 abgesagt. Als vergangenen Juni das nächstjährige Programm vorgestellt wurde, setzten in der österreichischen Presse und auch an dieser Stelle heftige Kritik ein, denn aus dem ehemaligen Schubert-Treff schien ein Familienfest der Fischer-Dieskaus geworden zu sein. Unter dem Dirigenten Martin Fischer-Dieskau und im Bühnenbild von Mathias Fischer-Dieskau sollte Julia Varady „La Traviata" singen. Cellist Manuel Fischer-Dieskau war in einem Kammerkonzert untergekommen, während Vater Dietrich für Liederabende zur Verfügung stehen würde.

Der „König von Sylt" steht vor dem Richter

Prozeß gegen den Immobilienhändler Wolfgang Reh

CHRISTIAN GEYER, Essen

Gleißendes Scheinwerferlicht durchflutet den Saal 290 im Essener Landgericht. Probeweise richten die Kameraleute und Fotografen ihre Geräte auf die noch leere Anklagebank. Als alles vorbereitet ist, verkündet die Vierte Große Strafkammer überraschend ein Film- und Fotografierverbot „im Sinne des Angeklagten". Doch der scheint Publicity nicht zu fürchten. Denn schon wenige Minuten später wird das Verbot aufgehoben. „Herr Reh hat es gerade erlaubt", erklärt ein Gerichtssprecher.

Bis zu seiner Inhaftierung am 10. Juli 1984 nannte sich Wolfgang Reh gern „König von Sylt". Seit gestern wird dem 44jährigen Kaufmann aus Bottrop der Prozeß gemacht. Blaß betritt er den Sitzungssaal und verzieht auch im Blitzlichtgewitter keine Miene. In der 250seitigen Anklageschrift wird dem Immobilienhändler Anstiftung zur Untreue in zwei besonders schweren Fällen und fortgesetzter Betrug in 42 Fällen vorgeworfen.

Bei seinem Vorhaben, die Ferieninsel Sylt für den Massentourismus zu erschließen, soll Reh die Volksbank Oberhausen und private Anleger um mehr als 145 Millionen Mark geschädigt haben. Um den Tatvorwuf zu belegen, will die Staatsanwaltschaft 193 Zeugen und 19 Sachverständige bemühen. Bis zum 17. Februar 1987 sind vorerst mehr als 50 Prozeßtage angesetzt. Mit auf der Anklagebank sitzen die ehemaligen Volksbank-Vorstandsmitglieder Günter Flock (38) und Günter Schulpig (64) sowie Rehs früherer „Sylt-Statthalter" Rudolf Göckeler (40).

Reh hatte zu Beginn der 80er Jahre als „Inselstürmer" Furore gemacht. Auf Sylt kaufte er bis 1984 für 102 Millionen Mark 111 Ferienhäuser und Hotels und verkaufte 96 davon für 219 Millionen Mark weiter. Kunden waren zumeist „Strohmänner" oder Kaufinteressenten, die selbst keinen Pfennig Eigenkapital hatten. Die Reh-Gruppe übernahm dabei die Finanzierung zu hundert Prozent und den vollständigen Kapitaldienst.

Möglich wurde das Geschäft, so die Anklage, durch die Volksbank. Sie vergab an Reh ungesicherte Kredite in Millionenhöhe. Allein durch „Scheckreiterei" seien 1,15 Milliarden Mark bewegt worden und dabei ein Schaden von rund 65 Millionen Mark entstanden: Von Reh eingereichte ungedeckte Schecks seien von der Bank mit Verzögerung eingezogen worden und hätten Reh kurzfristig Kredit verschafft.

Zum Auftakt des Prozesses stellte die Verteidigung gestern einen Antrag auf Befangenheit des Vorsitzenden Richters, den die Kammer jedoch ablehnte. Auch der Sachverständige für das psychiatrische und psychologische Gutachten, so die Verteidigung, sei befangen, weil er sich zu Beginn der Sitzung „freundlich-lebhaft" mit einem Staatsanwalt unterhalten habe. Als klar wurde, daß sich der Sachverständige lediglich für die Amtsrobe des Staatsanwaltes interessiert hatte, zog die Verteidigung ihren Befangenheits-Antrag zurück.

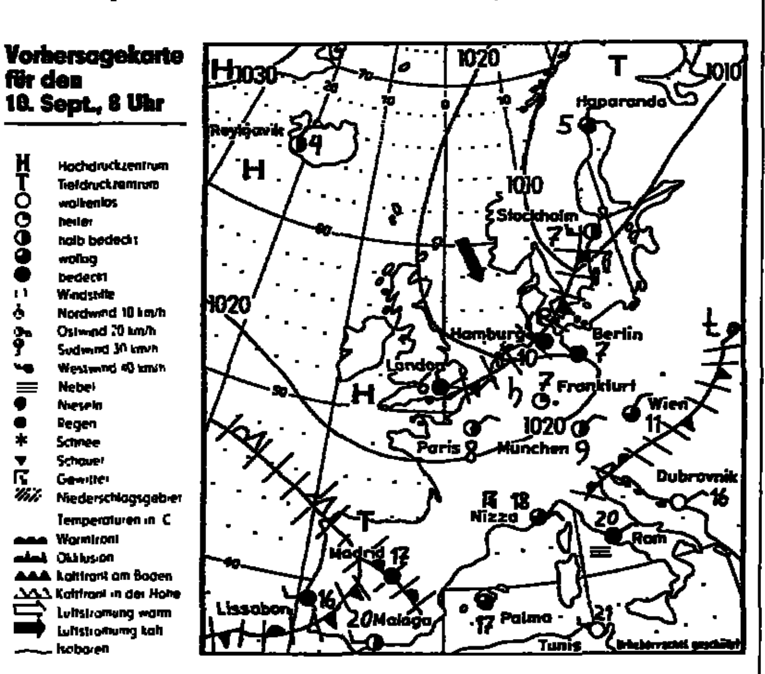
WETTER: Von Norden her Regen

Lage: Der Keil eines Hochs südlich von Irland, der über Frankreich bis nach Mitteleuropa reicht, schwächt sich ab. Ein skandinavischer Tiefausläufer überquert Deutschland.

Vorhersage für Mittwoch: Nach Auflösung vereinzelter Nebelfelder im Süden Deutschlands zunächst gering bewölkt. Im Tagesverlauf von Nordwesten aufkommende starke Bewölkung und vereinzelt Schauer. Höchsttemperaturen im Norden bei 15, sonst um 17 Grad. Tiefstwerte nachts 11 bis 5 Grad. Im Norden auflebender Wind um Nordwest, sonst schwachwindig.

Weitere Aussichten: Im Norden einzelne Schauer, sonst meist trocken, wenig Temperaturänderung.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.50 Uhr*, Untergang: 19.47 Uhr; **Mondaufgang:** 16.11 Uhr, Untergang: 22.53 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

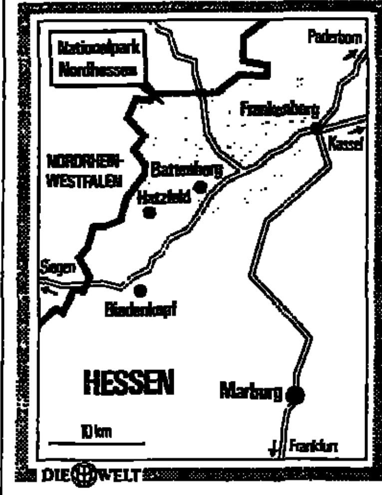
Ort	°C	Wetter
Berlin	14	he
Bielefeld	14	bw
Braunlage	10	he
Bremen	14	he
Dortmund	11	bw
Dresden	13	bw
Dusseldorf	13	bw
Erfurt	12	bw
Essen	12	bw
Feldberg/S.	6	bw
Flensburg	13	bw
Frankfurt/M.	14	he
Freiburg	16	bw
Garmisch	11	bd
Greifswald	14	bw
Hamburg	14	bw
Hannover	13	he
Kahler Asten	8	bw
Kassel	12	bw
Kempten	13	bd
Kiel	15	he
Koblenz	16	bw
Köln-Bonn	14	he
Konstanz	15	bw
Leipzig	14	bw
List/Sylt	14	he
Lübeck	15	he
Mannheim	17	he
München	12	bd
Münster	14	bw
Norderney	14	he
Nürnberg	13	bw
Oberstdorf	12	bd
Passau	12	bd
Saarbrücken	14	he
Stuttgart	13	bd
Trier	14	be
Zugspitze	0	S

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	27	bw
Amsterdam	14	he
Athen	27	he
Barcelona	24	Gw
Belgrad	26	wl
Bordeaux	21	he
Bozen	20	bd
Brüssel	14	he
Budapest	23	he
Bukarest	28	he
Casablanca	24	bw
Dublin	15	bw
Dubrovnik	23	he
Edinburgh	14	be
Faro	21	bd
Florenz	27	bw
Genf	17	bd
Helsinki	11	bw
Hongkong	30	bw
Innsbruck	14	Rs
Istanbul	25	bw
Kairo	31	he
Klagenfurt	15	R
Konstanza	24	he
Kopenhagen	15	he
Korfu	27	he
Las Palmas	25	bw
Leningrad	13	bw
Lissabon	23	R
Locarno	16	bd
London	15	he
Los Angeles	19	bd
Luxemburg	12	he
Madrid	22	bw
Mailand	17	Gw
Malaga	31	wl
Mallorca	26	bd
Moskau	13	bw
Neapel	26	he
New York	17	wl
Nizza	21	bw
Oslo	14	bw
Ostende	14	bw
Palermo	26	bw
Paris	16	he
Peking	26	bd
Prag	11	bw
Rhodos	27	he
Rom	25	he
Salzburg	13	R
Singapur	30	bw
Split	24	bw
Stockholm	13	he
Straßburg	16	bd
Tel Aviv	29	he
Tokio	27	bw
Tunis	30	he
Valencia	25	bw
Varna	24	he
Venedig	24	Gw
Warschau	14	he
Wien	19	bw
Zürich	16	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

25 000 Hektar: Unkonventionelles Konzept für den Nationalpark Hessen vorgelegt





Ackerbau wie in alten Zeiten (Foto) soll neben wieder eingebürgerten Pflanzen und historischen Fruchtfolgen zum Erscheinungsbild des Nationalparks Hessen gehören, der sich über eine Fläche von 25 000 Hektar im Norden des Landes erstrecken soll (Karte). „Pufferzonen", eine Art Landschaftsmuseum, sollen den Besucherstrom vom eigentlichen Kerngebiet der Buchen-Urwälder abhalten. FOTO: JUPP DARCHINGER

Kühne Landnahme mit „Pufferzonen"

D. GURATZSCH, Hatzfeld

Pferde vor Pflüge gespannt, Dinkel auf den Feldern, Gänse auf der Weide, Schwarzstörche an den Bächen, Hufschmiede in den Dörfern – wenn es nach dem hessischen Landwirtschaftsminister Willi Görlach geht, soll es das alles schon in naher Zukunft in Hessen wieder geben. Der blonde, manchmal poltrige, Dialekt sprechende Politiker, Vorsitzender des „linken" SPD-Bezirks Hessen-Süd, verkündete sein Konzept in Hatzfeld, einer kleinen abseits gelegenen Gemeinde zwischen Biedenkopf und Frankenberg in Nordhessen, nicht allzu weit von der nordrhein-westfälischen Grenze entfernt. Das Publikum im Bürgerhaus – rund 50 Förster, Landwirte, Bürgermeister und Parteipolitiker – hörte es mit einiger Verblüffung.

Will Minister Görlach das Land Hessen, mit seinem Industriegebiet Rhein-Main, das Land mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in der Bundesrepublik, ins Mittelalter zurückführen? Natürlich nicht, sondern er stellte den Fachleuten und Betroffenen im Hatzfelder Bürgerhaus sein ganz und gar unkonventionelles Konzept eines „Nationalparks" vor. Zur Verwunderung der Diskussionsrunde sieht dieses Konzept ganz anders aus, als in ersten Erklärungen (WELT v. 1. 8.) angekündigt war.

Hessen, das auf inzwischen einstimmigen Beschluß aller Parteien im Wiesbadener Landtag den fünften Nationalpark in der Bundesrepublik erhalten soll, muß sich nämlich gewaltig „strecken", um überhaupt ein genügend großes Gebiet zusammenzubekommen, das als „Nationalpark" anerkannt werden könnte.

Der vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) vorgeschlagene und von den Parteien aufgegriffene Plan sah zunächst nur Flächen im Umfang von 5000 oder 6000 Hektar vor – die eine im Wildunger Bergland südlich des Edersees, die andere im Rothaargebirge zwischen Hatzfeld, Frankenberg und der nordrhein-westfälischen Grenze. Das Areal wäre nur halb so groß wie der bisher kleinste (und älteste) Nationalpark im Bayerischen Wald – zu klein zum Beispiel für den Luchs, der 30 000 bis 40 000 Hektar Bewegungsfläche braucht.

Görlach hat deshalb mit einer kühnen Landnahme das Gebiet von Mitarbeitern seines Ministeriums gleich um das Vier- bis Fünffache auf 25 000 Hektar samt Dörfern, Wiesen und Feldern ausweiten lassen und stellte es fern vom politischen Schauplatz Wiesbaden zuerst den Betroffenen im Rothaargebirge vor (für das Wildunger Bergland soll ein entsprechendes Konzept noch folgen). Und fast schien es, als sei ihm mit dieser Offensive so etwas wie die Quadratur des Kreises gelungen.

Von den Naturschützern kam kein Protest gegen die eigenmächtige Veränderung ihrer Pläne, weil Görlach seinen „Vorschlag" in die völlig neue Idee verpackte, ein Nationalpark brauche „Pufferzonen". Dort könne der Besucheransturm („Las Vegas") aufgehalten und mit Gaststätten, Waldschulheimen, Lehrpfaden, Schaugehegen und -biotopen hinreichend unterhalten werden. Die Buchen-Urwälder, die tief drinnen im Nationalpark wachsen und nicht betreten werden sollen, könnten gerade dadurch optimal geschützt werden.

Aber auch der erwartete Proteststurm von den Anliegern blieb aus, denn Görlach wußte ihnen sein „Ausweitungskonzept" mit der Aussicht auf neue Arbeitsplätze, neue Einnahmequellen sowie Finanzspritzen zur Ertragsentschädigung schmackhaft zu machen. Dafür sollen sie dann allerdings ein regelrechtes Landschaftsmuseum unterhalten. Auf diese Weise, so der Minister, könnten sogar Härten und Unsinnigkeiten der EG-Agrarpolitik in einer bisher armen Region vollständig kompensiert werden.

Im einzelnen zählt Görlachs 15 Seiten dickes Papier als Aufgaben in den „Pufferzonen" auf: Erhaltung der gewachsenen Kulturlandschaft, der typischen Gebäudeformen, Dorf- und Betriebsstrukturen, Wiederbelebung des bodenständigen Handwerks, Wiederaufnahme und Einbürgerung alter Kulturen wie Flachs und Dinkel, Wiedereinführung der Wanderschäferei und historischer Tierhaltungen wie Weidegeflügel. Auch historische Fruchtfolgen oder Tierrassen sollen wieder aufleben, um das „Bewußtsein für die ackerbauliche Tradition zu wecken" und die Geschichte der Landwirtschaft wie auch das Ringen um Nahrungsmittel in der Vergangenheit zu demonstrieren.

Nicht neu gezüchtet zu werden brauchen jedenfalls die Menschen, die sich an diesen Dingen erfreuen: Mit den bodenständigen Nahrungsmitteln des künftigen Nationalparks werde – so Görlachs Papier im gar nicht so bodenständigen Beamtendeutsch – „den wiederentstandenen Verzehrsgewohnheiten durch ein entsprechendes Warenangebot Rechnung getragen".

Mineralölkonzerne bieten jetzt Bleifrei-Garantie

dpa, Hamburg

Eine Bleifrei-Garantie bieten künftig die deutschen Mineralölkonzerne Shell und Aral ihren Tankstellenkunden mit der Aktion „Bleifrei-Paß" an. Seit Montag können Autofahrer an allen Shell-Tankstellen mit Bleifrei-Zapfsäulen und von kommender Woche an bei den entsprechenden Aral-Tankstellen erfahren, ob ihr Wagentyp bleifreies Benzin verträgt oder nicht. Ziel dieser Aktion ist es, Autofahrern die Unsicherheit in diesem Punkt zu nehmen und den schleppenden Absatz des umweltfreundlichen Kraftstoffs zu beleben.

Den Tankstellen liegt eine Broschüre mit Bleifrei-Werten der Deutschen Automobil-Treuhand (Stuttgart) vor, die gemeinsam mit der Automobilindustrie und dem Kraftfahrzeughandwerk erarbeitet wurde. Darin ist jeder seit 1980 auf dem deutschen Markt angebotene Autotyp und seine Bleifrei-Verträglichkeit aufgelistet. Der mit Hilfe dieser Liste vom Tankstellenpersonal ausgestellte „Bleifrei-Paß" bietet dem Kunden eine Garantie für die Richtigkeit der Information. Die Deutsche Shell AG übernimmt eine entsprechende Haftung für drei Jahre. Bei Aral ist mit der Bleifrei-Information eine schriftliche Garantie über 100 000 Kilometer verbunden.

Ein moderner Ritter der Rennstrecken

Für ihn war sein Sport nichts anderes als die Fortsetzung mittelalterlicher Ritterspiele. Das Geld, das er dabei gewinnen konnte, war ihm nicht so wichtig wie der „Kampf der Bewährung zwischen Männern". Mut, Lust zum Kampf, Wille zur Bewährung – alles Tugenden, so sagte er einmal, die er nirgendwo so intensiv erlebt habe wie beim Autorennen, wenn zwei „nebeneinander auf eine Kurve zuschießen, so nahe, fiebernd darauf warten, daß der Gegner zuerst das Gas wegnehmen möge". Eben diese Situation wurde Wolfgang Alexander Reichsgraf Berghe von Trips, dem erfolgreichsten deutschen Formel-1-Rennfahrer nach dem Krieg, heute vor 25 Jahren zum Verhängnis.

Am 10. September 1961 verunglückte der 33jährige beim Grand Prix auf dem traditionsreichen Kurs von Monza tödlich. Kurz nach dem Start des Rennens, das ihm, dem Spitzenreiter in der Weltmeisterschaft, endgültig den Titel sichern sollte, kollidierte sein Ferrari mit dem Lotus des Briten Jim Clark, der ihn vor der Parabolica, einer schnellen Rechtskurve, aus dem Windschatten heraus überholen wollte. Der Ferrari überschlug sich zweimal, schleuderte gegen den Zaun und wieder auf die Piste. Graf Trips wurde aus dem Wagen katapultiert und war auf der Stelle tot, mit ihm 14 Zuschauer.

So starb ein Rennfahrer, der sich abhob von den Konkurrenten, einer Branche, die heute mehr denn je von der Technik und vom brutalen Geschäft beherrscht wird. Ein Geschäft, in dem die Piloten auch neben der Piste und selbst im eigenen Rennstall verbissen kämpfen müssen, um zu bestehen. Wolfgang Graf Berghe von Trips war anders.



Graf Berghe von Trips: Sein Tod in Monza vor 25 Jahren bewegte Deutschland FOTO: HORSTMÜLLER

Unter dem Pseudonym „Axel Linther" hatte er seine ersten Automobil-Wettbewerbe bestritten; denn eigentlich sollte er die Güter der Familie übernehmen, und deshalb studierte er auch Agrarwissenschaft. Als er allerdings das Examen um einen Tag verschob, statt dessen ein Rennen auf der Berliner Avus fuhr und dabei deutscher Sportwagen-Meister wurde, war sein Geheimnis gelüftet.

Der Graf wurde Rennfahrer. Einer wie aus dem Bilderbuch. Ein blonder, blendend aussehender Junggeselle mit schnellen Erfolgen. Anders als die meisten seiner Kollegen genoß der populäre Trips sein Leben in vollen Zügen. Und doch war er diszipliniert und verantwortungsbewußt genug, Beruf und Zeitvertreib streng voneinander zu trennen.

Ein Mann von Welt, der sich als Werksfahrer bei Porsche, Mercedes-Benz und schließlich Ferrari immer nur mit den besten Autos beschäftigen konnte, nie hinterherfahren mußte. Ein Edelmann aus einem rheinischen Geschlecht, das bis ins zwölfte Jahrhundert zurückreicht. Feinsinnig und still, aber auch von einer ansteckenden Fröhlichkeit, die ihm selbst die rauhe Formel-1-Umgebung nicht nehmen konnte.

Niemand trauerte mehr um ihn als der Brite Phil Hill, sein Konkurrent im eigenen Rennstall und großer Rivale im Kampf um die Weltmeisterschaft. Für ihn war Graf Berghe von Trips stets ein guter Freund gewesen, im Privatleben wie auf der Betonpiste. JÖRG STRATMANN

Liebe ist . . . ein großes Thema in vielen Schlagern

dpa, Berlin

Jeder zweite der 212 meistverkauften deutschen Schlager aus den Jahren 1979 bis 1982 beschäftigt sich mit der Liebe. In 16 von 100 Schlagertexten kommt die Liebe immerhin noch beiläufig vor. Nur ein Drittel der Texte verzichtet ganz auf das herzbewegende Thema. Das ist ein Teilergebnis einer Berliner Doktorarbeit über das Alltagsbewußtsein von Paaren in der Bundesrepublik Deutschland. Was Frauen und Männer aneinander schätzen, ist den Schlagertexten zufolge „Geborgenheit, Kraft, Zärtlichkeit". Klugheit hingegen ist kaum gefragt. Nur selten geht es um Alltagsprobleme.

Pyramide wahrt Geheimnis

AFP, Kairo

Mit großen Hoffnungen war ein französisch-ägyptische Ausgrabungsteam daran gegangen, das Geheimnis der Cheops-Pyramide in Gizeh zu lüften. Hinter einer drei Meter dicken Steinplatte hatten die Forscher eine geheime Grabkammer vermutet. Bei ihren Bohrungen aber fanden sie nur Sand und Gipsmörtel.

Maler niedergestochen

JGG, Köln

Der Eichendorff-Literaturpreisträger und Maler Norbert Dolezich wurde in der Nacht zum Dienstag vor einem Postgebäude in Recklinghausen von einem Unbekannten niedergestochen. Schwerverletzt wurde er in eine Klinik eingeliefert. Dolezich soll zu seinem 80. Geburtstag am 19. September in Ratingen durch eine Ausstellung geehrt werden.

Glastüren beschädigt

dpa, Bonn

Ein 61jähriger Mann hat gestern im Bonner Bundeshaus die Glastüren am Eingang zu den Fraktionsräumen mit einem Hammer beschädigt. Bei seiner Aktion rief er „Protest". Er wurde festgenommen. Der offensichtlich verwirrte Mann hatte einen kanadischen Paß bei sich.

Brotpreis gestiegen

dpa, Düsseldorf

Die Preise für Backwaren stiegen in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen zehn Jahren um 43,8 Prozent. Nach Ermittlungen des Landesamtes für Statistik sind die Brotpreise damit fast doppelt so schnell gewachsen wie die für Nahrungsmittel insgesamt. Spitzenreiter waren dabei mit einer Preissteigerungsrate von 64,3 Prozent die Brötchen.

Strengere Grenzwerte

rtr, Düsseldorf

Die Wasserwerke im Einzugsgebiet des Rheins wollen bei der Trinkwassergewinnung aus dem Fluß künftig strengere Grenzwerte für Problemstoffe anlegen. In ihrem „Rhein-Memorandum 1986" kommt die Internationale Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Rheineinzugsgebiet (IAWR) zum Schluß, daß sich zwar der Sauerstoffgehalt verbessert und die Belastung mit Schwermetallen verringert habe, bei allen anderen Verschmutzungen aber keine Besserung eingetreten sei. Daher seien die Grenzwerte für Chloride, Phenole und Amine verschärft worden.

ZU GUTER LETZT

„Kinder müssen nicht täglich auf Zündmaterial kontrolliert werden", befand der VI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe.